



14 | **2003**

56. Jg., 30.–31. KW, 31. Juli 2003

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Wolfgang Wiegand, Winfried Fuest

- Wie sollte das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform gegenfinanziert werden?

Forschungsergebnisse

Robert Fenge

- Generationengerechtigkeit im Gesundheitswesen

Horst Penzkofer

- Wirtschaftliche Auswirkungen der Leipziger Messe

Daten und Prognosen

Arno Städtler

- Einzelhandel: Erster konjunktureller Lichtblick

Annette Weichselberger

- Westdeutsche Industrie: Investitionsanstieg von 2% für 2003 geplant

Oscar-Erich Kuntze

- Italien: Verhaltene Wirtschaftsreformen

Im Blickpunkt

- Jugendliche Mütter

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Thomas J. Darcy, Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel.

Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design

Satz und Druck: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Wie sollte das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform gegenfinanziert werden?

3

Durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2004 entstehen Steuerausfälle bei Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 15,6 Mrd. €. Sollte diese Summe durch eine höhere Neuverschuldung gegenfinanziert werden, muss man nach Ansicht von Prof. Dr. *Wolfgang Wiegand*, Universität Regensburg, abwägen »zwischen einem leichten konjunkturellen Impuls als Folge eines über höhere Kreditaufnahme finanzierten Vorziehens der Steuerreform und drohenden Vertrauensverlusten in die Finanzpolitik.« Seines Erachtens dominieren die negativen möglichen positive Effekte. Auch Prof. *Winfried Fuest*, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, plädiert für andere Finanzierungsalternativen.

Forschungsergebnisse

Generationengerechtigkeit im Gesundheitswesen

8

Robert Fenge

In Deutschland vollzieht sich ein grundlegender Wandel, der sowohl den Umfang als auch die Altersstruktur der Bevölkerung betrifft. Dieser Umbruch ist auf die steigende Lebenserwartung und den anhaltenden Geburtenrückgang zurückzuführen und hat nachhaltige Veränderungen vor allem für die umlagefinanzierten Versicherungssysteme zur Folge. In der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bedeutet die Umlagefinanzierung, dass die heutigen Beitragszahler die Leistungen für die Kranken finanzieren. Im Gegensatz zu privaten Krankenversicherungen, die nach dem Äquivalenzprinzip finanziert werden, bemessen sich die Beiträge zu den gesetzlichen Krankenkassen bis zur Bemessungsgrenze nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip, und zwar unabhängig vom Risikoprofil und damit auch unabhängig von den zu erwartenden Leistungsansprüchen des Beitragszahlers. In einer alternden Gesellschaft nimmt die Anzahl der Versicherten im Rentenalter in der GKV zu, das bedeutet, dass innerhalb der GKV eine intergenerationelle Umverteilung von den Erwerbstätigen zu den Rentnern vorgenommen wird. Mehr Generationengerechtigkeit bei der Finanzierung der Gesundheitskosten erfordert deshalb eine stärkere Kapitaldeckung von Leistungen im medizinischen Bereich. Daneben ist es notwendig, stärkere Anreize für Investitionen in die Präventivmedizin zu setzen, um den Anstieg der Gesundheitsausgaben im Alter zu senken.

Leipziger Messe: Veranstaltungen und Kongresse führen zu einer Beschäftigung von über 4 800 Personen

14

Horst Penzkofer

Im Auftrag der Leipziger Messe GmbH untersuchte das ifo Institut die wirtschaftliche Bedeutung der Leipziger Messe- und Kongressaktivitäten für die Region Leipzig, die neuen Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland. Im Ergebnis zeigte sich, dass im Jahr 2002 die durch Messen, Kongresse sowie Sonderveranstaltungen auf dem Leipziger Messegelände stimulierten Produktions- und Beschäftigungseffekte mit 352 Mill. € (Produktionswirkung) und mit über 4 800 Arbeitsplätzen ein beachtliches Volumen an wirtschaftlichen und sozioökonomischen Folgewirkungen aufweisen. Unter regionalwirtschaftlichem Gesichtspunkt ist hervorzuheben, dass durch die Veranstaltungen auf dem Leipziger Messegelände rund 3950 Personen in den neuen Bundesländern Beschäftigung finden. Damit stellt die Messe Leipzig einen nicht zu unterschätzenden Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor in der Region dar. Auch wenn die über mehrere Jahrzehnte hinweg gewachsenen Wettbewerbsvorsprünge der führenden westdeutschen Messestandorte nicht aufgeholt werden konnten, so haben dennoch einige Leipziger Messeveranstaltungen den Anspruch auf eine überregionale Wirkung erfüllt.

Daten und Prognosen

Einzelhandel: Erster konjunktureller Lichtblick – aber noch immer rückläufige Investitionen

25

Arno Städtler

Nach den kräftigen Umsatzverlusten im Jahr 2002 von nominal 2,1 und real 2,5% bestehen Hoffnungen, dass der Einzelhandel im laufenden Jahr im Durchschnitt nominal das Vorjahresniveau erreichen wird, real dürfte sich ein Umsatzminus von etwa 1% ergeben. Nach den Plänen der am diesjährigen ifo Investitionstest beteiligten Firmen werden die Einzelhandelsinvestitionen dieses Jahr wertmäßig um etwa 10% niedriger ausfallen als im Vorjahr, die Veränderungsrate liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt der gesamten Wirtschaft (-1,5%).

Westdeutsche Industrie: Nach spürbarem Rückgang Investitionsanstieg von 2% für 2003 geplant

29

Annette Weichselberger

Nach den Ergebnissen des ifo Investitionstests hat die westdeutsche Industrie 2002 erstmals seit 1994 ihre Investitionen gekürzt. Mit knapp 43,1 Mrd. € lagen die Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter um rund 7% unter dem Niveau des Vorjahres. Real lag die Veränderungsrate bei 8%. In diesem Jahr will das westdeutsche verarbeitende Gewerbe seine Investitionsausgaben um rund 2% erhöhen. Nach den Meldungen der letzten Umfrage war für 2003 noch mit einem Anstieg von knapp 5% zu rechnen. Der Investitionszuwachs in der gesamtdeutschen Industrie dürfte bei gut 3% liegen, da sich in den neuen Bundesländern eine stärkere Erhöhung abzeichnet.

Italien: Wirtschaftsreformen kommen weiter auf Samtpfoten

35

Oscar-Erich Kuntze

In Italien erholte sich ab dem zweiten Quartal 2002 die Konjunktur. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte im Jahresdurchschnitt um 0,4% und die Arbeitslosenquote sank auf 9%. Die Teuerungsrate erreichte 2,6%. 2003 dürfte sich das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 1/2% erhöhen. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Situation etwas, und die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf 9 1/4% steigen. Die Konsumentenpreise dürften um 2 3/4% über dem Niveau des Vorjahres liegen. 2004 wird das BIP 1 1/2% wachsen. Die Arbeitslosenquote wird bei 9 1/4% verharren und die Preise das Niveau von 2003 um etwa 2 1/4% übersteigen.

Im Blickpunkt

Jugendliche Mütter

45

In den Vereinigten Staaten ist die Geburtenrate bei Jugendlichen viel höher als in anderen OECD-Ländern. Ende der neunziger Jahre lag sie in den USA bei 52‰. Von 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren bekamen 52 ein Kind. Auch in Großbritannien und Neuseeland gab es viele jugendliche Mütter. Auf der anderen Seite waren die Geburtenraten von Teenagern in Japan, der Schweiz und den Niederlanden zehnmal niedriger als in den Vereinigten Staaten. Die Geburtenhäufigkeit ist positiv korreliert mit der Schulabbruchsquote. Und jugendliche Mütter ziehen ihre Kinder eher allein auf als ältere Mütter und sind eher auf Sozialhilfe angewiesen.

Wie sollte das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform gegenfinanziert werden?

Durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2004 entstehen Steuerausfälle bei Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 15,6 Mrd. €. Wie sollten diese finanziert werden?

»Steuern-runter-Orden« für das Vorziehen der Steuerreform?

Wenn das kein Erfolg für den Bundeskanzler ist: Die BILD-Zeitung lobt die Bundesregierung und tadelt die Opposition. Für den in Neuhardenberg gefassten Beschluss, die dritte Stufe der Einkommensteuerreform von 2005 auf 2004 vorzuziehen, verlieh die BILD-Zeitung dem Bundeskanzler den von ihr geschaffenen »Steuern-runter-Orden« – sozusagen als Höhepunkt und wichtigen Etappensieg der über Wochen unter dem Motto »Steuern runter« betriebenen Steuersenkungskampagne. Demgegenüber gab und gibt es ungewohnt kritische Schlagzeilen für die CDU/CSU-Opposition, nachdem sich diese anfangs ablehnend zum Vorziehen der Steuerreform geäußert hatte. Unter der Überschrift »Frau Merkel unterschreiben Sie hier« präsentierte Deutschlands neues Steuerfachblatt eine vorformulierte Erklärung, in der die CDU-Parteivorsitzende ultimativ zu einer nachhaltigen Unterstützung der rot-grünen Steuersenkungen aufgefordert wurde. Offensichtlich hat das seine Wirkung nicht verfehlt. Denn nur zwei Tage später bekamen endlich auch Frau Merkel und Herr Stoiber den ehrenvollen »Steuern-runter-Orden« der BILD-Zeitung verliehen. Sie kompletieren damit die Liste der Ordensträger, die neben dem Bundeskanzler und dem Wirtschaftsminister auch Ministerpräsidenten, die Vorsitzenden von CDU und FDP und andere Politiker endgültig als Steuerexperten ausweist. Auch die ökonomischen Auswirkungen eines Vorziehens der Steuerreform wurden von der BILD-Zeitung sorgfältig recherchiert und berechnet: In einem Kommentar arbeitete der bekannte Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin am 20. Juni 2003 heraus, dass dadurch noch vor dem 1. Januar 2004 »das Wachstum in die Höhe schießt: und bei dann 4% Wachstum 2 Mill. neue Jobs geschaffen würden. Da konnte eine

schnelle Reaktion der Bundesregierung nicht ausbleiben, die von besagtem Blatt mit »Deutschland lacht! Es ist vollbracht!« gefeiert wurde. Angesichts derartiger Erfolge ist die Fortsetzung des Kampfs für niedrige Steuern nur konsequent. »Jetzt auch weg mit höherer Tabaksteuer«, titelte die BILD-Zeitung am 18. Juli 2003. Die Reaktion der Bundesregierung steht bislang noch aus.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es ist richtig, dass die Steuerbelastung, und zwar sowohl auf den Faktor Kapital als auch auf den Faktor Arbeit, gesenkt werden muss, um die Attraktivität des Standorts Deutschland zu erhöhen. Zwar hatte das BMF in einer Pressemitteilung von 20. Januar 2003 unter Bezug auf Berechnungen der OECD darauf hingewiesen, dass Deutschland im Jahre 2001 die niedrigste Steuerquote in Europa aufwies und bei der Steuer- und Abgabenlast zusammengenommen im internationalen Mittelfeld lag. Für die Investitions- und Arbeitseinsatzentscheidungen kommt es jedoch nicht auf die gesamtwirtschaftliche Steuer- und Abgabenquote an, sondern auf die effektiven durchschnittlichen und marginalen Steuer- und Abgabensätze. Und bei diesen Kennziffern nimmt Deutschland nach wie vor einen Spitzenplatz in Europa ein. Darauf hat vor allem das ZEW wiederholt und speziell in einer Stellungnahme zur genannten BMF-Presseerklärung hingewiesen.¹ Dabei ist anzuerkennen, dass in den letzten Jahren durchaus erhebliche Steuersatzsenkungen beschlossen wurden. So werden nach Inkrafttreten der zweiten und dritten Stufe der Einkommensteuerreform der Spitzensteuersatz um 11 und der Ein-



Wolfgang Wiegard*

* Prof. Dr. Wolfgang Wiegard ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg und Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

¹ Unternehmensbesteuerung in Deutschland: Steueroase oder Hochsteuerland? ZEW-Stellungnahme vom 23. Januar 2003.

gangssteuersatz um 10,9 Prozentpunkte niedriger sein als im Jahr 1998. Auch im Bereich der Körperschaftsteuer kam es zu einer Senkung des Steuersatzes, verbunden mit einem Systemwechsel vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren. Zwar standen dem Steuererhöhungen bei einigen indirekten Steuern gegenüber, aber auch eine Umschichtung weg von den direkten hin zu den indirekten Steuern verspricht tendenziell Effizienzgewinne. Jetzt kommt es darauf an, dass die Steuersätze nach der dritten Stufe der Einkommensteuerreform konsequent und mittelfristig weiter reduziert werden. Diese Forderung dürfte weitgehend unstrittig sein. Aus ihr folgt aber noch nicht, dass auch das Vorziehen der dritten Stufe der Einkommensteuerreform eine sinnvolle Maßnahme darstellt.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den aktuellen Planungen der Bundesregierung, die Steuerreform um ein Jahr vorzuziehen, sollte von der Frage nach der Zielsetzung bzw. den erwarteten Effekten dieser Maßnahme ausgehen. In einer Presseerklärung des BMF vom 30. Juni 2003 wird auf die Notwendigkeit eines konjunkturpolitischen Signals verwiesen, das – in Ergänzung zu den strukturellen Reformen der Agenda 2010 – »den Bürgerinnen und Bürgern mehr Geld in die Taschen gibt und den Konsum und Wachstum fördert«. Wenn ein konjunktureller Impuls über eine Nachfragestimulierung erreicht werden soll, ist es in der Tat angebracht, die mit dem Vorziehen der Steuerreform gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung einhergehenden Steuerausfälle von etwas über 15 Mrd. € über eine höhere staatliche Neuverschuldung und über Privatisierungserlöse auszugleichen. Genau dies ist ja für den Bundeshaushalt 2004 mit einer zusätzlichen Neuverschuldung von 5 Mrd. € und Privatisierungserlösen von etwa 2 Mrd. € geplant. Der Ausgleich der Steuerausfälle bei den Bundesländern und Gemeinden ist zurzeit noch ungeklärt. Das BMF weist darauf hin, dass Länder und Kommunen durch das unabhängig vom Vorziehen der dritten Steuerreformstufe im Bundeshaushaltsplan vorgesehene Konsolidierungskonzept im Jahr 2004 auf der Einnahmen- und Ausgabenseite mit insgesamt fast 9 Mrd. € entlastet werden, was die durch das Vorziehen der Steuerreform ausgelösten Belastungen übersteige. Allerdings ist fraglich, ob und inwieweit der Bundesrat den geplanten Konsolidierungsmaßnahmen (Kürzungen bei der Eigenheimzulage, der Pendlerpauschale etc) zustimmen wird.

Ein Ausgleich der Steuerausfälle durch höhere Neuverschuldung wird also einen konjunkturellen Impuls auslösen – aber dieser Impuls wird gering sein. Presseberichten zufolge erwartet Minister Clement vom Vorziehen der Steuerreform eine um einen ganzen Prozentpunkt höhere Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts in 2004. Ein solcher Optimismus ist in keiner Weise nachvollziehbar. Selbst der vom Bundesfinanzminister erhoffte Anstieg der BIP-Zuwachsrates um einen halben Prozentpunkt dürfte noch zu hoch gegriffen sein. Die empirische Literatur liefert zwar

kein ganz einheitliches Bild. Aber man kann davon ausgehen, dass kreditfinanzierte diskretionäre Steuersenkungsprogramme in der Größenordnung von 1% des BIP einen kurzfristigen Anstieg des BIP um 0,2 bis 0,5 Prozentpunkte bewirken. Da die Steuersenkung bei Vorziehen der Steuerreform und vor allem ihr kreditfinanzierter Teil niedriger ausfällt, ist auch der konjunkturelle Impuls entsprechend geringer. Selbst das DIW, das kreditfinanzierte Steuersenkungen ja vehement befürwortet, geht davon aus, dass realistischere »mit dem Vorziehen der nächsten Stufe der Steuerreform noch kein Aufschwung initiiert werden kann«.²

Einem leichten konjunkturstimulierenden Effekt, der ja positiv zu bewerten ist, stehen andererseits aber negative Effekte gegenüber. Dazu gehören einmal ein erneuter Verstoß gegen die Defizitbegrenzung des EG-Vertrages bzw. des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts, zum anderen aber auch eine mögliche Verletzung des Artikel 115 Grundgesetz. Zwar geht die Bundesregierung davon aus, dass anders als in den Jahren 2002 und 2003 die Defizitobergrenze von 3% des BIP im Jahr 2004 eingehalten werden kann. Sie weist allerdings einschränkend darauf hin, dass dazu die von ihr gesetzten Wachstumsannahmen für das BIP von $\frac{3}{4}\%$ im laufenden und 2% im nächsten Jahr eintreten müssen. Davon kann aber gerade nicht ausgegangen werden. In diesem Jahr wird die Zuwachsrates des realen BIP die des letzten Jahres von 0,2% nicht überschreiten, und ein 2%-iges Wachstum im nächsten Jahr erscheint aus heutiger Sicht allzu optimistisch. Also wird der Referenzwert für die Defizitquote 2004 zum dritten Mal in Folge überschritten werden. Für die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik wäre dies fatal. Man kann durchaus der Meinung sein, dass das Regelwerk des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf den Prüfstand gehört. Allerdings sollte der Pakt nicht gerade dann revidiert oder gar außer Kraft gesetzt werden, wenn er sich bewähren muss. Dann würde er in Zukunft nicht mehr ernst genommen. Es ist wie mit der Abseitsregel im Fußball. Auch über deren Sinn lässt sich ja durchaus streiten. Aber man sollte sie nicht ausgerechnet dann suspendieren oder vorübergehend außer Kraft setzen, wenn gerade eine Abseitstor gefallen ist.

Die staatlichen Defizite würden aber nicht nur gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen; ebenfalls zum dritten Mal in Folge könnte sowohl auf Bundes- als auch Länderebene die jeweilige Neuverschuldung die in den Haushaltsplänen veranschlagten Ausgaben für Investitionen überschreiten und damit die Defizitbegrenzung des Artikel 115 Grundgesetz bzw. vergleichbarer Bestimmungen in den Länderverfassungen verletzen. Zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts wäre dies zwar zulässig. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1989 muss die Bundesregierung dann aber begründen, warum die erhöhte Neuverschuldung zur

² DIW-Wochenbericht Nr. 27-28/2003, S. 457.

Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts geeignet sein soll. Das dürfte zumindest dann nicht ganz einfach sein, wenn die Fehlentwicklungen in Deutschland in einer zu hohen strukturellen Arbeitslosigkeit sowie in einer strukturellen Wachstumsschwäche gesehen werden. Dann müsste man zur Abhilfe die staatliche Verschuldung reduzieren, nicht aber sie erhöhen. Nur bei einer drohenden Rezession könnte eine höhere Neuverschuldung gerechtfertigt werden. Aber davon kann bei einer von der Bundesregierung erwarteten Zuwachsrate des BIP von 2% ja wohl kaum gesprochen werden. Der Bezug auf die Ausnahmeklausel des Artikel 115 dürfte damit auf wackligen Füßen stehen. Man muss also abwägen zwischen einem leichten konjunkturellen Impuls als Folge eines über höhere Kreditaufnahme finanzierten Vorziehens der Steuerreform und drohenden Vertrauensverlusten in die Finanzpolitik. Meines Erachtens dominieren die negativen mögliche positive Effekte.

Alternativ hätten die zu erwartenden Steuerausfälle durch eine (weitere) Kürzung staatlicher Ausgaben sowie einen stärkeren Abbau von Steuervergünstigungen ausgeglichen werden können. Der erhoffte konjunkturelle Impuls würde dann zwar nicht eintreten; gleichwohl wäre dies aus einer ganzen Reihe von Gründen sinnvoll. Die Staatsquote ist in Deutschland zu hoch und muss zurückgeführt werden. Und von einer Senkung der Steuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sind tendenziell, wenn auch nicht zwangsläufig, Effizienzgewinne zu erwarten. Allerdings darf bezweifelt werden, dass ein umfassender Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen so kurzfristig überhaupt möglich ist. Schließlich ist die Bundesregierung schon mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz gescheitert, in dem ja einige durchaus vernünftige Maßnahmen enthalten waren.

Wie dem auch sei: Die Bundesregierung hat das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform beschlossen. Jetzt wäre es ganz schlecht, wenn es nicht dazu kommen würde; das ständige Hin und Her in der Steuerpolitik muss endlich ein Ende haben. Über das Finanzierungskonzept muss noch Einigkeit mit der Opposition hergestellt werden. Angesichts der unklaren und zum Teil widersprüchlichen Äußerungen führender Oppositionspolitiker dürfte das keine leichte Aufgabe werden. Überdies lässt der parteiübergreifend erzielte Kompromiss bei der Gesundheitsreform vermuten, dass es wiederum zu einer Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner kommt. Deshalb wäre es auch falsch, auf eine »Große Koalition« in Sachfragen zu setzen. Viel wichtiger ist es, endlich effizientere Entscheidungsstrukturen in unserem Föderalstaat zu schaffen. Nur wenn wir aus der durch den kooperativen Föderalismus bedingten »Politikverflechtungsfalle« herausfinden, verbessern sich die Chancen für die Durchsetzung grundlegender Reformen.



Winfried Fuest*

Finanzierung der Steuerreform: Deficit without spending – ein untaugliches Instrument

Dissens in der Finanzierungsfrage

Anders als im Bereich der Politik, wo man sich nach langwierigen Diskussionen über und auch innerhalb der Parteigrenzen nun nahezu einstimmig für ein Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2004 votiert, besteht in der Wissenschaft und damit auch unter den Forschungsinstituten allenfalls Einigkeit darin, dass es ökonomisch und konjunkturpolitisch sinnvoll ist, diesen Entlastungsschritt von 2005 auf 2004 zu verlegen. Unübersehbarer Dissens hingegen herrscht in der Frage, wie denn die durch diesen Vorzieheffekt zunächst in 2004 entstehenden Steuerausfälle bei Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 15,6 Mrd. € zu finanzieren sind. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) plädiert dafür, dass diese Summe ausschließlich über eine entsprechend höhere Neuverschuldung zu finanzieren sei, weil andernfalls kein ausreichender positiver Impuls für das gesamtwirtschaftliche Wachstum erzielt würde. »Dabei müsse die Regierung hinnehmen, die Defizitgrenzen des Maastrichter Vertrages erneut zu verletzen, weil der Stabilitätspakt in seiner bisherigen Form tot sei« (in: Tagesschau online vom 01.07.2003).

Diskussion der Finanzierungsalternativen

Eine derartige apodiktische Argumentation kann schon deshalb nicht unwidersprochen bleiben, weil sie die möglichen Finanzierungsalternativen und deren finanzpolitische Implikationen für das Vorziehen der Steuerreform nicht oder allenfalls in der kurzfristigen Perspektive für 2004 berück-

* Prof. Dr. Winfried Fuest ist Leiter des Referats Öffentliche Haushalte, Finanz- und Steuerpolitik, am Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

sichtigt. Die von anderer Seite und auch vom IW vorgeschlagenen und in ihren Wirkungen positiver befundenen Finanzierungsalternativen als die vom DIW vorgeschlagene Deficit-without-spending-Strategie lauten:

1. Mobilisierung von Privatisierungserlösen,
2. Kürzung der Subventionen und
3. Verringerung der Staatsquote, primär bei konsumtiven öffentlichen Ausgaben, wie z.B. Personalausgaben.

Welche Gründe sprechen nun für diese policy-mix-Strategie oder zunächst zugespitzt gefragt, warum ist der Finanzierungsweg einer ausschließlichen Kapitalmarktfinanzierung und damit einer zusätzlichen Expansion der Staatsverschuldung zur Finanzierung von Steuersenkungen der falsche Weg? Ein Blick in die einschlägige finanzwissenschaftliche Literatur und auch der empirische Befund geben hierzu Auskunft. Bereits im Jahre 1996 gelangt eine Studie des BMF zu dem Ergebnis, dass in offenen Volkswirtschaften der Einsatz der Staatsverschuldung ein untaugliches Instrument zur Konjunkturstabilisierung sei. Die Verfasser begründen dabei ihr Verdikt, indem sie auf eine Vielzahl von theoretischen Unzulänglichkeiten einer derartigen keynesianischen Konjunkturstabilisierung hinweisen. So sei es nicht gelungen, »ein waserdichtes Analyse- und Handlungsinstrumentarium abzuleiten, auf dessen Grundlage die Konjunkturpolitik nach Umfang und Zeitpunkt richtig dosiert werden konnte« (BMF, Wissenschaftlicher Beirat, »Finanzpolitik 2000«, Schriftenreihe Heft 58, 1996, S. 41). Zudem, so die Studie, »berücksichtige die keynesianische Konjunkturpolitik zu wenig das Anpassungs- und Lernverhalten der Unternehmen und Beschäftigten. Hierauf habe bereits der Nobelpreisträger Robert Lucas hingewiesen (ebenda, S. 30). Das wohl gegenwärtig noch gewichtigere Argument für die mangelnde Tauglichkeit des Einsatzes der Staatsverschuldung zur Konjunkturstabilisierung ist, dass in offenen globalisierten Volkswirtschaften die keynesianischen Multiplikatoreffekte deutlich schwächer ausfallen dürften als in den Lehrbuch-Modellen einer geschlossenen Volkswirtschaft errechnet wird. So muss man heute erst Recht dem Fazit dieser Studie zustimmen: »Das am meisten gebrauchte und missbrauchte Argument für die öffentliche Verschuldung war und ist das der Konjunkturstabilisierung« (vgl. BMF, Wissenschaftlicher Beirat, »Finanzpolitik 2000«, Schriftenreihe Heft 58, 1996, S. 41).

Auch der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium sowie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stehen der Defizitauseitung aus konjunktureller Perspektive sehr skeptisch gegenüber und plädieren statt dessen für eine auf Stetigkeit sowie Verlässlichkeit ausgerichtete staatliche Konjunkturpolitik: »Unter den heutigen Voraussetzungen leistet die Finanzpolitik ihren besten Beitrag zu einer weiteren Fortsetzung der konjunkturellen Belebung, wenn sie in sich überzeugend bleibt, verlässlich auf einen weiteren Rückgang der öffentlichen De-

fizite hinwirkt, den Geldwert stabil hält und so die Voraussetzungen für dauerhaft niedrige Zinsen und Steuerentlastungen schafft. Denjenigen, die sich für eine expansive Finanzpolitik durch höhere öffentliche Defizite aussprechen, ist entgegenzuhalten, dass sie unter den heute gegebenen Umständen die prozesspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der Finanzpolitik überschätzen und deren ordnungspolitische Rolle – auch in ihrer Ausstrahlung auf die Konjunktur – unterschätzen (BMF, Wissenschaftlicher Beirat, »Aufgaben und Ziele einer neuen Finanzpolitik – Grenzen staatlicher Verschuldung«, Schriftenreihe Heft 36, 1985, S. 24).

Daher mehren sich in der neueren empirisch ausgerichteten Literatur die Stimmen, die die Haushaltskonsolidierung nicht als Wachstumsbremse, sondern als Vehikel zur Schaffung des notwendigen Handlungsspielraumes für mehr Wachstum und Beschäftigung sehen. Die empirischen Studien belegen, dass gerade diejenigen Industrieländer, wie z.B. Finnland und Schweden, die in der Dekade der neunziger Jahre ihre Staatsquote massiv gesenkt haben, durchaus Erfolge im Wirtschaftswachstum und der Beschäftigung verbuchen konnten. So gelangt beispielsweise Heitger in einer empirischen Studie für die OECD-Länder zu dem Schluss, dass von einer Senkung der Staatsquote durchaus wachstumsstimulierende Wirkungen ausgehen können und insbesondere die Verringerung der konsumtiven staatlichen Ausgaben positive Wachstumseffekte auslöst.¹ Das gilt umso mehr, wenn diese wie das in der Bundesrepublik der Fall ist einen relativ hohen Anteil an den gesamten öffentlichen Ausgaben besitzen.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist dann auch eine Reduktion der Staatsquote, die im vergangenen Jahr immerhin 48,6% des BIP betrug, eine überlegenswerte Alternative. Der Rotstift im öffentlichen Sektor sollte dabei dann primär bei den konsumtiven staatlichen Ausgaben sowie bei den Transfers angesetzt werden. Eine Reduzierung dieser Ausgabekategorien verhindert von vorneherein qualitative Konsolidierungsschäden und ist auch ordnungspolitisch der bessere Weg für mehr Wachstum und Beschäftigung. Konkret ist damit z.B. die Kürzung der Eigenheimzulage, und hier insbesondere der Kinderzulage, wie auch die Kürzung der staatlichen Pensionslasten durchaus eine geeignete Maßnahme zur Finanzierung der Steuerreform. Auch die Mobilisierung von zusätzlichen Privatisierungserlösen bietet sich als Finanzierungsquelle an. Immerhin weist allein der Beteiligungsbericht des Bundes für 2002 noch insgesamt 426 unmittelbare und mittelbare Beteiligungen auf. Die Beteiligungen repräsentieren einen Kapitalnennwert von 16,1 Mrd. €. Selbst wenn realistischere Weise nicht davon ausgegangen werden kann, dass eine kurzfristige Mobilisierung dieses Beteiligungsbesitzes möglich als auch sinnvoll ist, um den Kapitalmarkt und das Kurs-

¹ Vgl. B. Heitger, Wachstums- und Beschäftigungseffekte einer Rückführung öffentlicher Ausgaben – Eine empirische Analyse für die OECD-Länder, Kieler Studien Nr. 291, Tübingen 1998.

niveau bereits im umlaufbefindlicher Aktien zu belasten, hätte man sich stärker aus dieser Quelle bedienen können, als es gegenwärtig vom Bundesfinanzminister mit der bescheidenen Summe von 2 Mrd. € geplant ist. Auch einige Bundesländer, die sich durch das Vorziehen der Steuerreform finanziell überfordert sehen und einen derartigen Entlastungsschritt aus diesen Gründen ablehnen, sollten einmal stärker ihren Blick auf ihr umfangreiches Beteiligungs-Portefeuille richten. So zeigt beispielsweise selbst ein kurzer Blick auf den Beteiligungsbericht des Landes NRW, dass hier noch ein erhebliches Potential schlummert. Zudem stellt sich auch aus ordnungspolitischer Perspektive durchaus die Frage, warum beispielsweise das Land NRW an Wirtschaftsprüfungsgesellschaften beteiligt ist. Generell muss auch kritisch hinterfragt werden, wie es um die Zukunft der Landesbanken und Sparkassen bestellt ist. Nicht nur aus dem kurzfristigen Finanzierungskalkül, sondern auch aus grundsätzlichen allokativen Überlegungen sollte hier eine neue Grenzziehung zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor erfolgen. Aber selbst unter dem kurzfristigen Finanzierungsblickwinkel macht eine derartige Finanzierungsvariante Sinn, weil der Vorzieheffekt der Steuerreform sowohl einen kurzfristigen zudeckenden wie auch einen auf ein Jahr befristeten einmaligen zusätzlichen Finanzbedarf generiert. Eine ausschließlich kreditalimentierte Abdeckung dieses Finanzbedarfs würde hingegen eine auf Dauer angelegte zusätzliche Zinslast oder auch in die Zukunft verlagerte Steuererhöhung nach sich ziehen. Schließlich würde eine derartige Strategie mit Sicherheit zu dem erneuten Überschreiten der durch die Verfassung vorgegebenen Verschuldungsgrenzen führen. Hierbei käme es dann sogar zu einer gleich mehrfachen Verletzung der institutionellen Verschuldungsgrenzen, und zwar zunächst im Hinblick auf die nationale Verschuldungsgrenze des Art. 115 GG, wonach die Nettokreditaufnahme nicht höher als die Investitionsausgaben ausfallen dürfe. So sieht der Bundeshaushaltsentwurf 2004 bereits eine Nettokreditaufnahme von 30,8 Mrd. € vor und liegt mit diesem Wert um 6 Mrd. € über dem Niveau der investiven Ausgaben des Bundes. Zwar hat der Bundesfinanzminister vorsorglich bereits den Finanzierungsanteil des Bundes für das Vorziehen der Steuerreform hierbei berücksichtigt, so sind in dem Haushaltsentwurf des Bundeshaushalts 2004 wie auch mittelfristige Finanzplanung bereits 7 Mrd. € als zusätzliche Nettokreditaufnahme eingeplant, jedoch beruht die Planung teilweise auf unrealistischen Wachstumsannahmen. Gegenwärtig rechnet kein Wirtschaftsforschungsinstitut mehr mit einem realen Wachstum von 0,75% in diesem Jahr und daher gelangt der Finanzminister auch wiederum in Konflikt mit den Maas-trichterkriterien. Selbst wenn man an der ökonomischen Sinnhaftigkeit dieser Verschuldungsgrenzen Zweifel anmelden kann, ist ein nochmaliges Überschreiten dieser Grenzen wohl kaum geeignet, das notwendige Vertrauen der Investoren wie auch Konsumenten in eine verlässliche und nachhaltige staatliche Finanzpolitik zu stärken. Da die hartnäckige Konjunkturschwäche nicht zuletzt auch durch diesen Vertrauensverlust zu erklären ist, bedarf dieser Aspekt einer besonderen Be-

achtung. Deutschland sollte als größte Volkswirtschaft in Europa schon deswegen trotz aller erkennbaren konjunkturellen Probleme den Stabilitätspakt nicht grundsätzlich in Frage stellen oder gar wie bereits erwähnt für tot erklären.

Bundesfinanzminister plant »Steuersenkung 2004 auf Pump«

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen überrascht es, dass der Bundesfinanzminister nun immerhin nach aktuellem Informationsstand plant, das Vorziehen der Steuerreform auf 2004 über eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme um 5 Mrd. € zu finanzieren. Das hieße im Klartext, der vom Finanzminister in der Vergangenheit immer wieder gebrauchte Slogan »Keine Steuersenkung auf Pump« würde von ihm selbst ad absurdum geführt. Nicht zuletzt aufgrund der nun eingeplanten zusätzlichen Schuldenaufnahme zur Finanzierung der Steuersenkung mehrten sich auch bei der politischen Opposition die Stimmen, die diese Strategie ablehnen.

Steuer- mit Strukturreform verbinden

Am allerwenigsten wäre jedoch der Konjunktur und dem Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik geholfen, wenn ein endloser Parteienstreit über Art und Umfang der »Gegenfinanzierung« das eigentliche Ziel dieser Reform konterkarieren würde und damit eine Chance für mehr Wachstum und Beschäftigung leichtfertig vergeben würde. Statt dessen sollte von Seiten der Politik parallel zur Steuerreform ein weiterführendes Konzept zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie zur Reform der Sozialversicherungssysteme erarbeitet und realisiert werden. Denn neben dem Konjunkturproblem hat die Bundesrepublik wohl ein ebenso großes Strukturproblem, das über die im Rahmen der Agenda 2010 vorgesehenen Reformmaßnahmen weiterer Reformschritte bedarf, um tatsächlich wie erhofft auch ein höheres Wachstum und mehr Beschäftigung im nächsten Jahr zu erreichen.

Das IW gelangt hier zu dem Ergebnis, dass unter der Prämisse keiner weiteren Beitragssatzsteigerungen bei den Sozialversicherungen, insbesondere bei der Rentenversicherung, selbst bei Verzicht auf eine Defizitfinanzierung des Finanzierungsbedarfes durch den Vorzieheffekt in 2004 minimal 0,2% und maximal 0,5% reales zusätzliches Wachstum des BIP in 2004 erreicht werden kann. Da die Wachstumsperformance in 2004 nach den ersten Prognosen ebenfalls mager ausfallen wird, sind 0,5 Prozentpunkte ein Wachstumsimpuls, den man nicht leichtfertig verschenken sollte.

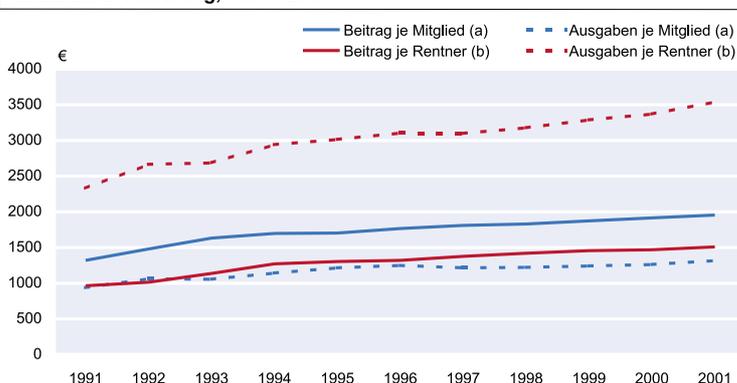
Der Beitrag ist in englischer Sprache im CESifo Internet Forum auf unserer Website www.cesifo.de zu finden.

Die Alterung der deutschen Bevölkerung bringt es mit sich, dass immer mehr Rentner in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichert sind. Berechnungen zeigen, dass der durchschnittliche Beitrag eines Rentners nur etwa 43% seiner aus der GKV bezogenen Leistungen abdeckt. Es zeigt sich, dass die Nettoeinzahlungen der erwerbstätigen Mitglieder in die GKV diese Deckungslücke ausgleichen müssen. Mit einem in Zukunft zu erwartenden weiteren Anstieg der Versicherten im Rentenalter wird diese intergenerationale Umverteilung zunehmen. Generationengerechtigkeit im Gesundheitswesen bedeutet aber, dass jede Generation die von ihr verursachten Gesundheitskosten selbst trägt. Ein Umstieg von dem impliziten Umlageverfahren in der GKV auf eine Kapitaldeckung, in der jede Generation für ihre Gesundheitsleistungen im Alter spart, würde eine solche generationengerechte Finanzierung darstellen. Da aber die Umstellungskosten, die aus der Kompensation älterer Generationen für den Ausstieg aus dem Umlageverfahren resultieren, mehrere Generationen doppelt belasten würden, müssen diese Kosten möglichst gering gehalten werden und gleichmäßig über die Generationen verteilt werden. Zum einen ist es deshalb ratsam, keine vollständige Umstellung, sondern nur eine Reduzierung des Umlageverfahrens auf eine Grundversorgung durch die GKV vorzunehmen. Zum anderen müssen die im Alter steigenden Gesundheitskosten durch stärkere Anreize für präventive medizinische Maßnahmen deutlich gesenkt werden.

In Deutschland vollzieht sich ein grundlegender Wandel, der sowohl den Umfang als auch die Alterstruktur der Bevölkerung betrifft. Dieser Umbruch, der auf die steigende Lebenserwartung und den anhaltenden Geburtenrückgang zurückzuführen ist, hat nachhaltige Veränderungen in vielen Bereichen der Gesellschaft zur Folge. Im ökonomischen Bereich sind besonders die umlagefinanzierten Versicherungssysteme davon betroffen. In der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bedeutet die Umlagefinanzierung, dass die heutigen Beitragszahler die Leistungen für die Kranken finanzieren.

Im Gegensatz zu privaten Krankenversicherungen, die nach dem Äquivalenzprinzip finanziert werden und in denen die Versicherungsprämien nach dem durch Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand bestimmten Risikoprofil der Versicherten kalkuliert werden, bemessen sich die Beiträge zu den gesetzlichen Krankenkassen bis zur Bemessungsgrenze nach dem Lohnneinkommen des beitragspflichtigen Mitglieds. Diese Finanzierung richtet sich also nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip, und zwar unabhängig vom Risikoprofil und damit auch unabhängig von den zu erwartenden Leistungsansprüchen des Beitragszahlers. Neben den abhängig Beschäftigten mit einem Lohnneinkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze sind Empfänger von Lohnersatzleistungen, also Arbeitslose und Rentner, aber auch Bezieher von Sozialhilfe sowie Familienangehörige der Versicherten über die gesetzliche Krankenkasse abgesichert. Alle Mitglieder haben den vollen Anspruch auf die Leistungen des Gesundheitssystems. Es gibt keine Bedürftigkeitsprüfungen.

Abb. 1
Durchschnittliche Beiträge und Leistungsausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung, 1991 - 2001



(a) Für pflichtversicherte und freiwillige Mitglieder (ohne Rentner) und deren mitversicherte Familienangehörige.
 (b) Für Rentner und deren Familienangehörige.

Quelle: BMG (2002), Sachverständigenrat (2002), Berechnungen des ifo Instituts.

Umverteilung zwischen den Generationen in der GKV

Generationengerechtigkeit im Gesundheitswesen bedeutet, dass jede Generation ihre eigenen Gesundheitskosten trägt.

In die GKV zahlen sowohl erwerbstätige Mitglieder als auch Rentner Beiträge ein. Abbildung 1 zeigt, dass ein beitragszahlender Erwerbstätiger im Durchschnitt mehr ein-zahlt, als zur Finanzierung der Leistungen für ihn und seine mitversicherten Familienan-gehörigen erforderlich wäre. Der durch-schnittliche Beitrag eines Rentners hingegen reicht zur Selbstfinanzierung der Leistungen für ihn und seine mitversicherten Familien-angehörigen nicht aus.

Damit deckt ein Rentner im Durchschnitt nur etwa 43% der Leistungsausgaben, die für ihn erbracht werden, durch seinen Bei-trag ab, während alle anderen Mitglieder pro Kopf einen Beitrag einzahlen, der ihre Leistungsausgaben um durchschnittlich 46% übersteigt. Der Überschuss, den die erwerbstätigen Mitglieder netto in die GKV einzahlen, dient der Finanzierung der Net-toauszahlungen, die Rentner für ihre me-dizinische Versorgung erhalten. Das bedeutet, dass inner-halb der GKV eine intergenerationale Umverteilung von den Erwerbstätigen zu den Rentnern vorgenommen wird (vgl. Abb. 2).

In einer alternden Gesellschaft nimmt die Anzahl der Versicherten im Rentenalter in der GKV zu. Die sich dadurch multiplizierenden Nettoauszahlungen für Rentner müssen durch höhere Beiträge der Erwerbstätigen finanziert werden, so dass das Ausmaß der Umverteilung von Erwerbstätigen zu Rentnern steigen wird. Die Investition in das Gesundheitssystem wird dadurch für erwerbstätige Mitglieder einer Ge-neration immer ungünstiger: Sie zahlen höhere Beiträge für die steigende Anzahl von Rentnern, sind aber selbst als

Behandlungsausgaben nach Alter; früheres Bundesgebiet, 1995

Altersgruppen	Behandlungsausgaben DM pro Kopf (in Klammern: Ausgabenanstieg)		
	Männer	Frauen	Insgesamt
0-14	1228,01	1079,56	1156,15
15-19	1176,54 (-51,47)	1466,44 (386,88)	1316,20 (160,05)
20-24	1278,04 (101,50)	1758,12 (291,68)	1507,04 (190,84)
25-29	1484,90 (206,86)	2294,09 (535,97)	1870,53 (363,49)
30-34	1579,07 (94,17)	2235,03 (-59,06)	1891,67 (21,14)
35-39	1939,09 (360,02)	2325,05 (90,02)	2123,83 (232,16)
40-44	2069,45 (130,36)	2358,68 (33,63)	2210,47 (86,64)
45-49	2577,08 (507,63)	2831,62 (472,94)	2701,30 (490,83)
50-54	2947,90 (370,82)	3096,05 (264,43)	3020,95 (319,65)
55-59	3487,85 (539,95)	3340,69 (244,64)	3414,32 (393,37)
60-64	4031,67 (543,82)	3683,28 (342,59)	3853,29 (438,97)
65-69	4866,83 (835,16)	4400,97 (717,69)	4611,95 (758,66)
70-74	5590,51 (723,68)	5170,68 (769,71)	5322,64 (710,69)
75-79	6392,94 (802,43)	6118,90 (948,22)	6208,24 (885,60)
80 und mehr	6893,70 (500,76)	6721,43 (602,53)	6767,60 (559,36)

Quelle: Ulrich (1998).

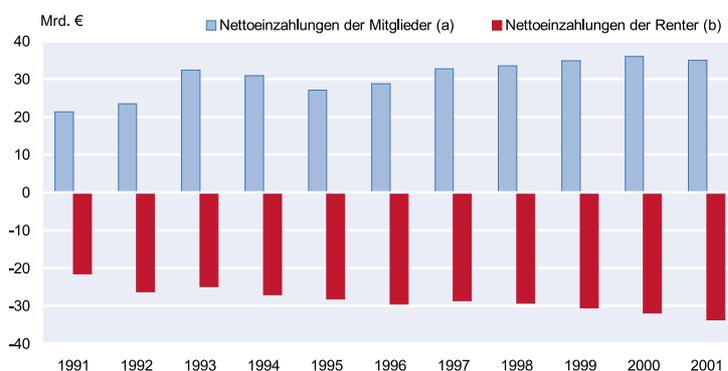
einzelner Rentner nur einmal in der Lage, die Leistungen zu beanspruchen. Der Barwert der Beiträge übersteigt den Barwert der Leistungen, was bedeutet, dass die Erwerbstätigen einer Generation einen Lebensnettotransfer an die Überlebenden früherer Kohorten zahlen.

Die demographische Abhängigkeit der Gesundheitsausgaben

Die Beiträge zur GKV hängen vom Einkommen ab und sind altersunabhängig. Hingegen illustriert obige Tabelle, dass die Höhe der Ausgaben der GKV für medizinische Leistungen mit dem Alter steigt.

Die durchschnittlichen Behandlungskosten steigen stetig von einer Altersgruppe zur nächsten und erreichen am Lebensende das Sechsfache der Ausgaben für die unter 14-jährigen Personen. Der Ausgabenanstieg ist besonders hoch für die Altersgruppen nach dem 65. Lebensjahr. Unterstellt man, dass ein ähnliches Ausgabenprofil auch in Zukunft gelten wird, so wird ein steigender Altersquotient, der das Verhältnis von über 65-jährigen Personen zu 20- bis 65-Jährigen angibt, zu einer erheblichen Erhöhung der Ausgaben der GKV führen. Die Projektion der Behandlungskosten bis zum Jahr 2050 in Abbildung 3 geht von dem Ausgabenprofil der Altersgruppen im Jahr 1995 aus (vgl. Tabelle) und zeigt, wie die demographische Entwicklung auf die Ausgaben wirkt. Entsprechend den Bevölkerungsprognosen von Eu-

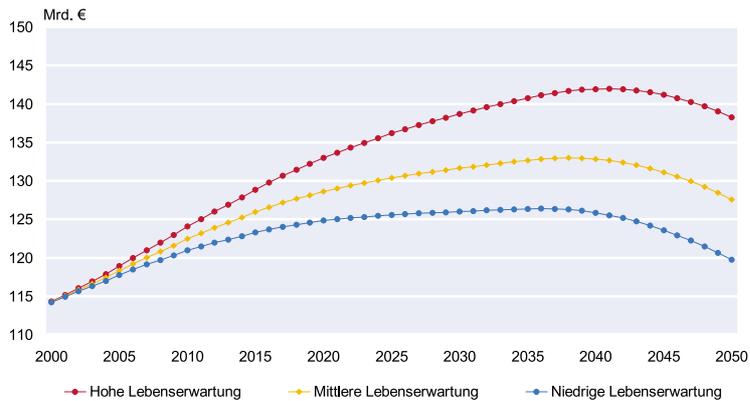
Abb. 2
Nettoeinzahlungen der Mitglieder in der Gesetzlichen Krankenversicherung, 1991 - 2001



(a) Beiträge abzüglich Leistungsausgaben der pflichtversicherten und freiwilligen Mitglieder (ohne Rentner) in der GKV.
(b) Beiträge abzüglich Leistungsausgaben der Rentner in der GKV.

Quelle: BMG (2002), Sachverständigenrat (2002), Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3
Demographischer Einfluss auf die Behandlungskosten der GKV bis 2050 bei unterschiedlicher Lebenserwartung



Quelle: Ulrich (1998), Eurostat (2000), Berechnungen des ifo Instituts.

Anm.: Die Szenarien unterscheiden sich bezüglich der Annahmen für die Lebenserwartung bei Geburt. Im Szenario »Hohe Lebenserwartung« steigt die Lebenserwartung für Männer von 75 Jahre (2000) auf 83 Jahre (2050) und für Frauen von 81 Jahre auf 87 Jahre. Im Szenario »Mittlere Lebenserwartung« steigt die Lebenserwartung für Männer von 74,6 auf 80 Jahre und für Frauen von 80,7 auf 85 Jahre. Im Szenario »Niedrige Lebenserwartung« steigt die Lebenserwartung für Männer von 74,2 auf 76 Jahre und für Frauen von 80,4 auf 82 Jahre. In allen drei Szenarien wird für die zusammengefasste Geburtenziffer (Total fertility rate), die die Gesamtkinderzahl einer Frau im gebärfähigen Alter angibt, ein Anstieg von 1,38 (2000) auf 1,5 (2050) unterstellt und eine Nettozuwanderung angenommen, die von 192 000 auf 200 000 Personen zunimmt.

rostat (2000) werden dabei drei Szenarien betrachtet, die sich in der Lebenserwartung bei Geburt von Männern und Frauen unterscheiden.

Die demographische Veränderung in Deutschland bedeutet einerseits, dass die Bevölkerung langfristig schrumpft, und andererseits, dass die höheren Altersgruppen immer stärker besetzt werden. Der erste Effekt führt zu einer insgesamt geringeren Nachfrage nach medizinischen Leistungen und damit zu sinkenden Ausgaben der GKV. Der zweite Effekt führt aufgrund steigender Behandlungskosten im Alter zu höheren Ausgaben der GKV. Da nach der Eurostat-Projektion bei mittlerer Lebenserwartung die Bevölkerung in Deutschland erst ab 2013 zurückgeht, steigen die Ausgaben bis 2013 zunächst deutlich an aufgrund höherer Bevölkerungszahlen und eines steigenden Altersquotienten (25,9 in 2000 auf 32,7 in 2013). Danach wirken die Effekte gegenläufig, was zu einer Abschwächung des Ausgabenwachstums führt. Die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boom-Generationen erreichen die höheren Altersgruppen, was zu einem maximalen Anstieg des Altersquotienten von 54,9 im Jahr 2038 führt. Dadurch steigen die Behandlungskosten bis zu diesem Zeitpunkt auf 132,97 Mrd. €. Danach führen sinkende Bevölkerungszahlen und ein zurückgehender Altersquotient zu einem Rückgang der GKV-Ausgaben. Insgesamt bewirkt der Alterungsprozess der Bevölkerung bis zum Jahr 2038 einen Anstieg der Behandlungskosten, die um 17% höher sind als im Jahr 2000. Im Szenario mit hoher Lebenserwartung erreicht der Alters-

quotient im Jahr 2039 einen Höchstwert von 60,6. Die Gesamtausgaben steigen dann bis 2041 um 25% auf 141,94 Mrd. €. Steigt die Lebenserwartung hingegen weniger stark, so liegt der Altersquotient 2038 bei maximal 50,6 und die Ausgaben der GKV steigen um immerhin noch 11,3% auf 126,38 Mrd. €.

Diese Berechnungen unterstellen, dass das Ausgabenprofil für die Altersklassen aus dem Jahr 1995 auch in den folgenden Jahrzehnten erhalten bleibt. Da aber damit zu rechnen ist, dass sich dieses Ausgabenprofil verstellen wird, ist eher mit einem stärkeren Anstieg der GKV-Gesamtausgaben zu rechnen. Die Versteilung des Ausgabenprofils kann auf Produktinnovationen im Gesundheitswesen zurückgeführt werden, die die Palette der Behandlungsmöglichkeiten ausweitet. Dadurch werden für eine Gruppe von 80-Jährigen des Jahres 2030 mehr Gesundheitsleistungen erbracht als für eine entsprechende Gruppe im Jahr 1995, da sich unter jenen ein höherer Anteil von Personen befindet, die nur aufgrund massiver medizinischer Interventionen noch am Leben sind (vgl. Breyer und Ulrich 1999).

Der demographischen Abhängigkeit der Gesundheitsausgaben wird die These entgegengehalten, dass die Ausgaben nicht altersabhängig seien, sondern von der Nähe zum Todeszeitpunkt abhängen. Wenn die Kosten in den letzten Lebensjahren anstiegen, so wären die höheren Gesundheitsausgaben in den Altersgruppen ab 65 Jahren nicht per se durch das Alter verursacht, sondern dadurch, dass der Todeszeitpunkt der meisten Menschen in diesen Altersklassen liegt. So waren im Jahr 2000 etwa 70% aller gestorbenen männlichen Personen und 87,5% aller gestorbenen weiblichen Personen älter als 65 Jahre. Die Frage, ob das Alter oder die Restlebenszeit die Ausgaben älterer Personen in die Höhe treibt, ist noch nicht abschließend geklärt. Für die Tatsache, dass die Gesundheitsausgaben für Personen in höherem Alter steigen, ist die Klärung dieser Frage zweitrangig, da eher damit zu rechnen ist, dass die Jahre vor dem Tod sich weiter in die höheren Altersklassen verschieben werden.

Reformoptionen für mehr Generationengerechtigkeit

Reformen des Gesundheitswesens sollten darauf gerichtet sein, die Generationengerechtigkeit in dem Sinn wiederherzustellen, dass jede Generation ihre Gesundheitskosten so weit wie möglich selbst finanziert. Es muss zwischen Reformen innerhalb des gegenwärtigen Umlageverfahrens

und Reformen, die zu einem Wechsel des Finanzierungssystems führen, unterschieden werden.

Innerhalb der Umlagefinanzierung könnte auf der Einnahmenseite daran gedacht werden, zur Wiederherstellung der Generationengerechtigkeit die Beiträge der Rentner stärker anzuheben. Eine solche Beitragssatzsteigerung für Rentner löst aber nicht das zugrunde liegende Problem der starken finanziellen Umverteilungsbelastung für die erwerbstätigen Generationen. Denn die Beiträge der Rentner in die GKV werden von ihrer Rente erhoben, und die Renten werden wiederum im Umlageverfahren der Gesetzlichen Rentenversicherung von den Erwerbstätigen finanziert. Durch die eigenen Beiträge der Rentner lassen sich zwar die Beitragsätze der GKV beeinflussen, nicht aber die Belastung der Erwerbstätigen insgesamt. Dieses Argument gilt in abgeschwächter Form auch, wenn man berücksichtigt, dass die Renten über einen steuerfinanzierten Bundeszuschuss mitfinanziert werden, da die erforderlichen Steuern wiederum zum großen Teil die Erwerbstätigen belasten.

Angemessener wäre stattdessen eine Reform, die auf der Ausgabenseite dafür sorgt, dass der Anstieg der Gesundheitskosten im Alter reduziert wird. Das kann erreicht werden, indem stärkere Anreize für die Anwendung präventiver medizinischer Leistungen im Gesundheitswesen gesetzt werden. Etwa 20% aller Versicherten leiden an chronischen Erkrankungen und verursachen damit etwa 80% der gesamten Gesundheitsausgaben. Es ist unstrittig, dass prophylaktische Maßnahmen viele Erkrankungen im fortschreitenden Alter verhindern oder deren Behandlung erleichtern können. Dadurch kann die Kostendynamik in einer alternenden Gesellschaft gedämpft werden. Allerdings erfordert die Intensivierung der Prävention eine Anschubinvestition, deren Vorlaufkosten sich erst in der Zukunft durch größere Ersparnisse rentieren. Das Einsparpotential ist schwer abzuschätzen und hängt von der durch Mediziner zu beurteilenden Wirksamkeit einzelner Präventionsmaßnahmen ab. Als Beispiel sei die Verschreibung von Blutzucker-Messstreifen zur Selbstkontrolle genannt, die die Kosten einer Therapie von Spätschäden wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nierenversagen und Erblindung eindämmen kann.

Es ist entscheidend, die Anreize für Präventionsmaßnahmen zu erhöhen. Zur Prävention werden oft nur wenige abrechenbare Leistungen erbracht, die schlecht honoriert werden. Solche Leistungen sollten in der Vergütung, die von den Verbänden festgelegt werden, angemessener berücksichtigt werden. Da die Reputation eines Leistungsanbieters in der Regel weniger an seiner Kompetenz im Bereich der Prävention, sondern häufiger an seinen Therapieerfolgen gemessen wird, muss ein stärkerer Anreiz auch auf der Nachfrageseite gesetzt werden, solche präventiven Leistungen nachzufragen. Das kann geschehen, indem Krankenkassen Beitragsrabatte für solche Versicherten vergeben, die an prä-

ventiven Untersuchungen teilnehmen und schon im Vorfeld an gesundheitsförderlichen prophylaktischen Maßnahmen (Raucherentwöhnungsprogramme, Herz-Kreislauf-Sport) teilnehmen. Präventionsprogramme können dazu beitragen, dass aus Versicherten mit schlechtem Risiko »gute Risiken« werden, so dass aus einer Verbesserung der Risikostruktur auch finanzielle Anreize für die Krankenkassen bestehen, Präventionsprogramme zu entwickeln und zu finanzieren.

Der Übergang zur kapitalgedeckten Gesundheitsvorsorge

Neben Reformmaßnahmen, die helfen, die Gesundheitsausgaben im Alter zu senken, sollten strukturelle Reformen treten. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist eine naheliegende Reform der Ausstieg aus der Umlagefinanzierung und die Einführung der Kapitaldeckung. In einem kapitalgedeckten Krankenversicherungssystem werden für jede Generation risikoäquivalente Prämien berechnet, aus denen sich verzinsende Alterungsrückstellungen für die zu erwartenden Gesundheitskosten der Generation im Rentenalter gebildet werden. Hierbei handelt es sich um eine Form des Vorsorgesparens, bei dem der Versicherte in jungen Jahren einen Teil seines Beitrags für seine im Alter zu erwartenden höheren Gesundheitskosten anspart. Durch diese Art der Finanzierung werden keine Kosten auf zukünftige Generationen verlagert.

Aus der Forschung im Bereich der Rentenfinanzierung ist bekannt, dass der Übergang von einem umlage- zu einem kapitalgedeckten Finanzierungsverfahren keine Effizienzsteigerung bewirkt. Dies liegt daran, dass ein solcher Übergang Umstellungskosten verursacht, die von den erwerbstätigen Generationen getragen werden müssen. Diese Kosten zehren die Gewinne aus der höheren Rendite der sich mit dem Kapitalmarktzins verzinsenden Investitionen für das Alter vollständig auf. Das bedeutet, dass eine solche Umstellung nicht zu einer Besserstellung einer beliebigen Generation führen kann, ohne dass eine andere Generation schlechter gestellt wird. Deshalb muss die Diskussion darum gehen, wie eine gerechtere Verteilung der Belastung durch Gesundheitskosten auf die Generationen erreicht werden kann.

In der GKV bedeutet der Übergang von lohnabhängigen zu risikoäquivalenten Beiträgen zum einen, dass Arbeitnehmer mit höherem Einkommen entlastet und Geringverdiener belastet werden. Die intragenerationale Umverteilung von Hoch- zu Niedrigverdienern, die in einem System mit einkommensabhängigen Beiträgen gegeben ist, würde bei einem Wechsel zu Prämien nach dem Äquivalenzprinzip abgeschafft, da dann zwischen Risikogruppen und nicht mehr zwischen Einkommensgruppen umverteilt würde. Diese re-

gressive Verteilungswirkung könnte dadurch aufgefangen werden, dass dieses bisher in der GKV enthaltene Umverteilungselement durch das staatliche Steuer-Transfer-System übernommen wird. Ein gewisser Vorteil der Verschiebung dieser Einkommensumverteilung von der GKV zum Steuersystem bestünde darin, dass diese intragenerationale Umverteilung dann nicht mehr lediglich durch eine steuerähnliche Beitragserhebung auf das Arbeitseinkommen finanziert würde, sondern auch durch Steuern auf weniger elastische Bemessungsgrundlagen, die nicht das Arbeitsangebot verzerren. Dadurch würden die Lohnnebenkosten erheblich gesenkt und die Zusatzlast der Besteuerung zur Finanzierung der Umverteilung verringert. Das andere Problem betrifft die intergenerationale Umverteilung zugunsten der höheren Altersgruppen und insbesondere der Rentnergenerationen, die bei einem Wechsel nicht mehr in der Lage wären, eigene Altersrückstellungen zu bilden. Deren Altersrückstellungen müssten also nachfinanziert werden. Nach Berechnungen des Sachverständigenrats (2002) würden beide Umstellungsmaßnahmen staatliche Mittel in Höhe von 40 Mrd. € jährlich beanspruchen.

Ein Grundversorgungskatalog für die GKV

Um eine Reduzierung dieser Umstellungskosten zu erreichen, gleichwohl aber das Ziel einer höheren Generationengerechtigkeit weiterzuverfolgen, empfiehlt es sich, die Umlagefinanzierung der GKV nicht vollständig auf Kapitaldeckung umzustellen, sondern auf ein Mindestmaß abzusenken, das lediglich einer medizinischen Grundversorgung dient. Alle darüber hinausgehenden Zusatzleistungen könnten dann auf freiwilliger Basis und individuell ausgestaltet bei privaten Krankenversicherungen kapitalgedeckt versichert werden. Bei diesem Reformvorschlag könnten die individuellen einkommensabhängigen Beiträge zur GKV deutlich gesenkt werden, so dass die Versicherten Spielraum bekämen, präferierte Zusatzleistungen bei privaten Anbietern zu versichern. Damit würde die intra- und intergenerationale Umverteilung nur für diejenigen Leistungen aus der GKV ausgelagert, die außerhalb des Grundversorgungskatalogs lägen. Das Ziel sollte sein, die Gesundheitskosten gleichmäßiger auf die Erwerbstätigen- und Rentnergenerationen zu verteilen. Das kann aber nur bedeuten, den Rentnergenerationen einen größeren Anteil an den Lasten der Gesundheitsversorgung aufzubürden. Das kann geschehen, indem die über die Umlage finanzierten Leistungen, die dann auch den Rentnern weiterhin angeboten werden, durch einen Grundversorgungskatalog eingeschränkt werden.

Eine Übernahme der versicherungsexternen Finanzierung der Umverteilungsaufgaben und der Nachfinanzierung der Altersrückstellungen durch das Steuer-Transfer-System würde bei einem beschränkten Ausstieg aus dem Umlageverfahren geringere Umstellungskosten verursachen als ein voll-

ständiger Umstieg auf Kapitaldeckung. Wie stark diese Kosten gesenkt werden könnten, hängt von der Frage ab, wie eng der Grundversorgungskatalog der GKV eingegrenzt werden soll. Eine Antwort darauf lässt sich nur im gesellschaftlichen Konsens finden. Der Sachverständigenrat (2002) hat mögliche Ausschlusskriterien genannt. Es sollten alle Leistungen ausgeschlossen werden, die keinen unmittelbaren Bezug zu einer Krankheit haben. Diese als versicherungsfremd einzustufenden Leistungen beträfen zum Beispiel die Empfängnisverhütung, Sterilisation, nicht medizinisch indizierte Schwangerschaftsabbrüche, das Mutterschaftsgeld und das Sterbegeld. Medizinische Kriterien könnten der Nachweis der Wirksamkeit einer Leistung oder die medizinische Notwendigkeit sein. Danach müsste über die Ausgliederung bestimmter Verfahren der alternativen Medizin nachgedacht werden. Ein ökonomisches Ausschlusskriterium könnte die Nachfrageelastizität nach einer Gesundheitsleistung sein. Das bedeutet, würde mit dem steigenden Preis einer Leistung deren Nachfrage deutlich zurückgehen, so ließe sich daran ablesen, dass die Notwendigkeit oder die Präferenz für die Inanspruchnahme dieser Leistung nicht sehr stark wäre. Leistungen mit einer hohen Nachfrageelastizität würden also nur zu einem geringen Preis nachgefragt und weisen damit nicht jene Unentbehrlichkeit auf, die zur Aufnahme in einen Grundversorgungskatalog Voraussetzung wäre. Eine Reihe von Leistungen könnten auch direkt von den Versicherten selbst übernommen werden. Die individuelle Planbarkeit von Gesundheitsausgaben etwa bei Sehhilfen oder Zahnersatz könnte ein Indiz dafür sein, dass solche Leistungen nicht über die GKV versichert werden müssten, sondern von den Versicherten selbst eingeplant und finanziert werden. Hinzu kommen solche Leistungen, die der Versicherte ohne finanzielle Überforderung selbst übernehmen könnte (sog. Bagatelleleistungen). Der Sachverständigenrat rechnet vor, dass die Herausnahme der Leistungen für prophylaxeabhängigen Zahnersatz jährlich zu Einsparungen von 3,5 Mrd. € führen könnte. Dies würde 0,4 Beitragssatzpunkten entsprechen. Hingegen würde die private Zahnersatzversicherung für eine 30 Jahre alte Frau eine Prämie von 18 € und für einen Mann von 14 € pro Monat erfordern.

Zusammenfassung

Die Forderung nach Generationengerechtigkeit bei der Finanzierung der Gesundheitskosten erfordert eine stärkere Kapitaldeckung von Leistungen im medizinischen Bereich. Die dabei entstehenden Umstellungskosten müssen allerdings begrenzt bleiben. Deshalb ist es wünschenswert, die Umlagefinanzierung der GKV auf eine Grundversorgung zu reduzieren und zusätzliche Leistungen über den privatwirtschaftlichen Versicherungssektor auf freiwilliger Basis versichern zu lassen. Dadurch sollte die Mitfinanzierung der Gesundheitskosten älterer Generationen durch die Beiträge

jüngerer Generationen nach den bisherigen Regeln der GKV auf die notwendigen medizinische Maßnahmen beschränkt werden und eine Selbstfinanzierung der Generationen alle Leistungen umfassen, die nach gesellschaftlichem Konsens eher Konsumcharakter aufweisen oder geringe Einkommensrisiken bergen. Daneben ist es notwendig, stärkere Anreize für Investitionen in die Präventivmedizin zu setzen, um den Anstieg der Gesundheitsausgaben im Alter zu senken.

Literatur

- Breyer, F. und V. Ulrich (1999), »Gesundheitsausgaben, Alter und medizinischer Fortschritt: eine Regressionsanalyse«, *Diskussionspapier 1/99*, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung – BMG (2002), *Statistisches Taschenbuch Gesundheit 2002*, <http://www.bmggesundheits.de/bmg-frames/index.htm>.
- Eurostat (2000), *Revised Long-Term National Population Scenarios for the European Union*, Final report prepared by Statistics Netherlands, Luxemburg und Brüssel.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2000), *Chancen auf einen höheren Wachstumspfad*, Jahresgutachten 2000/01, Stuttgart.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2002), *Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum*, Jahresgutachten 2002/03, Stuttgart.
- Ulrich, V. (1998), »Das Gesundheitswesen an der Schwelle zum Jahr 2000«, *Diskussionspapier 1/98*, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

Leipziger Messe: Veranstaltungen und Kongresse führen zu einer Beschäftigung von über 4 800 Personen

14

Horst Penzkofer

Gesamtwirtschaftliche Produktions- und Beschäftigungseffekte der Leipziger Messen hat das ifo Institut im Auftrag der Leipziger Messe GmbH bereits für die Jahre 1994 bis 1997 ermittelt (Weitzel 1999). In Anlehnung an diese Untersuchungen war es wesentliches Ziel dieser Studie, ausgehend von den gesamten Ausgaben der Messeaussteller und -besucher aller Leipziger Messeveranstaltungen sowie den gesamten Ausgaben der Kongressteilnehmer und -aussteller des Congress Center Leipzig (CCL) die direkten und indirekten Produktions- und Beschäftigungswirkungen sowie das messeinduzierte Steueraufkommen für das Jahr 2002 und ein repräsentatives Messejahr (Zeitraum 2001/2002) zu quantifizieren. Darüber hinaus sollte auch die wirtschaftliche Bedeutung der Leipziger Messe- und Kongressaktivitäten für die Region Leipzig¹, die neuen Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland offengelegt werden.²

Um einen detaillierten und empirisch fundierten Einblick in die wirtschaftlichen Auswirkungen von Messeveranstaltungen für einen Standort und den jeweiligen Wirtschaftsraum zu erlangen, ist es erforderlich, die Ausgabenströme von Messebesuchern und -ausstellern nach verschiedenen Ausgabenkategorien abzubilden. Ein zentraler methodischer Baustein der Berechnung der messeinduzierten Ausgaben waren daher die Primärerhebungen bei Ausstellern und Besuchern. In die Studie konnten insgesamt die Angaben von über 7 700 Besuchern und 730 Ausstellern einbezogen werden.^{3,4}

Aufgabenstellung der Studie erfordert verschiedene Untersuchungsebenen

Für Analysen im Messewesen ist die zeitliche Abgrenzung von großer Bedeutung, da eine Reihe von Veranstaltungen nicht jährlich, sondern in einem meist zweijährigen Turnus durchgeführt wird. Dementsprechend gibt es, gemessen an den Aussteller- und Besucherzahlen und damit auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen, »starke« und »schwache« Messejahre. Insofern würde die Festlegung auf nur einen einjährigen Bezugszeitraum zum einen der Zielsetzung, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Leipziger Messen und Ausstellungen umfas-

send darzustellen und zu analysieren, nicht gerecht werden und zum anderen auch Jahres- bzw. Entwicklungsvergleiche verzerren.⁵

¹ Die Region Leipzig umfasst die Stadt Leipzig inkl. eines Einzugsgebietes von 25 km. Im Rahmen der Befragungen wurde zudem gezielt danach gefragt, ob die Ausgaben der Messe- und Kongressaktive in Leipzig oder im Umkreis von 25 km anfielen. Als Ergebnis zeigte sich, dass über 90% der in der Region Leipzig getätigten Ausgaben der Stadt Leipzig zugerechnet werden können.

² Eine solche Quantifizierung der wirtschaftlichen Wirkungen stellt darauf ab, dass die durch die Messeausgaben »ausgelasteten« Produktions- und Beschäftigungskapazitäten nicht durch andere Nachfrageaktivitäten tangiert bzw. genutzt werden, d.h. der etwaige Ausfall der Messeausgaben als Nachfragevolumen wird nicht durch Ausgaben anderer Unternehmen und Personen kompensiert. Nahezu alle Studien zur Berechnung der sog. »Umwegerentabilität« größerer Infrastrukturprojekte haben diese Annahme zur Grundlage.

³ Im Einzelnen handelt es sich um folgende Messeveranstaltungen: *Buchmesse*, *Auto Mobil International (AMI)*, *Orthopädie&Reha-Technik*, *Modell&Hobby* und *Leipziger Spielfest* sowie *denkmal*. Die bei den Ausstellerbefragungen erzielten Rücklaufquoten lagen mit rund 30% über den bei vergleichbaren Umfragen resultierenden Werten. Die Volumenberechnung für die Kongressteilnehmer, -aussteller und Organisatoren von Kongressen erfolgte entsprechend dem Vorgehen für die Messen in Leipzig. In die Erhebungen wurden fünf Kongresse mit regionalem, nationalem und internationalem Charakter einbezogen: *Tagung der mitteldeutschen Gastroenterologen*, *Vollversammlung der Initiative D21*, *Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde*, *PMR Expo* und *SAP Utilities Conference*. Die Befragungen bei den Kongressveranstaltungen lieferten ebenfalls eine überdurchschnittlich hohe Meldebeteiligung (z.T. über 50%).

⁴ Mit Hilfe der Informationen aus den standardisierten Besucher- und Ausstellerbefragungen wurden die Stichprobenergebnisse zum Gesamtvolumen der Besucher- und Ausstellerausgaben der befragten Messen und Kongresse hochgerechnet. Anschließend wurden mittels eines vom ifo Institut entwickelten simultanen Schätzverfahrens die Besucher- und Ausstellerausgaben der Messen bzw. Kongresse berechnet, bei denen im Jahr 2002 keine schriftlichen Erhebungen durchgeführt wurden. Das verwendete Modell stellt dabei anhand zahlreicher Messemerkmale kausale Zusammenhänge zwischen den in die Befragungen eingegangenen Veranstaltungen und den nicht befragten Messen bzw. Kongressen her.

⁵ So fanden beispielsweise nicht im Berichtsjahr 2002, aber in 1997, dem Jahr der letzten ifo-Untersuchung zu den wirtschaftlichen Wirkungen der Leipziger Messen, die *BauFach*, die *GÄSTE* sowie die *TerraTec* statt.

Bei den bisher für die Leipziger Messe GmbH vorgelegten Berechnungen zu den direkten und indirekten Effekten der Messe- und Kongressaktivitäten wurden Reisekosten (Fernbereich) der Besucher und Aussteller sowie interne Personalkosten der Aussteller nicht einbezogen.⁶ Da auch diese Ausgabenarten in den jüngsten Studien des ifo Instituts berücksichtigt wurden (Spannagel et al. 1999; Täger und Penzkofer 2001; Penzkofer 2002), werden im Folgenden die Ergebnisse des erweiterten Untersuchungsansatzes vorgelegt.⁷

Ausgaben der Messebesucher betragen im Jahr 2002 rund 76 Mill. €

Die Attraktivität von Messen kann primär an der Zahl der in- und ausländischen Besucher gemessen und eingeschätzt werden und darüber hinaus an ihren Ausgaben am Messestandort und in den angrenzenden Regionen. Insbesondere internationale Leitmessungen, die für die technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen eines größeren Wirtschaftszweigs von ausschlaggebender Bedeutung sind, besitzen eine hohe »Sogwirkung« auf Fachbesucher aus dem In- und Ausland. Die vielfältigen Möglichkeiten, sich bei weltbekannten oder noch fremden Unternehmen über richtungweisende Entwicklungen umfassend zu unterrichten, fördert die Ausgabenbereitschaft vor allem der Fachbesucher bei einem zum Teil mehrtägigen Messebesuch. Ferner wird diese Ausgabenbereitschaft in einem hohen Maße von der Attraktivität des jeweiligen Messeplatzes und der jeweiligen Wirtschaftsregion beeinflusst.

Insgesamt wurden im Jahr 2002 von den über 1 Mill. Besuchern aller Leipziger Messeveranstaltungen 75,9 Mill. € ausgegeben.⁸ Die Ausgaben je Besucher lagen damit im Durchschnitt bei 72,4 € (vgl. Tab. 1). Einige Leipziger Messeveranstaltungen weisen allerdings deutlich höhere durchschnittliche Besucherausgaben auf. Zu nennen ist hierbei in erster Linie die Messe *Orthopädie&Reha-Technik* (308 €). Der hohe Ausgabenwert ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Messe gemeinsam mit einem internationalen Kongress veranstaltet wird und daher durch einen relativ hohen Anteil an ausländischen Besuchern, die eine deutlich

⁶ Diese Ausgabenarten bedingen i.d.R. nur einen geringen wirtschaftlichen Effekt am jeweiligen Messestandort, für höher aggregierte Wirtschaftsräume (z.B. neue Bundesländer, Deutschland insgesamt) resultieren infolge dieser Ausgaben allerdings spürbare Wirkungen.

⁷ Vergleiche hinsichtlich der wirtschaftlichen Effekte zwischen den Jahren 1996 und 2002 bzw. 1996/1997 und 2001/2002 basieren dagegen auf den in früheren Jahren zugrunde gelegten Ausgabenkomponenten; d.h. es werden für das Jahr 2002 (bzw. 2001/2002) weder die Reisekosten (Fernbereich) noch die internen Personalkosten berücksichtigt.

⁸ Die Besucherausgaben für ein durchschnittliches Messejahr (2001/2002) liegen leicht über dem Volumen des Jahres 2002. Für ein durchschnittliches Messejahr ist mit einem Ausgabenvolumen auf Seiten der Besucher von rund 77,3 Mill. € zu rechnen.

**Tab. 1
Gesamtausgaben der Besucher von Leipziger Messen**

Jahr	Gesamtausgaben (in Mill. €)	Durchschnittliche Ausgaben pro Besucher (in Mill. €)
2002	75,9	72,4
Durchschnittliches Messejahr ^{a)}	77,3	72,7

^{a)} Unter Berücksichtigung des Veranstaltungsturnus aller Messen im Zeitraum 2001/2002.

Quelle: Befragungen und Berechnungen des ifo Instituts.

längere Verweildauer am Messestandort als inländische Besucher aufweisen, gekennzeichnet ist: Insofern fallen höhere Ausgaben für Übernachtung und Verpflegung an. Weit über dem Durchschnittswert liegende Ausgaben pro Besucher wurden darüber hinaus anlässlich der Messen *Midora*, *denkmal*, *Fashion Look* (Frühjahr; Herbst: mit *Body Look*) und *Z 2002 (Zuliefermesse)* getätigt.

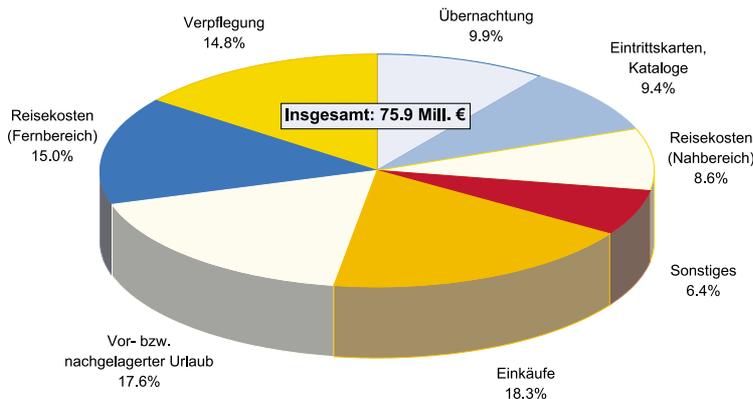
Von der Höhe der gesamten Besucherausgaben rangiert die *AMI/AMITEC*, sie verzeichnet mit Abstand die höchste Besucherzahl aller Leipziger Messen, auf dem ersten Platz. Mit einem Ausgabenvolumen von knapp über 18 Mill. € trägt sie zu fast einem Fünftel zu den gesamten Besucherausgaben des Jahres 2002 bei. Auf den nächsten Rängen folgen die *Haus-Garten-Freizeit/mitteldeutsche handwerksmesse (HGF/mhm)*, *Buchmesse*, *Modell&Hobby* und die *Games Convention (GC)*. Insgesamt vereinen die genannten fünf Messen rund 60% der gesamten Besucherausgaben auf sich.⁹

Gastronomie, Hotellerie und Einzelhandel profitieren am stärksten von den Leipziger Messen

Da neben den Ausgaben, die die Messebesucher während des Messebesuchs für Verpflegung und Übernachtung (insgesamt 18,8 Mill. € bzw. 24,7%) aufwendeten, auch die Ausgaben der Besucher für ihre den Messen vor- bzw. nachgelagerten Urlaubsaktivitäten (13,4 Mill. €) vor allem in den Bereichen Gastronomie und Hotellerie anfielen, profitierten diese Wirtschaftszweige am stärksten von den Besucherausgaben (vgl. Abb. 1). In nennenswertem Umfang partizipierte auch der Leipziger Einzelhandel von den Gesamtausgaben der Messebesucher. Die Ausgaben für private Einkäufe (inkl. Dienstleistungen) beliefen sich auf 13,9 Mill. € (bzw. 18,3% der gesamten Besucherausgaben). Der Mes-

⁹ Unter den Gastveranstaltungen dominieren die *Touristik&Caravanning* und die *Motorrad Messe*. Das Ausgabenvolumen der Besucher dieser zwei Messen liegt bei über einem Zehntel gemessen an den gesamten Besucherausgaben.

Abb. 1
Ausgaben der Besucher von Leipziger Messen 2002



Quelle: Befragungen und Berechnungen des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

seeintritt (inkl. Kauf von Katalogen) trug zu den gesamten Ausgaben der Besucher dagegen nur zu rund 9% bei.

Es fällt auf, dass die Übernachtungskosten anlässlich aller Leipziger Messen deutlich niedriger ausfallen als im Bundesdurchschnitt (vgl. Spannagel et al. 1999, S. 51). Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die Übernachtungspreise in Leipzig und Umgebung deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (geprägt von westdeutschen Messeplätzen) liegen. Die zu Beginn des Jahres bei zahlreichen Messebeteiligten intensiv geführte Diskussion über hohe Hotelpreise zu Messezeiten betrifft somit Leipzig nicht.

Die gesamten Besucherausgaben fallen überwiegend in der Region Leipzig an (71%). Rund 23% der Ausgaben werden in den neuen Bundesländern (ohne Region Leipzig) getätigt, so dass sich die Ausgaben der Besucher auf die neuen Bundesländer insgesamt konzentrieren. Auf die alten Bundesländer entfallen 4% der Besucherausgaben, wobei es sich hierbei ausschließlich um Anreisekosten handelt.

Ausstellerausgaben im Jahr 2002 in Höhe von über 87 Mill. €

Für die Ermittlung der messeinduzierten Gesamtausgaben der Aussteller wurden alle betrieblichen Ausgaben als relevant angesehen, die aus der Sicht des Unternehmens mit der Planung, Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung der einzelnen Messebeteiligung auf dem Leipziger Ausstellungsgelände in einem direkten Zusammenhang stehen. Unter Zugrundelegung dieses Kriteriums wurden auch die unternehmensinternen Personalkosten bzw.

-ausgaben in die Ermittlung der Gesamtausgaben der Leipziger Aussteller einbezogen. Desgleichen wurden die Ausgaben für die An- und Abreise des Aufbau- und Standpersonals der Unternehmen berücksichtigt, da diese Ausgaben in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Leipziger Messeaktivitäten stehen. Für die Analyse der wirtschaftlichen Wirkungen der beiden zuletzt erwähnten Ausgabenarten ist zu berücksichtigen, dass diese Ausgaben nur zu einem geringen Teil in der Region Leipzig wirtschaftlich wirksam werden, d.h. diese Ausgaben werden überwiegend am Firmensitz des ausstellenden Unternehmens getätigt.

Für das Messejahr 2002 ergibt sich ein **Gesamtvolumen** der über 10 000 Aussteller aller Leipziger Messen in Höhe von **87,1 Mill. €**

(vgl. Tab. 2). Die **Ausgaben pro Aussteller** lagen – bezogen auf alle Leipziger Messeveranstaltungen – bei **8 674 €**. Die Spannweite der durchschnittlichen Ausgaben pro Aussteller ist beachtlich. Sie reicht bei den volumenstarken Messen von rund 5 560 € (*Buchmesse*) bis zu rund 45 800 € (*AMI/AMITEC*). Die *AMI/AMITEC* nimmt unter allen Leipziger Messen eine herausragende Stellung ein, denn – gemessen an den durchschnittlichen Ausstellerausgaben – folgen die *GC* und die *Orthopädie&Reha-Technik* erst mit weitem Abstand. Auch die in 2001 veranstalteten Messen *BauFach* und *GÄSTE* reichen bei weitem nicht an den Wert der *AMI/AMITEC* heran.¹⁰ Ausschlaggebend für den hohen Ausgabenbetrag je Aussteller dürfte die zunehmende Kommunikations- und Imagefunktion sowie die damit verbundene Visualisierung des Messeauftritts durch die moderne Multimediatechnologie sein. Die Aussteller der *AMI* nutzen

¹⁰ Insbesondere im Vergleich der Ausgaben je Aussteller bei überregionalen Messen in Deutschland 1997 (28 630 €; vgl. Spannagel et al. 1999, S. 39) wird der Stellenwert der *AMI/AMITEC* (45 800 €) deutlich.

Tab. 2
Gesamtausgaben der Aussteller von Leipziger Messen

Jahr	Gesamtausgaben (in Mill. €)	Durchschnittliche Ausgaben pro Aussteller (in Mill. €)
2002	87,1	8 674
Durchschnittliches Messejahr ^{a)}	96,3	9 045

^{a)} Unter Berücksichtigung des Veranstaltungsturnus aller Messen im Zeitraum 2001/2002.

Quelle: Befragungen und Berechnungen des ifo Instituts.

allem Anschein nach verstärkt die Leipziger Messe, um sich ihrem Fachpublikum und ihren Kunden auf hohem Niveau zu präsentieren.

Die zuletzt genannten Faktoren dürften auch bei der GC, die erstmals in Leipzig stattfand, zu relativ hohen Ausgaben pro Aussteller geführt haben. Die Aussteller haben anlässlich dieser »Premiere« ihre Messebeteiligung recht ausgabenintensiv gestaltet, insbesondere was den Standbau betrifft.

Von der Höhe der Ausstellerausgaben rangiert die AMI/AMITEC (15,9 Mill. €) unter den Leipziger Messen auf dem ersten Platz. Über 18% des gesamten Ausgabenvolumens aller Aussteller von Leipziger Messen in 2002 werden durch diese Messe induziert. Auf die fünf ausgabenstärksten Messen (AMI/AMITEC, Buchmesse, HGF/mhm, Touristik&Caravaning (T&C), Orthopädie&Reha-Technik) entfallen über die Hälfte aller Ausstellerausgaben. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, dass in 2002 mit der BauFach und der GÄSTE zwei bedeutende Messen turnusgemäß nicht stattfanden.

Unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Turnus der meisten Messen und sonstigen Veranstaltungen auf dem Leipziger Messegelände wurde für ein durchschnittliches Messejahr ein Ausgabenvolumen der Aussteller in Höhe von 96,3 Mill. € errechnet (vgl. Tab. 2). Dabei wurden auch größere Messen mit relativ starker internationaler Ausstellerteilnahme in die Berechnung einbezogen, die wie z.B. die BauFach oder die GÄSTE in einem zweijährigen Turnus auf dem Leipziger Messegelände stattfinden.

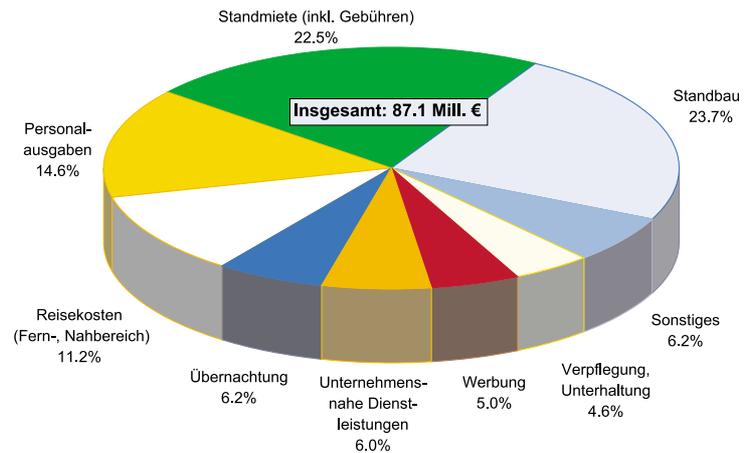
Gemessen an dem Gesamtwert aller Ausstellerausgaben von 87,1 Mill. € entfielen die größten Anteile auf die Ausgaben ...

- für den Standbau 23,7%,
- für die Standmiete (inkl. Gebühren) 22,5%,
- für das unternehmensinterne Personal 14,6%.

Mit Ausnahme der Ausgaben für die Reise (Nah- und Fernbereich: 11,2%), Übernachtung (6,2%), Inanspruchnahme von unternehmensnahen Dienstleistungen (6%), Werbung (5%) und für die Verpflegung/Unterhaltung (4,6%) weisen die übrigen Ausgabenarten für eine Leipziger Messebeteiligung nur geringe Anteile in einer Größenordnung von 0,8 bis 2,6% auf (vgl. Abb. 2).

Im Hinblick auf wesentliche Unterschiede in den Ausgabenpositionen für einzelne Messen kann grundsätzlich festgestellt werden, dass

Abb. 2
Ausgaben der Aussteller von Leipziger Messen 2002



Quelle: Befragungen und Berechnungen des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

- die internationale Ausstellerteilnahme wohl den stärksten Einfluss auf die Höhe der Ausstellerausgaben ausübt: Mit steigender Zahl ausstellender Unternehmen aus dem Ausland nehmen u.a. tendenziell die Kostenanteile für Übernachtung sowie An- und Abreise zu.
- sich investitionsorientierte Messen in der Regel durch einen höheren Anteil der Ausgaben für den Auf- und Abbau auszeichnen.
- ein intensiver Wettbewerb in einer Branche tendenziell zu höheren Ausgaben für Werbung, Repräsentation und z.T. auch für den Standbau führt.

Generell ist festzuhalten, dass sich zwischen den Strukturanteilen der verschiedenen Ausgabenarten der Aussteller in Leipzig und Deutschland insgesamt (zum Zeitpunkt 1997) nur minimale Differenzen ergeben. Die Prozentanteile je Ausgabenart weichen maximal nur zu ± 2 Prozentpunkte ab.

Gesamtausgaben der Messebesucher und -aussteller betrug 2002 rund 163 Mill. €

Insgesamt belief sich das direkte Ausgabenvolumen aller in- und ausländischen Besucher und Aussteller von Leipziger Messen im Jahr 2002 auf 163 Mill. €; rund 53% davon entfielen auf die Ausstellerausgaben und 47% auf die Besucherausgaben.

Diese unmittelbar durch die Leipziger Messen ausgelösten Ausgaben fallen aber nicht gänzlich in Leipzig an. Während beispielsweise die Ausgaben der Messebesucher und -aussteller für die Übernachtung, Verpflegung und privaten Einkäufe zu rund 90% in Leipzig getätigt werden, schlagen andere Ausgabenarten, wie etwa die Kosten für die

Tab. 3
Aufteilung der Gesamtausgaben nach Regionen
im Jahr 2002
 – in Mill. € –

Region	Ausgaben der		Insgesamt	
	Aussteller	Besucher	in Mill. €	in %
Region Leipzig	41,5	54,2	95,7	59
Restliche neue Bundesländer	12,6	17,4	30,0	18
Restliches Bundesgebiet	27,0	3,1	30,1	19
Ausland	6,0	1,2	7,2	4
Insgesamt	87,1	75,9	163,0	100

Quelle: Befragungen und Berechnungen des ifo Instituts.

An- und Abreise auswärtiger Besucher und Aussteller, den Standbau und die Personalausgaben für die Vorbereitung von Messebeteiligungen, zum großen Teil in den neuen Bundesländern, im übrigen Bundesgebiet oder im Ausland zu Buche.¹¹

Nach den Befragungen und den hierauf basierenden Berechnungen wurden die direkten Besucher- und Ausstellerausgaben zu 59% in Leipzig (95,7 Mill. €), 18% (30 Mill. €) in den neuen Bundesländern (ohne Leipzig), 19% im übrigen Bundesgebiet (30,1 Mill. €) und zu 4% im Ausland (7,2 Mill. €) getätigt (vgl. Tab. 3). In Deutschland fielen somit Messeausgaben in Höhe von 155,8 Mill. € an.

7%iger Anstieg der Messeausgaben im Zeitraum 1996 bis 2002

Bei der Analyse der **Entwicklung der Messeausgaben**¹² sind, wie bereits erwähnt, die Veranstaltungsintervalle zu berücksichtigen. Im Jahr 2002 fielen u.a. turnusbedingt die *BauFach*, *GÄSTE* und *TerraTec* aus, was sich nicht nur bei der Zahl der Aussteller, sondern auch bei den Ausgaben spürbar bemerkbar machte. Somit ist als Vergleichsmaßstab nicht das Jahr 1997 (Messejahr der letzten Untersuchung des ifo Instituts), sondern das Jahr 1996 heranzuziehen.

Gegenüber dem aus Turnusgründen eher vergleichbaren Jahr 1996 haben sich die Ausgaben insgesamt um 6,7% erhöht. Der Zuwachs beruht auf den erhöhten Besucherausgaben, die – trotz eines knapp geringeren durchschnittlichen Ausgabenbetrags pro Besucher – infolge der kräftigen Zunahme der Besucherzahl um über 22% anstiegen.

¹¹ Entscheidend hierfür ist der Wohnort der Besucher bzw. der Firmensitz der Aussteller.

¹² Da in früheren Studien für die Leipziger Messe weder Reise- noch interne Personalkosten ermittelt wurden, bleiben diese Ausgabenarten an dieser Stelle unberücksichtigt.

Die Ausstellerausgaben wiesen im Vergleich zu 1996 eine leicht rückläufige Tendenz auf (– 5,3%). Ursächlich hierfür war der Rückgang bei der Ausstellierzahl. Die Ausgaben pro Aussteller entwickelten sich demgegenüber positiv (+ 11%).

Werden die Messeausgaben zweier durchschnittlicher Messejahre (1996/97 zu 2001/02) gegenübergestellt, die turnusbereinigt auch die Veranstaltungen der (Vergleichs-)Jahre 1997 und 2001 enthalten, so ergibt sich eine Steigerung der Messeausgaben um knapp 2%.

Deutschlandweit über 3 400 Erwerbstätige durch die Leipziger Messen beschäftigt

Den Ausgaben der Aussteller und Besucher steht ein Umsatz bei verschiedenen Unternehmen gegenüber. In diesem Umsatz kommen die direkten Wirkungen der Leipziger Messeaktivitäten in der Region Leipzig, den neuen Bundesländern und in Deutschland zum Ausdruck. Die Nachfrage führt zu Produktion und damit auch zu Beschäftigung.¹³

Die von den Besuchern und Ausstellern ausgelöste Produktion bedingt aber auch eine Reihe von indirekten wirtschaftlichen Wirkungen. Die unmittelbaren Produktionseffekte führen durch die Nachfrage nach Vorleistungen zu vorleistungsbedingter Produktion und setzen sich in allen Produktionsstufen fort. Neben den vorleistungsbedingten Produktionseffekten kommen noch Einkommenseffekte hinzu, da die Produktion zu Einkommen bei den privaten Haushalten führt und damit eine zusätzliche Nachfrage hervorruft. Diese vermehrte Endnachfrage löst wiederum multiplikative Produktionseffekte aus.

Die Quantifizierung dieser indirekten Wirkungen (bzgl. Produktion und Beschäftigung) für die Region Leipzig, die neuen Bundesländer und Deutschland erfolgte mit Hilfe der Input-Output-Rechnung, die die Liefer- und Leistungsverflechtungen zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren abbildet.¹⁴ Zur Analyse der indirekten Effekte der Besucher- und Ausstellerausgaben wurden vom ifo Institut gebietsspezifische Input-Output-Tabellen für die Region Leipzig und die neuen Bundesländer approximiert. Diese Tabellen wurden von der amtlichen Tabelle für die Bundesrepub-

¹³ Die mit der Nachfrage verbundene Beschäftigung wurde mit Hilfe sektorspezifischer Arbeitskoeffizienten errechnet.

¹⁴ Zur Berechnung der indirekten Produktions- und Beschäftigungseffekte wurde zunächst die Input-Output-Tabelle des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2000 verwendet. Diese Tabelle wurde für das Jahr 2002 hinsichtlich von Preis- und Produktivitätsentwicklungen aktualisiert.

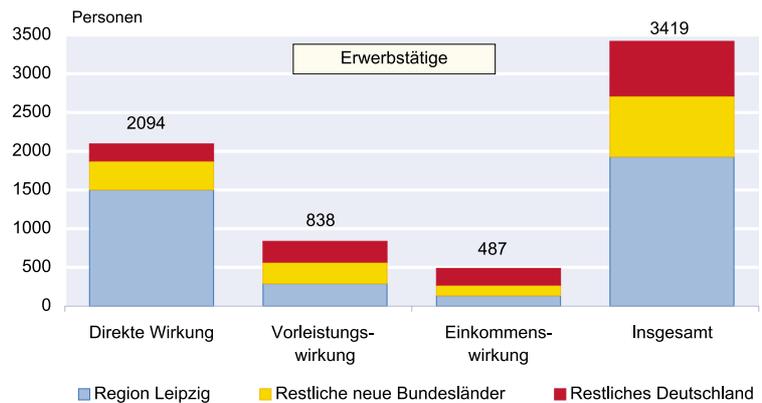
lik Deutschland unter Berücksichtigung der in diesen regionalen Abgrenzungen verfügbaren Statistiken abgeleitet.¹⁵

Insgesamt ergibt sich ein durch die im Jahr 2002 veranstalteten Leipziger Messen ausgelöstes **direktes Produktionsvolumen von insgesamt 125,9 Mill. €**. Aufgrund der multiplikativ wirkenden Leistungsverflechtungen in der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland beläuft sich für alle Messeausgaben die vorleistungsbedingte indirekte Produktion auf rund 82,2 Mill. €. Durch die direkte und vorleistungsbedingte indirekte Produktion in den verschiedenen Liefer- und Wirtschaftssektoren werden bei den Beschäftigten zusätzliche Einkommenseffekte und eine daraus resultierende Nachfrage der Haushalte (privater Verbrauch) angestoßen, die zu einer zusätzlichen Produktion in Höhe von rund 42,5 Mill. € führen. Werden die vorleistungsbedingten und die einkommensinduzierten Produktionswerte addiert, ergibt sich eine zusätzliche Produktion von insgesamt 124,7 Mill. € aufgrund indirekter Wirkungen. Somit beträgt das durch die Messeausgaben direkt und indirekt ausgelöste **gesamtwirtschaftliche Produktionsvolumen 250,6 Mill. €**. Die Produktionseffekte für die einzelnen Wirtschaftsräume enthält Tabelle 4.

Die Messewirkungen auf die **Arbeitsplätze** können mittels der direkt und indirekt ausgelösten Produktionstätigkeit quantifiziert werden. Im Jahr 2002 wurden insgesamt durch die Leipziger Messen über **3 400 Erwerbstätige**¹⁶ in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt. Bezogen auf die neuen Bundesländer resultierten über **2 700** (knapp 80%) von Leipziger Messeveranstaltungen abhängige Arbeitsplätze (Abb. 3); über **71%** bzw. rund **1 930** dieser Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern entfielen auf die **Region Leipzig**.

Dieser hohe Anteil an »messeinduzierten« Leipziger Erwerbstätigen kann vor allem darauf zurückgeführt werden,

Abb. 3
Primär- und Sekundärwirkungen der Leipziger Messen für Deutschland, die neuen Bundesländer und die Region Leipzig im Jahr 2002



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

dass die Primärnachfrage aus den Besucher- und Ausstellerausgaben hauptsächlich von denjenigen Wirtschaftssektoren »aufgenommen und bedient« wird, die sich durch einen vergleichsweise hohen Personaleinsatz auszeichnen (z.B. Hotel, Gaststätten, Handwerk).

Messeinduziertes Steueraufkommen betrug 2002 rund 49 Mill. €

Weitere mit den Messeaktivitäten in Leipzig verbundene Wirkungen stellen Steuereinnahmen der verschiedenen Gebietskörperschaften (Stadt Leipzig, neue und alte Bundesländer, Bundesrepublik Deutschland) dar, die infolge von Produktionsprozessen, daraus resultierenden Einkommen und Gewinnen sowie durch den privaten Verbrauch anfallen.¹⁷

Insgesamt ergeben sich aus den direkten und indirekten messeinduzierten Produktionseffekten der Besucher- und Ausstellerausgaben von rund 251 Mill. € für die verschiedenen Gebietskörperschaften **Steuereinnahmen in Höhe von 49 Mill. €**. Der größte Anteil der Steuereinnahmen entfällt mit rund 55% auf die Mehrwertsteuer, die sich aus der Summe der bei den Ausgaben der Besucher und Aussteller anfallender Mehrwertsteuer und der Mehrwertsteuer ergibt, die aus dem einkommensinduzierten privaten Verbrauch

Tab. 4
Produktionseffekte der Besucher- und Ausstellerausgaben der Leipziger Messen im Jahr 2002
– in Mill. € –

	Region Leipzig	Neue Bundesländer insgesamt	Deutschland insgesamt
Direkte Wirkung	82,7	106,4	125,9
Vorleistungswirkung	24,6	49,8	82,2
Einkommenswirkung	10,7	21,6	42,5
Direkte und indirekte Wirkung	118,0	177,8	250,6

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

¹⁵ Zur Ermittlung regionaler Input-Output-Tabellen siehe zahlreiche Beiträge in Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (1995).

¹⁶ Die im Folgenden ausgewiesenen Zahlen der Erwerbstätigen enthalten sowohl Teil- als auch Vollzeitbeschäftigte.

¹⁷ Die Ermittlung der Steuern basiert auf den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Grundsätzlich ist jedoch zu beachten, dass die ausgewiesenen Steuerbeträge Werte vor dem Finanzausgleich darstellen.

resultiert. Auf die Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer entfällt ein Anteil von rund 32%.

Wird das messeinduzierte Steueraufkommen nach den verschiedenen Gebietskörperschaften ermittelt, so ergibt sich folgende Verteilung: Rund 51% aller Steuereinnahmen aus den Leipziger Messeausgaben entfallen auf den Bund und 30% auf die neuen Bundesländer (14,8 Mill. €). Für die Konzentration der Steuereinnahmen auf diese beiden Gebietskörperschaften ist hauptsächlich der Aufteilungsschlüssel für die Mehrwertsteuer zwischen Bund und den Ländern bestimmend. Vor der Finanzmittelzuweisung durch das Land auf die Kommunen entfallen über 6% aller Steuereinnahmen auf Leipzig (3,2 Mill. €).

Die durch Kongressveranstaltungen im CCL induzierten Ausgaben führen zu einer Beschäftigung von rund 420 Personen

Im Gegensatz zu früheren Untersuchungen für den Messe- und Kongressstandort Leipzig wurden im Rahmen dieser Studie die Ausgaben im Kongressbereich durch eigenständige Erhebungen und Befragungen ermittelt.

Insgesamt wurden im Jahr 2002 von den Kongressteilnehmern (inkl. Referenten und Mitarbeiter der Tagungs- und Konferenzveranstalter) 11,5 Mill. € ausgegeben. Die **Ausgaben je Kongressteilnehmer** lagen im Durchschnitt bei rund 272 €. Entsprechend der Internationalität (Herkunft der Kongressteilnehmer) und der Dauer der Kongressveranstaltung reicht die Spanne der Ausgaben von rund 135 € (*Tagung Initiative D21*) bis zu knapp 850 € (*SAP Conference*).

Im Rahmen einiger Kongresse fanden parallel Ausstellungen statt. Die Berechnungen ergaben für das Jahr 2002 Gesamtausgaben der Aussteller in Höhe von rund 7 Mill. € (ohne Mieteinnahmen des CCL). Die **Ausgaben pro Aussteller** lagen bezogen auf alle Kongressveranstaltungen bei knapp 8 500 €. Über alle Kongresse betrachtet ist die Spannweite der durchschnittlichen Ausgaben pro Kongressaussteller beachtlich. Sie reicht von rund 3 750 € (*Tagung Initiative D21*) bis zu rund 15 180 € (*SAP Conference*).

Das **Gesamtvolumen der primären Kongressausgaben** (Kongressteilnehmer und -aussteller) betrug unter Berücksichtigung der Mieteinnahmen des CCL 20,1 Mill. €. Wie bei den Messeausgaben wiesen auch bei den Kongressen die Ausgaben der Teilnehmer einen stärkeren regionalen Bezug auf. Während von den Ausgaben der Kongressteilnehmer über 80% auf Leipzig entfielen, sind es bei den Kongressausstellern »nur« knapp 26%.

Nach Bereinigung der Bruttoausgaben um die Mehrwertsteuer, die nur im Ausland anfallenden Ausgaben der Kon-

gressteilnehmer und -aussteller sowie die erst via Einkommenseffekt indirekt wirkenden Personalkosten der Aussteller resultierte ein durch das CCL ausgelöstes **direktes Produktionsvolumen in Höhe von 14,2 Mill. €**. Die mit der direkten Produktion verbundenen Beschäftigungswirkungen ergaben **260 Erwerbstätige**, deren Arbeitsplätze in einem unmittelbaren Bezug zu den direkten Ausgaben der Kongressteilnehmer und -aussteller stehen.

Werden noch die vorleistungsbedingten und einkommensinduzierten Produktionswerte in die Betrachtung miteinbezogen, so resultierte für 2002 ein **gesamtes** durch das CCL generiertes **Produktionsvolumen in Höhe von 29,1 Mill. €**. Dadurch wurden 2002 deutschlandweit die **Arbeitsplätze** von insgesamt rund **420 Personen** gesichert, darunter knapp 280 in der Region Leipzig.

Für alle Gebietskörperschaften der Bundesrepublik ergaben sich infolge der durch die im CCL veranstalteten Kongresse ausgelösten direkten und indirekten Wirkungen auf Produktion und Einkommen **Steuereinnahmen in Höhe von rund 5,7 Mill. €**. Wie bei der Verteilung des messeinduzierten Steueraufkommens nach den verschiedenen Gebietskörperschaften »profitiert« der Bund aufgrund der Gesetzgebung am stärksten: Rund die Hälfte aller Steuereinnahmen entfällt auf den Bund, 30% auf die neuen Bundesländer (ohne Leipzig) und 7% (0,4 Mill. €) auf Leipzig.

Steueraufkommen sämtlicher Veranstaltungen und Kongresse belief sich im Jahr 2002 auf fast 70 Mill. €

Neben den Messeveranstaltungen und Kongressen im CCL leisten auch Sonderveranstaltungen, die zusätzliche Kaufkraft in die Region bringen, einen bedeutenden Beitrag zu den wirtschaftlichen Effekten. Aus regionalwirtschaftlicher Sicht geht es dabei aber nicht nur um quantifizierbare Produktions- und Beschäftigungseffekte, sondern auch um die Verbesserung wichtiger »weicher« Standortfaktoren durch ein erhöhtes Medieninteresse und einen zusätzlichen Imagegewinn für die Region Leipzig.

Zu den rund 150 Sonderveranstaltungen auf dem Leipziger Messegelände kamen mehr als 700 000 Besucher, darunter 340 000 Teilnehmer des 31. Deutschen Turnfests. Aus der Vielzahl der Veranstaltungen ragt des Weiteren das Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen mit rund 80 000 Teilnehmern aus allen Regionen Deutschlands und dem Ausland heraus. Darüber hinaus fanden zahlreiche Sonderveranstaltungen aus den Bereichen Sport, Rock- und Popmusik statt.

Zu berücksichtigen sind auch die bisher noch nicht erfassten Ausgaben der Leipziger Messe GmbH; hierzu zählen un-

ter anderem die Aufwendungen für Instandhaltung sowie Werbungs- und Kommunikationskosten in Zusammenhang mit Messeveranstaltungen.¹⁸

Die **gesamten Bruttoausgaben** im Zusammenhang mit Leipziger Messen, Kongressen (CCL) und Sonderveranstaltungen beliefen sich im Jahr 2002 auf **227,3 Mill. €**. Hieraus resultierten direkte Produktionseffekte in Höhe von 178 Mill. €. Die durch die zusätzliche Nachfrage nach Vorleistungen (Produktionskette) induzierten Produktionseffekte und die über die Endnachfrage nach Konsumgütern (Einkommenseffekt) ausgelösten Produktionseffekte führten zu einer multiplikativen Produktionszunahme in Höhe von 174 Mill. €. Damit lagen die **gesamten Produktionswirkungen** im Jahr 2002 bei **352 Mill. €**.

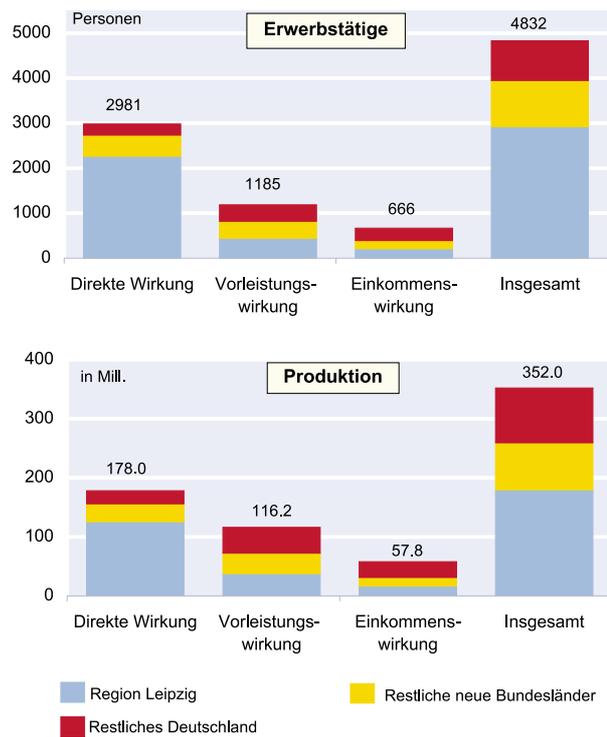
Auf Basis der Messe- und Kongressaktivitäten (inkl. Sonderveranstaltungen und noch nicht erfassten Ausgaben der Leipziger Messe GmbH) für das Jahr 2002 ergaben sich für die zu untersuchenden Regionen folgende Befunde (vgl. Abb. 4):

- Die für Deutschland insgesamt zurechenbaren gesamtwirtschaftlichen Produktionseffekte in Höhe von 352 Mill. € ermöglichten die **Beschäftigung von über 4 800 Erwerbstätigen in Deutschland**.
- Die Berechnungen für die **Region Leipzig** ergaben für die induzierten direkten, vorleistungs- und einkommensbedingten **Produktionseffekte** eine Größenordnung von **179 Mill. €**. Bezogen auf Arbeitsplätze folgt daraus, dass 60% aller insgesamt in Deutschland durch Leipziger Messen und Kongresse induzierten Arbeitsplätze auf die Region Leipzig entfallen (**2 919 Erwerbstätige**). Diese Arbeitsplätze sind aufgrund der unmittelbaren Ausgabeneffekte überwiegend im Gast- und Beherbergungsgewerbe sowie im unternehmensnahen Dienstleistungsbereich (z.B. für Reinigung und Bewachung) angesiedelt.
- Für die neuen Bundesländer (ohne Leipzig) riefen die **direkten** Ausgaben eine **Produktion** in Höhe von **30,4 Mill. €** hervor. Die durch die Multiplikatorwirkungen verursachten **gesamten Produktionseffekte** beliefen sich letztlich auf **79,5 Mill. €**. Dadurch konnten insgesamt

¹⁸ Während die Ausgaben der Leipziger Messen und Kongresse im CCL mittels Befragungen und darauf aufbauend mittels eines Simulationsmodells hochgerechnet wurden, basiert die Berechnung der Ausgaben anlässlich der Sonderveranstaltungen auf Schätzungen, die sich aber an Ausgabenstrukturen von Messebesuchern mit bestimmten Charakteristika (u.a. regionale Herkunft, Dauer des Messeaufenthalts, Publikumsmesse usw.) orientieren. Die in die Untersuchung miteinzubeziehenden Aufwendungen für Instandhaltung und Kommunikation beruhen auf Angaben der Leipziger Messe GmbH.

Abb. 4
Primär- und Sekundärwirkungen der Leipziger Messe- und Kongressaktivitäten 2002

für Deutschland, die neuen Bundesländer und die Region Leipzig

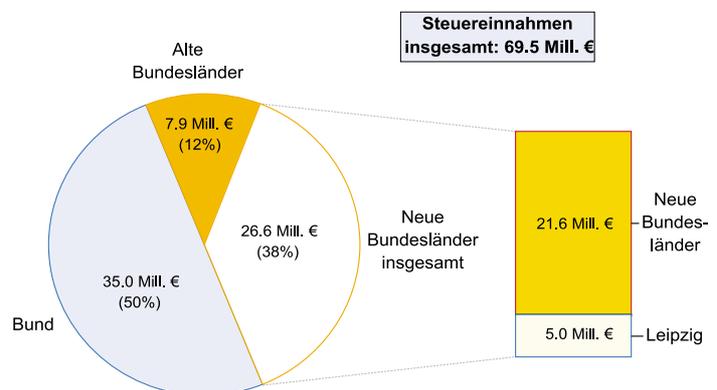


Quelle: Berechnungen des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

1 028 Erwerbstätige in den neuen Bundesländern beschäftigt werden.

- Aufgrund der Lieferverflechtungen zwischen den neuen und alten Bundesländern partizipierten die Unternehmen

Abb. 5
Steuereinnahmen von Leipziger Messe- und Kongressaktivitäten 2002



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

in Westdeutschland in erheblichem Umfang an den indirekten Wirkungen. Die induzierten Produktionseffekte betragen 92,7 Mill. €. Damit fielen die indirekt ausgelösten Produktionseffekte zu rund 41% in Westdeutschland an. Die Zahl der hierdurch mit den Leipziger Messen und Kongressen direkt und indirekt im Zusammenhang stehenden Erwerbstätigen betrug 885.

Die mit den Messe- und Kongressaktivitäten (inkl. Sonderveranstaltungen und noch nicht erfasste Ausgaben der Leipziger Messe GmbH) verbundenen Steuereinnahmen der verschiedenen Gebietskörperschaften betragen für das Jahr 2002 insgesamt 69,5 Mill. € (vgl. Abb. 5). Ohne Berücksichtigung des interkommunalen Finanzausgleichs standen von den anfallenden Steuerbeträgen der Stadt Leipzig rund 5 Mill. €, den neuen Bundesländern rund 21,6 Mill. € und den alten Bundesländern rund 7,9 Mill. € zu. Ein Betrag von rund 35 Mill. € floss dem Bund zu.

Produktionseffekte sämtlicher Veranstaltungen und Kongresse 2002 mit einem Plus von 9% gegenüber 1996

Aufgrund turnusbedingter Ausgabenschwankungen bei den Messerveranstaltungen können nur die Jahre 1996 und 2002 bzw. die durchschnittlichen Messejahre 1996/97 und 2001/2002 verglichen werden.

Die Gegenüberstellung vergleichbarer Jahre führt zu folgenden Ergebnissen (vgl. Tab. 5):¹⁹

- Die Produktionseffekte weisen 2002 im Vergleich zu 1996 ein Plus von 9% auf. In der geringeren Produktionsstei-

gerung zwischen den durchschnittlichen Messejahren 1996/97 und 2001/2002 kommt die Tatsache zum Ausdruck, dass hierbei auch Veranstaltungen in die Berechnung eingehen, die sowohl 1997 als auch 2001 stattfanden und zugleich einen Ausstellerrückgang im Beobachtungszeitraum (1997/2001) aufweisen.

- Im Vergleich zu den Produktionseffekten haben sich die Beschäftigteneffekte noch etwas günstiger entwickelt. Dieses Ergebnis ist auf den ersten Blick erstaunlich, da im Zeitraum 1996 bis 2002 z.T. deutliche Produktivitätsfortschritte zu verzeichnen waren. Ursächlich für diesen »Widerspruch« ist die Verschiebung der Ausgabenströme von der Aussteller- hin zur Besucherseite (bei den Messen ein Zuwachs bei den Besucherausgaben von über 22%). Da aber die Ausgaben der Besucher überwiegend auf Sektoren (Handel, Gastronomie, Beherbergung) mit hoher Teilzeitbeschäftigung und gleichzeitig hoher Arbeitsintensität gerichtet sind, resultiert eine vergleichsweise positive Entwicklung bei der Erwerbstätigenzahl. Unterstützt wurde dieser Trend noch dadurch, dass die erhöhten Ausgaben anlässlich von Kongress- und Sonderveranstaltungen überwiegend auf die bereits genannten arbeitsintensiven Sektoren entfielen.
- Die veränderte Ausgabenstruktur führte auch dazu, dass ein größerer Anteil sowohl der Produktion als auch der Erwerbstätigenzahl auf die neuen Bundesländer entfällt: Besucherausgaben (Übernachtung, Verpflegung usw.) weisen einen deutlich höheren lokalen Bezug auf als Ausstellerausgaben (Standbau, Inanspruchnahme von unternehmensnahen Dienstleistun-

¹⁹ In Anlehnung an die früheren Untersuchungen basiert der Vergleich auf den ohne Reise- und Personalkosten ausgelösten Effekten.

Tab. 5
Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Effekte 1996 bis 2002

Direkte und indirekte Wirkungen ^{a)} auf die ...	1996	1996/97 ^{b)}	2002	2001/02 ^{b)}	Veränderung 2002 zu 1996 in %	Veränderung 2001/02 zu 1996/97 in %
Produktion (Mill. €)	280,7	310,4	306,1	318,3	9,0	2,5
darunter: Neue Bundesländer	208,6	231,4	237,0	245,9	13,6	6,3
Zahl der Arbeitsplätze	3 900	4 150	4 326	4 493	10,9	8,3
darunter: Neue Bundesländer	3 200	3 400	3 663	3 796	14,5	11,5
Haushaltseinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden (Mill. €)	63,4	75,2	89,1	92,7	40,5	23,3
davon: Steuern	41,4	50,1	60,6	63,1	46,4	25,9
Sozialversicherung ^{c)}	22,0	25,1	28,5	29,6	29,5	17,9

^{a)} Ohne Reisekosten im Fernbereich und ohne interne Personalkosten. – ^{b)} 1996/1997 und 2001/2002 turnusbereinigt (jeweils durchschnittliche Messejahre). – ^{c)} Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

gen, Transportkosten usw.). Die Folge dieser Ausgabenverschiebung führte implizit dazu, dass der den neuen Bundesländern zuzurechnende Produktionsanteil von rund 74 auf über 77% anstieg. Bei den Erwerbstätigenzahlen erhöhte sich die Quote von 82 auf über 84%.

- **Sehr positiv entwickelten sich auch die Steuereinnahmen:** Im Zeitraum zwischen 1996 und 2002 betrug der Zuwachs des durch Veranstaltungen auf dem Leipziger Messegelände induzierten Steueraufkommens rund 46%. Dieser Anstieg gründet sich insbesondere auf folgende Faktoren: Zwischen 1996 und 2002 stieg die durch die Messe- und Kongressaktivitäten ausgelöste Erwerbstätigenzahl deutlich an, was zwangsläufig zu einem höheren Lohnsteueraufkommen führt. Parallel hierzu erhöhten sich die Einkommen der Erwerbstätigen, wieder mit der Folge eines steigenden Lohnsteueraufkommens. Des Weiteren wurde zum 1. April 1998 der Mehrwertsteuersatz von 15 auf 16% angehoben. Werden neben den Steuereinnahmen auch noch die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Sozialversicherung (2002: 28,5 Mill. €) erfasst, so wurden 2002 (ohne Reise- und internen Personalkosten) durch die Leipziger Messe- und Kongressaktivitäten über 89 Mill. € an Haushaltseinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden induziert. Gerade bei der gegenwärtigen Situation der öffentlichen Haushalte kann dies als eine nicht hoch genug einzuschätzende Wirkung angesehen werden. Werden die durch die Reise- und Personalkosten verursachten Effekte zusätzlich berücksichtigt, betragen die gesamten Haushaltseinnahmen (Steuern, Sozialversicherung) über 101 Mill. €.

Resümee

Die Leipziger Messe hatte 1996 mit dem neuen Messegelände einen guten Start. Zwischenzeitlich erhöhte sich die Besucherzahl von rund 827 000 (1996) auf nunmehr über 1 Million. Dies belegt, dass zahlreiche Leipziger Messen auf großes Besucherinteresse stoßen. Rückgänge waren allerdings im Vergleich der Jahre 1996 bis 1999 zu den Jahren 2000 bis 2002 bei der Zahl der Aussteller zu verzeichnen. Insbesondere die Rezession in der Baubranche wirkte sich bei den bauaffinen Veranstaltungen der Messe Leipzig negativ aus.

Zu den besonders zugkräftigen Leipziger Messen zählt die *AMI*. Die *AMI*, hinter der IAA die Nummer 2 der bundesdeutschen Automobilmessen, hat sich zu einer »Schlüsselmesse« mit einer zunehmenden Akzeptanz bei Besuchern und Ausstellern entwickelt. Die über 250 000 Besucher und rund 350 Aussteller gaben über 34 Mill. € aus und vereinigten damit gut ein Fünftel der gesamten messeinduzierten Ausgaben des Jahres 2002. Die erste

deutsche Messe für Computer- und Videospiele »GC – Games Convention« startete mit großem Erfolg und lockte durch ihr Event-Konzept rund 80 000 Besucher an, darunter ein Drittel aus den alten Bundesländern. Die GC hat sich gleich bei ihrer Premiere als nationale »Leitmesse« präsentiert. Auf europäischer Ebene muss die GC gegen die Londoner Computerspiel-Fachmesse ECTS antreten, die fast zeitgleich zur Leipziger GC durchgeführt wurde.

Generell spielen Publikumsmessen in Leipzig eine große Rolle. Neben der *AMI* und *GC* sind dies die *HGF/mhm*, *T&C*, *Modell&Hobby*, *Motorrad Messe* und *Buchmesse*. Auch wenn die Buchmesse vorwiegend als Branchentreff und Informationsbörse für Aussteller (Verlage, Dienstleister) und Fachbesucher gilt, handelt es sich schwerpunktmäßig um eine überregionale Publikumsmesse, mit der die Kontakte zum lesenden Publikum intensiviert werden sollen.

Die Entwicklung des Congress Center Leipzig (CCL) stellt sich sehr positiv dar. Die Zahl der Teilnehmer an Kongressen und Tagungen erhöhte sich zwischen 1996 und 2002 um rund 70% auf 55 650. Parallel hierzu stieg der Anteil internationaler Veranstaltungen auf nunmehr rund 13%. Insbesondere internationale Medizinveranstaltungen zählen zum Programm des CCL.

Die durch Messen, Kongresse sowie Sonderveranstaltungen auf dem Leipziger Messegelände stimulierten Produktions- und Beschäftigungseffekte weisen mit 352 Mill. € (Produktionswirkung) und mit über 4 800 Arbeitsplätzen ein beachtliches Volumen an wirtschaftlichen und sozioökonomischen Folgewirkungen auf. Unter regionalwirtschaftlichem Gesichtspunkt ist hervorzuheben, dass durch die Veranstaltungen auf dem Leipziger Messegelände rund 3 950 Personen in den neuen Bundesländern Beschäftigung finden. Damit stellt die Messe Leipzig einen nicht zu unterschätzenden Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor in der Region dar.

Die in den letzten Jahren von der Leipziger Messengesellschaft erarbeitete Marktposition im deutschen und europäischen Messewesen muss vor dem Hintergrund der zunehmenden Intensität des Wettbewerbs zwischen den zahlreichen Messeveranstaltungen in Deutschland und in Europa sowie eines strengeren Controlling von Ausstellungs- und Besuchsaktivitäten der Unternehmen gesehen werden. Auch wenn die über mehrere Jahrzehnte hinweg gewachsenen Wettbewerbsvorsprünge der führenden westdeutschen Messestandorte nicht aufgeholt werden konnten, so haben dennoch einige Leipziger Messeveranstaltungen den Anspruch auf eine überregionale Wirkung erfüllt. Darüber hinaus wurde das Leipziger Messegeschehen aufgrund des neuen Messe-

geländes und des neuen Kongresszentrums sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern mehr und mehr verankert.

Literatur

Penzkofer, H. (2002), »Wirtschaftliche Wirkungen der Frankfurter Messen«, *ifo Schnelldienst* 55(1), 15–22.

Penzkofer, H. und U. Chr. Träger (2001), »Wirtschaftliche Wirkungen der Münchner Messen«, *ifo Schnelldienst* 54(23), 3–12.

Spannagel, R. et al. (1999), *Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Messen und Ausstellungen in Deutschland*, ifo Studien zu Handels- und Dienstleistungsfragen, Bd. 57, München.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (1995), *25 Jahre Input-Output-Rechnung Baden-Württemberg*, in *Materialien und Berichte*, Heft 5, Stuttgart.

Weitzel, G. (1999), »Die Leipziger Messe: Steigende Produktions- und Beschäftigungseffekte«, *ifo Schnelldienst* 52(10/11), 26–33.

Nach den kräftigen Umsatzverlusten im Jahr 2002 von nominal 2,1 und real 2,5% hat sich nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests die Beurteilungen der Geschäftslage im Einzelhandel in den ersten Monaten dieses Jahres deutlich verbessert. Auch die Einschätzung der Geschäftserwartungen waren weniger pessimistisch als zuvor (vgl. Abb. 2 und 3). Nach den Daten der amtlichen Handelsstatistik hat der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeuge und Tankstellen) in den ersten fünf Monaten des Jahres 2003 ein geringfügiges nominales Umsatzplus von 0,2% erzielen können, unter Berücksichtigung des leichten Preisrückgangs ergibt sich sogar ein realer Zuwachs von 0,4%. Es bestehen daher Hoffnungen, dass der Einzelhandel im Jahresdurchschnitt 2003 spürbar besser abschneiden wird als 2002 und nominal das Vorjahresniveau erreichen kann; real dürfte sich dann ein Umsatzminus von etwa 1% ergeben. Gleichwohl werden im intensiven Wettbewerb die Erträge weiter unter Druck geraten, weshalb der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) damit rechnet, dass im laufenden Jahr 15 000 Geschäfte aus dem Wettbewerb ausscheiden werden, davon etwa 9 000 durch Insolvenz. Die immer noch ungünstige Konjunkturlage spiegelt sich auch in einem noch immer zu hohen Lagerdruck, in den weiter restriktiven Orderplänen, in einer merklichen Zurückhaltung bei der Personaldisposition und nicht zuletzt in einer gegenüber dem Jahr 2002 nochmals verminderten Investitionsbereitschaft der Teilnehmer am jüngsten ifo Investitionstest wider.

Investitionsausgaben verfehlen erneut das Vorjahresniveau ...

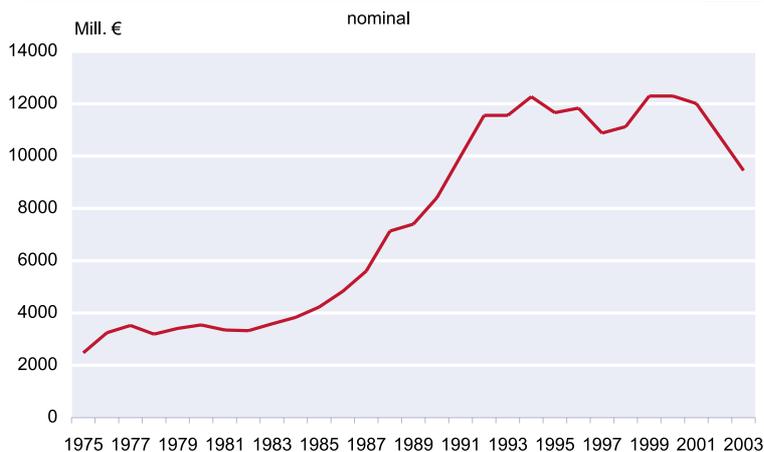
Der Einzelhandel wird auch im laufenden Jahr nur teilweise vom Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte (Schätzung für 2003: nominal + 2%) profitieren. Vor allem die beträchtlichen Ausgabensteigerungen für Energie, Kraftstoffe und Vorsorgeleistungen entziehen dem Einzelhandel erhebliche Kaufkraft. Im Zeitraum von 1991 bis 2002 ging der Anteil des Einzelhandels i.e.S. an den Konsumausgaben von 43,3 auf 30,9% zurück (Täger 2003). Auch im laufenden Jahr wird sich dieser langfristige Trend einer stetigen Abkoppelung der Umsatzentwicklung des institutionellen Einzelhandels von der Entwicklungsdynamik der privaten Konsumausgaben fortsetzen, wenn auch abgeschwächt. Nur noch 30,6% der Konsumausgaben der privaten Haushalte werden wohl als Käufe im Einzelhandel registriert werden.

Diese strukturell bedingte Nachfrageverschiebung hat insbesondere die Großunternehmen des Einzelhandels veranlasst, verstärkt Angebote im Freizeit- und Urlaubsbereich aufzubauen. Häufig geschieht dies in Kooperation mit anderen Unternehmen, z.B. des Luftverkehrs und des Tourismus. Es entstehen zunehmend Branchen übergreifende Waren- und

Dienstleistungsangebote durch das Zusammenwirken der Sektoren Handel, Dienstleistungen, Gastronomie und Entertainment. Da diese Stufen überschreitenden Expansionsaktivitäten der meist größeren Einzelhandelsunternehmen in Form von rechtlich selbständigen Gemeinschaftsunternehmen erfolgen, die aufgrund ihrer handelsfremden Schwerpunktbildung von der amtlichen Statistik nicht dem Einzelhandel zugerechnet werden, wird der Rückgang des Einzelhandelsanteils an den Konsumausgaben ein wenig überzeichnet. Darüber hinaus erfasst die amtliche Statistik auch schätzungsweise nur noch 80% des Umsatzes mit Konsumgütern an Endverbraucher, der Rest wird von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche getätigt, wie beispielsweise Tankstellenshops, Internetunternehmen und Betriebsteilen des Konsumgütergroßhandels.

Der anhaltend intensive Preiswettbewerb zehrt an den Erträgen der Einzelhandelsunternehmen, in weiten Teilen des Einzelhandels haben sie eine rückläufige Entwicklung genommen, die insbesondere bei einer zunehmenden Zahl von kleineren und stark personengeprägten Unternehmen zu einer ernsthaften Existenzgefährdung führen kann. Selbst einige Großunternehmen haben in den letzten Jahren teils erhebliche Verluste ausgewiesen.

Abb. 1
Investitionen im Einzelhandel



Quelle: Investitionstest.

Eine zunehmende Zahl von Handelsunternehmen verstärkt daher ihre Maßnahmen zur Kostenreduzierung, die sich auch im weiteren Abbau der Zahl der Beschäftigten wie auch in der Schließung von unrentablen Standorten und weiteren Rationalisierungsinvestitionen zeigt. Außerdem dürfte sich nach den aktuellen Planungen der Firmen der seit 1996 zu beobachtende Personalarückgang auch im Jahr 2003 fortsetzen, die Zahl der Gesamtbeschäftigten verminderte sich 2002 im Einzelhandel um knapp 1%.

... die Investitionsquote bleibt dennoch relativ hoch

Die Investitionen der Einzelhandelsunternehmen (einschließlich Fahrzeughandel) sind in der Zeit von 1975 bis 1991 kräftig angestiegen und bewegten sich bis 2001 auf einem hohen Niveau tendenziell seitwärts, erst 2002 und 2003 gehen sie deutlich zurück (vgl. Abb. 1). Der wirtschaftliche Zwang zu spürbaren Kostenreduktionen und die noch immer anhaltende Flächenexpansion einiger Großunternehmen dürften die wichtigsten Gründe dafür sein, dass die Investitionsausgaben derzeit nicht noch stärker einbrechen und die Investitionsquote im Einzelhandel in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage in der Branche noch immer auf einem relativ hohen Niveau bleibt. Angesichts der Umsatzverluste, der Verschlechterung der Abschreibungssätze, der anhaltend angespannten Ertragslage und der Knappheit der Finanzmittel bzw. schwierigerer Kreditversorgung bei vielen mittelständischen Einzelhandelsunternehmen wäre auch eine Reduzierung der Investitionsbudgets um über 20% – wie etwa 1974 – vorstellbar gewesen. Die Rendite einiger Investitionsprojekte wird indessen – zumindest auf kurze Frist – wohl eher unzureichend sein.

Die Pläne der am diesjährigen ifo Investitionstest beteiligten Firmen lassen erwarten, dass die Einzelhandelsinvestitionen

in 2003 wertmäßig um etwa 10% niedriger ausfallen werden als im Vorjahr, die Veränderungsrate für die Investitionen liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt der gesamten Wirtschaft (– 1,5%). Damit werden die nominalen Investitionsausgaben des Einzelhandels einschließlich des Fahrzeughandels voraussichtlich etwa 9,5 Mrd. € erreichen, und die Investitionsquote wird bei einer Realisierung dieser Pläne von 2,5 auf 2,2% zurückgehen; sie läge damit jedoch noch immer etwas über dem Durchschnitt der achtziger Jahre (2,1%). In diesen Plänen dürften die möglichen Investitionsausgaben für die Anschaffung von Rücknahmeautomaten für Einweggebilde wohl noch nicht vollständig enthalten sein, weil verschiedene Unternehmen wegen der langwierigen Diskussion über die Organisation eines bundesweiten Rücknahmesystems noch abwarten.

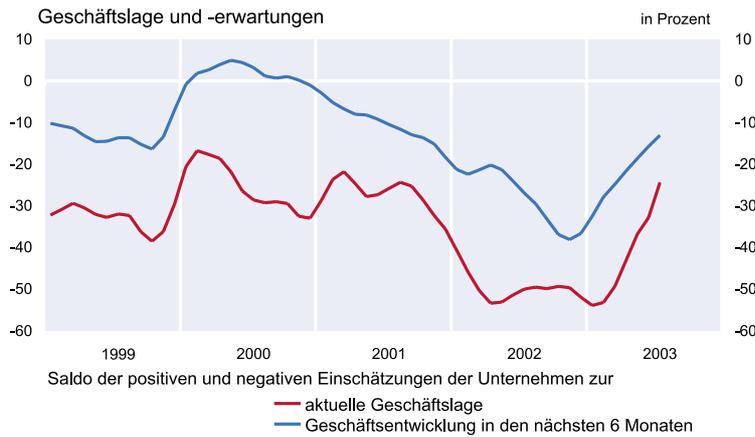
Nach den Plänen zu schließen, gibt es bei der Investitionsbereitschaft zwischen den Großunternehmen und dem mittelständischen Einzelhandel merkliche Unterschiede; die Unternehmen mit über 50 Mill. € Jahresumsatz schränken ihre Investitionsausgaben am geringsten ein.

Zwei Drittel der Budgets entfallen auf Ausrüstungsgüter

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag auch 2003 bei Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie Fahrzeugen, die Ausgaben hierfür werden wohl einen Anteil an den gesamten Einzelhandelsinvestitionen von rund 65% erreichen, so hoch war dieser Wert noch nie. Nach den Meldungen der Unternehmen kann vermutet werden, dass sich im Einzelhandel der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken flächendeckend durchgesetzt hat und Rationalisierungspotentiale konsequent ausgeschöpft werden. Die rasch fortschreitende Technisierung der Warendistribution zu Lasten des Personalbestandes, nicht zuletzt auch wegen der Fortschritte beim E-Commerce, hält auch die Investitionsausgaben hoch. Allein schon die relativ kurzen Abschreibungszeiten bei IT-Equipment induzieren einen entsprechenden Ersatzbedarf.

In den USA arbeiten einige Marktführer bereits mit eigenen Satelliten für die Datenübertragung zu ihren internen Computersystemen. Mit Hilfe dieser Anlagen haben sich die Unternehmen umfangreiche Datenbanken aufgebaut (Data Warehouses), die alle verfügbaren Informationen über das Kaufverhalten in verschiedenen Absatzmärkten aufzeichnen und verknüpfen. Damit werden eine industrienaher Just-in-time-Logistik organisiert und konkrete Entscheidungshilfen

Abb. 2
Einzelhandel insgesamt - Alte Bundesländer

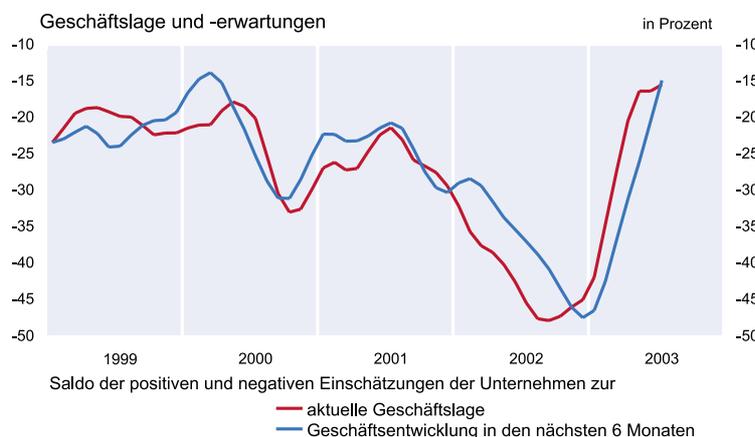


Quelle : ifo Konjunkturtest.

für die Preispolitik, das Marketing und den Service gewonnen. Auch deutsche Unternehmen beschäftigen sich inzwischen mit diesen Verfahren.

Nicht alle Investitionsausgaben tätigen die Einzelhandelsunternehmen freiwillig. Jüngstes Beispiel hierfür ist das heftig diskutierte Dosenpfand. Das Gesetz hierfür trat im Januar 2003 in Kraft. Bis zum 1. Oktober soll ein einheitliches bundesweites Rücknahmesystem organisiert sein. Presseberichten zufolge sind sich einige Großunternehmen jedoch noch nicht sicher, ob sie sich daran beteiligen wollen. Vertreter des Handels schätzen, dass in ihren Geschäften über 40 000 Rücknahmeautomaten installiert werden müssten, die einen Investitionsaufwand von bis zu 2,5 Mrd. € erfordern würden. Auch die laufende Unterhaltung dieser Rücknahmeeinrichtungen und die Verrechnung des Pfandentgelts über eine Clearingstelle würden zu einer Erhöhung der Betriebskosten in den betroffenen Handelsunternehmen

Abb. 3
Einzelhandel insgesamt - Neue Bundesländer



Quelle : ifo Konjunkturtest.

führen. Bisher ist es jedoch nur vereinzelt zur Aufstellung solcher Automaten gekommen. Einige Großfilialisten erwägen sogar, alle Produkte in pfandpflichtigen Einweggebinden auszulisten bzw. haben dies schon getan, da sie befürchten, dass sich diese Investitionen nicht rechnen werden.

Nicht nur im technischen Bereich wird von den Unternehmen investiert, auch die Gestaltung der Geschäftsräume sowie die Ladenoptik erhielten in den letzten Jahren eine noch höhere Priorität. Inzwischen wird jedoch auch versucht, dieses Ziel möglichst kostengünstig zu erreichen (Manz 2002).

Da sich die Struktur der Konsumausgaben seit geraumer Zeit zugunsten von Dienstleistungen, Freizeit und gehobenem Bedarf verschiebt, gewinnen im Einzelhandel Modernisierungen, Umbauten und Diversifikationsprojekte für diese z.T. anspruchsvollen und beratungsintensiven Produkte erheblich an Bedeutung. Das Convenience Shopping bildet den Gegenpol zur puristischen Ladenausstattung der rein preisorientierten Discounter. Hierbei werden sowohl bestehende Flächen mit einem neuen »Marktauftritt« bzw. Erscheinungsbild versehen, »Erlebniswelten« geschaffen, personenbezogene Dienstleistungen angeboten, Produktgruppen in funktionalem Zusammenhang präsentiert als auch fachhandelsähnliche großflächige Fachmarkttypen geschaffen, um weiteren Verlusten beim Anteil an den Konsumausgaben der Verbraucher nachhaltig Einhalt zu gebieten. Darunter ist auch das sog. »Theme-Retailing-Konzept« (Themenbündelung) zu finden, das zuerst in den USA entwickelt wurde. Im Unterschied zu herkömmlichen Konzepten von Einkaufszentren und -passagen werden hier Geschäfte mit bedarfsaffinen Waren- und Dienstleistungsangeboten in räumlicher Nähe angeordnet.

Die »Edeldiscounter« in Form der umstrittenen Fabrikverkaufszentren (Factory-Outlet-Center) haben bisher in Deutschland kaum Fuß fassen können. Infolge der restriktiven Begrenzung der Verkaufsflächen dieser neuen herstellergesteuerten Betriebstypen ist ihre Wettbewerbswirkung indessen nicht so bedeutend wie oft befürchtet. Derzeit soll es in Deutschland erst zwei echte FOC geben. Demgegenüber steht eine lange Liste derjenigen Projekte, die nach zeitraubenden Vorarbeiten entweder ohne Baugenehmigung oder ohne Investor geblieben sind (o.V. 2003a).

Bauinvestitionen weiter rückläufig

Gemessen an der Einwohnerzahl sind großflächige Fachmärkte (Retail Warehouses) beispielsweise in Belgien, Frankreich und Großbritannien wesentlich weiter verbreitet als in Deutschland. Bei Shoppingcentern wurde dagegen inzwischen aufgeholt, in der Periode 2001/2002 kamen allein 60 Einheiten hinzu (o.V. 2002). Die Möglichkeiten hier aufzuholen, hängen jedoch auch wesentlich von der Genehmigungspraxis der Kommunen ab. Dies gilt auch für die von den Handelsketten geforderten Supermärkte mit mehr als 700 qm Verkaufsfläche.

Die bilanzierten Bauinvestitionen werden nach den Planungen der Teilnehmer am ifo Investitionstest 2003 zurückgehen, insbesondere bei den kleinen und mittleren Firmen. Der Bauanteil an den gesamten Investitionsausgaben des Einzelhandels wird damit auf rund 35% sinken. Das ist ein neuer Tiefstand, so niedrig war dieser Wert seit Bestehen der Bundesrepublik noch nie. Inzwischen werden überwiegend Baumaßnahmen im Bestand durchgeführt. Dieses Verhalten ist verständlich, da man in Deutschland »Overstoring« diagnostizieren kann. Nirgendwo auf der Welt gibt es so viele Quadratmeter Verkaufsfläche je Kunde wie in Deutschland, nirgendwo wird so intensiv mit Kampfpreisen gearbeitet und nirgendwo ist der Wettbewerb insgesamt so intensiv. Ein beträchtlicher Teil der Bauinvestitionen erscheint freilich nicht mehr in den Bilanzen der Einzelhandelsunternehmen, sondern ist geleast, anderweitig gemietet oder in eigene Immobiliengesellschaften ausgegliedert. Auch in Ostdeutschland ist der Bauboom bei Einzelhandelsimmobilien längst zum Erliegen gekommen.

Die am Investitionstest beteiligten Firmen wollen ihre Bauinvestitionen 2003 abermals reduzieren. Dies ist nicht erstaunlich, denn angesichts regionaler und lokaler Überangebote an Einzelhandelsflächen, insbesondere in peripheren Lagen, kommt es bereits relativ häufig zu Ladenschließungen und vermehrten Leerständen. Nicht wenige Stimmen aus dem Handel warnen vor weiteren neuen Verkaufsflächen und den damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die ohnehin schon rückläufige Flächenproduktivität. Die Verkaufsflächen haben sich von 1990 bis 2002 in Deutschland um 40% erhöht (o.V. 2003b). Für die dringend erforderliche Steigerung der Rendite sind in Deutschland dagegen umfangreiche Stilllegungen von Einzelhandelsflächen erforderlich. Auf einen Einwohner entfallen in Deutschland rund 1,3 qm Verkaufsfläche, in Frankreich oder Großbritannien sind es nur 0,8 qm (Schlautmann 2003).

Infolge seiner vielfältigen Investitions- und Modernisierungsaktivitäten verfügt der Einzelhandel in Deutschland heute weltweit über eines der leistungsfähigsten und modernsten Distributionssysteme. In den letzten Jahren haben sich auch verstärkt ausländische Handelsunternehmen in

Deutschland – dem größten Markt in Europa – engagiert, die hier auch neue Akzente in der Einzelhandelslandschaft setzen wollen, z.B. in einer stärkeren Betonung der Servicekomponente und einer anderen Konstruktion der Wertschöpfungskette.

Weil die Expansionsmöglichkeiten in Deutschland seit einigen Jahren an Grenzen stoßen, internationalisieren immer mehr deutsche Unternehmen ihr Geschäft. Je nach der Art der organisatorischen Einbindung der Auslandstöchter und der gewählten Bilanzierungspraxis handelt es sich hierbei um Investitionsprojekte im Inland oder im Ausland. Ein weiterer Grund für die Überschreitung der Grenzen sind die – im Vergleich zu Deutschland – meist deutlich höheren Renditen, die zurzeit noch auf ausländischen Märkten zu erzielen sind. Einige deutsche Handelsgruppen erwirtschaften heute fast die Hälfte ihres Gesamtumsatzes jenseits der deutschen Grenzen. Sie exportieren damit ein in Deutschland getestetes und sehr erfolgreiches Distributionssystem, erwirtschaften jedoch im Ausland wesentlich höhere Margen als hier zu Lande.

Literatur

- Manz (2002), »Was die Laden-Optik heute kostet«, *Handelsberater* 11, 24 ff.
 Schlautmann, C. (2003), »Wir haben zu viel Verkaufsfläche«, *Handelsblatt* vom 31. Januar, 14.
 Träger, U.-Chr. (2003), »Strukturwandel im Handel beschleunigt sich weiter«, *ifo Schnelldienst* 56 (11), 10–21.
 o. V. (2002), »Flächenwachstum: Formel ohne Sinn«, *Handelsberater* 3, 5.
 o. V. (2003a), »Schnäppchen-Oasen«, *Süddeutsche Zeitung* vom 28. März.
 o. V. (2003b), »Shoppingcenter koppeln sich von Krise ab«, *Handelsblatt* vom 17. Januar.

Westdeutsche Industrie: Nach spürbarem Rückgang Investitionsanstieg von 2% für 2003 geplant

Annette Weichselberger

Das ifo Institut erhebt zweimal jährlich Daten zur Investitionsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe. Ziel dieser Befragung ist es, die amtlichen ex post Daten des Statistischen Bundesamtes, die mit bis zu zwei Jahren Verzögerung erscheinen, am aktuellen Rand zu ergänzen. An der diesjährigen Haupterhebung, die wie üblich schwerpunktmäßig in den Monaten März bis Mai stattfand, haben sich knapp 1900 westdeutsche Unternehmen beteiligt; auf sie entfällt mehr als die Hälfte (52%) der Investitionen im verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands.¹ Gemessen am Umsatz repräsentieren die hier erfassten Unternehmen das westdeutsche verarbeitende Gewerbe zu 45%. Erfasst wurden neben der Investitionsentwicklung im vergangenen Jahr die quantitativen Investitionspläne für 2003 sowie die Zielsetzung der Investitionstätigkeit.

2002: Investitionsrückgang von 7%

Der zu Beginn letzten Jahres aufkeimende Optimismus in der Industrie wurde bereits im ersten Halbjahr 2002 gedämpft. Die Exportnachfrage zog zwar Anfang des Jahres an, im weiteren Verlauf verlor sie jedoch – nicht zuletzt aufgrund des stark gestiegenen Euro-Kurses und der höheren Ölpreise infolge der beginnenden Irak-Krise – wieder an Schwung. So nahmen im verarbeitenden Gewerbe die Auftragseingänge aus dem Ausland im Jahresdurchschnitt nur leicht zu, die aus dem Inland gingen sogar etwas zurück. Die Industrieproduktion war im Jahresdurchschnitt rückläufig, und die Umsätze der westdeutschen Industrie blieben hinter denen von 2001 zurück. Infolge der angespannten Ertragslage der Unternehmen war das Investitionsklima in der westdeutschen Industrie alles andere als gut.

Nach den Ergebnissen der aktuellen Investitionserhebung hat die westdeutsche Industrie im letzten Jahr erstmals seit 1994 wieder ihre Investitionen gekürzt. Mit knapp 43,1 Mrd. € lagen die Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter 2002 um rund 7% unter dem Vorjahresniveau (vgl. Tab. 1). Der reale Rückgang lag bei 8%. Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem vom Herbst letzten Jahres, so haben die Unternehmen in 2002

ihre Investitionsabsichten nur zum Teil realisiert. Die Meldungen zum Investitionstest vom Herbst 2002 ließen noch eine Kürzung von nur 2% erwarten. Insbesondere die kleinen und mittelgroßen Unternehmen mit bis zu 1 000 Beschäftigten waren hinsichtlich ihrer Investitionen noch zurückhaltender, als sie geplant hatten. Demgegenüber haben die größeren Unternehmen im Durchschnitt eher etwas mehr investiert, als sie ursprünglich beabsichtigt hatten.²

Auch wenn man die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes in den neuen Bundesländern mit einbezieht, die nach vorläufigen Ergebnissen etwas stärker als in den alten Bundesländern zurückgenommen wurden (Jäckel 2003), hat die gesamtdeutsche Industrie mit 49,6 Mrd. € im letzten Jahr 7% weniger investiert als 2001.

Der Rückgang der Anlageinvestitionen im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche Deutschlands betrug 2002 ebenfalls 7%

Tab. 1
Bruttoanlageinvestitionen

Bereich	Mill. €		Veränderungsraten		
	2001	2002	2001/ 2000	2002/ 2001	2003/ 2002
Bergbau	765	800	+ 30	+ 5	- 8
Verarbeitendes Gewerbe	46 270	43 100	+ 4	- 7	+ 2
davon:					
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11 575	10 740	- 5	- 7	+ 1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	25 080	23 675	+ 14	- 6	+ 2
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	6 210	5 465	- 9	- 12	+ 2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	3 405	3 220	- 1	- 5	+ 3
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe ^{a)}	47 035	43 900	+ 4	- 7	+ 2

¹ Die Investitionsaktivitäten des verarbeitenden Gewerbes in den neuen Bundesländern werden wegen des unterschiedlichen Investitionsverhaltens gesondert erfasst und ausgewertet.

² Bei diesem Vergleich wurden nur jene Unternehmen einbezogen, die sowohl an der Erhebung im Herbst letzten Jahres als auch an der nun abgeschlossenen teilgenommen haben.

^{a)} Ohne Baugewerbe, allgemeine Energie- und öffentliche Wasserversorgung.

Tab. 2

Zusammensetzung der Investitionen

Bereich	Anteile an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen in %							
	Betriebsbauten ^{a)} (einschl. in Bau befindlicher)				Ausrüstungen ^{b)}			
	1999	2000	2001	2002	1998	1999	2001	2002
Verarbeitendes Gewerbe	11	11	13	14	89	89	87	86
davon:								
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11	10	11	14	89	90	89	86
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	11	11	13	14	89	89	87	86
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	11	12	15	16	89	88	85	84
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	12	12	17	15	88	88	83	85

^{a)} Ohne Wohnungsbauten. – ^{b)} Diese Position enthält Maschinen und maschinelle Anlagen (einschl. in Aufstellung befindlicher) sowie Fahrzeuge, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung.

(Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute 2003), wobei die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für Ausrüstungsgüter (einschließlich sonstiger Anlagen) etwas stärker eingeschränkt wurden als die Bauinvestitionen. Der Anteil der Bauinvestitionen ist im verarbeitenden Gewerbe jedoch wesentlich niedriger als auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, so dass der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen in der Industrie nicht ganz so deutlich ausfiel wie im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (–8%). Im vergangenen Jahr wurden sechs Siebtel der Bruttoanlageinvestitionen des westdeutschen verarbeitenden Gewerbes für Ausrüstungen und ein Siebtel für Betriebsbauten ausgegeben (vgl. Tab. 2), in Ostdeutschland bewegen sich die entsprechenden Prozentsätze in letzter Zeit bei rund 80 bzw. 20%. Im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche betrug der Bauanteil im letzten Jahr 55%.

Vergleicht man die Investitionskennziffern für das Jahr 2002 mit denen von 2001, so ist die Investitionsintensität (Investitionen pro Beschäftigten), aber vor allem die Investitionsquote (Investitionen in % des Umsatzes) zurückgegangen, da der Beschäftigungsabbau in der westdeutschen Industrie stärker ausfiel als der Umsatzrückgang. Die Investitionsintensität lag 2002 bei 7 840 € gegenüber 8 158 € in 2001. Die Investitionsquote sank von 3,8 auf 3,6%.

Nachlassende Investitionstätigkeit auf breiter Ebene

Der Investitionsrückgang im letzten Jahr wurde nicht durch spezielle Entwicklungen in einigen wenigen Branchen verursacht, er war vielmehr breit angelegt. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes wurden 2002 die Investitionen in fast allen Bereichen gekürzt. So hat das *Nahrungs- und Genussmittelgewerbe* seine Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 5% eingeschränkt. Eine der wenigen Investitionserhöhungen

wurde vom *Bergbau* gemeldet, er stockte seine Investitionen gegenüber 2001 um rund 5% auf.

Im *Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe* wurden die Investitionsausgaben 2002 im Durchschnitt um 7% gekürzt. Lediglich die chemische Industrie schränkte ihre Sachanlageinvestitionen nicht ein. Die Investitionen bewegten sich hier auf dem Vorjahresniveau. In allen anderen Branchen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes wurde im Vergleich zu 2001 weniger investiert. Die stärksten Rückgänge – zwischen 20 und 30% – meldeten die Bereiche Steine und Erden, Holzbearbeitung und Zellstoff-, Papier- und Papierzeugung. Mit rund 15% fielen die Kürzungen in der Mineralölverarbeitung (einschließlich Vertrieb) und in der eisenschaffenden Industrie nicht ganz so hoch aus. Die Branchen NE-Metallerzeugung, Gießereien, Ziehereien und Kaltwalzwerke sowie die Gummiverarbeitung investierten im Vergleich zu 2001 um rund 5% weniger.

Im *Investitionsgüter produzierenden Gewerbe* wurden die Sachanlageinvestitionen im vergangenen Jahr um knapp 6% eingeschränkt. Bis auf zwei haben hier alle Branchen ihre Investitionen gekürzt. Eine der Ausnahmen war der Straßenfahrzeugbau. Mit einem Investitionsvolumen von knapp 10,7 Mrd. € investierten die westdeutschen Straßenfahrzeugbauer im letzten Jahr rund 10% mehr als 2001. Die andere Ausnahme ist der Luft- und Raumfahrzeugbau, dort wurden die Investitionen 2002 um 15% erhöht. Ein noch vergleichsweise moderater Investitionsrückgang um – 10% war im Maschinenbau zu verzeichnen. Kürzungen – von 15 bis 20% – meldeten die Branchen Stahlverformung, Schiffbau, Herstellung von EBM-Waren und die Herstellung von Büromaschinen und EDV-Geräten. Am stärksten haben 2002 die Investitionsgüterbranchen Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie der Stahl- und Leichtmetallbau die Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter 2002 eingeschränkt. Die Rückgänge in diesen Branchen bewegten sich zwischen 20 und 25%.

Tab. 3
Tendenzen der Investitionsplanung

Bereich	Im Jahr 2003 wollen gegenüber 2002 ... % der Unternehmen ^{a)} investieren				Zum Vergleich: Pläne für				
	mehr	gleich viel	weniger	Saldo ^{b)}	2002	2001	2000	1999	1998
Verarbeitendes Gewerbe	39	27	34	+ 6	+ 16	+ 32	+ 16	+ 26	+ 43
davon:									
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	28	20	52	- 24	+ 5	+ 32	+ 19	+ 46	+ 32
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	42	29	28	+ 14	+ 28	+ 38	+ 23	+ 26	+ 53
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	35	32	33	+ 3	+ 4	+ 19	+ 13	+ 1	+ 36
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	63	19	18	+ 45	- 2	- 9	- 32	+ 18	+ 38

^{a)} Gewichtet mit dem Firmenumsatz. – ^{b)} Differenz der Prozentanteile der gewichteten »Mehr«- und »Weniger«- Meldungen aus der jeweiligen Erhebung.

Das *Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe* investierte im letzten Jahr im Durchschnitt rund 12% weniger in neue Sachanlagen als 2001. Diesem Bereich sind eher klein- und mittelständisch strukturierte Unternehmen zuzuordnen, deren Investitionsverhalten wesentlich konjunkturabhängiger ist als das der größeren Unternehmen. In dieser Hauptgruppe haben im letzten Jahr nur die Papier- und Pappeverarbeitung, die Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck usw. und das Ledergewerbe die Investitionen leicht – um rund 5% – erhöht. Starke Kürzungen von 20 bis 30% wurden hier dagegen von der Holzbearbeitung und dem Bekleidungs-gewerbe gemeldet. In den Branchen Druckerei und Vervielfältigung, Herstellung von Kunststoffwaren und Textilgewerbe wurden die Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter im Durchschnitt um 10 bis 20% eingeschränkt. Die Feinkeramik hat 2002 die Investitionen im Vergleich dazu nur leicht – um 5% – gekürzt. In der Herstellung und Verarbeitung von Glas bewegte sich das Investitionsvolumen auf dem Vorjahresniveau.

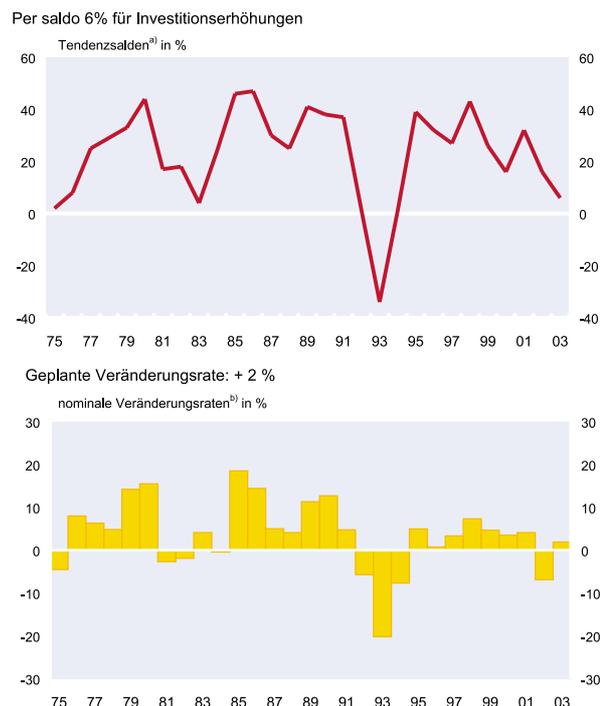
2003: Investitionsanstieg von 2%

Die konjunkturelle Lage war in den ersten sechs Monaten dieses Jahres weiterhin angespannt. Die Nachfrage – sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland – ist nach wie vor sehr verhalten. Allerdings geben die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests Anlass zu Hoffnung, dass sich die Lage langsam entspannt. Danach hat sich das Geschäftsklima in der westdeutschen Industrie im Mai, Juni und Juli etwas verbessert. So beurteilten die Unternehmen insbesondere ihre Geschäfts- und Ertragsaussichten – auch wegen den sich abzeichnenden Reformen der Bundesregierung – nicht mehr so skeptisch wie in den letzten Monaten. Nach seiner aktuellen gesamtwirtschaftlichen Prognose geht das ifo Institut von einem leichten Anstieg im zweiten Halbjahr aus. Hinsichtlich ihrer Investitionspläne sind die westdeutschen Unternehmen jedoch noch eher vorsichtig.

Betrachtet man die von den Unternehmen gemeldeten Investitionstendenzen, so haben knapp zwei Fünftel der Test-

teilnehmer geplant, 2003 mehr als im vergangenen Jahr zu investieren. Rund ein Drittel der Unternehmen beabsichtigt, das Investitionsbudget in diesem Jahr zu kürzen, und gut ein Viertel will die Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter konstant halten (vgl. Tab. 3). Der Saldo aus den »Mehr«- und »Weniger«-Meldungen liegt mit + 6 im positiven Bereich (vgl. Abb. 1). Damit haben sich die Tendenzen für 2003 jedoch verschlechtert; zum Zeitpunkt der letzten Erhebung, im Herbst 2002, lag der entsprechende Saldo noch bei + 23. Berücksichtigt man ferner die von den Unter-

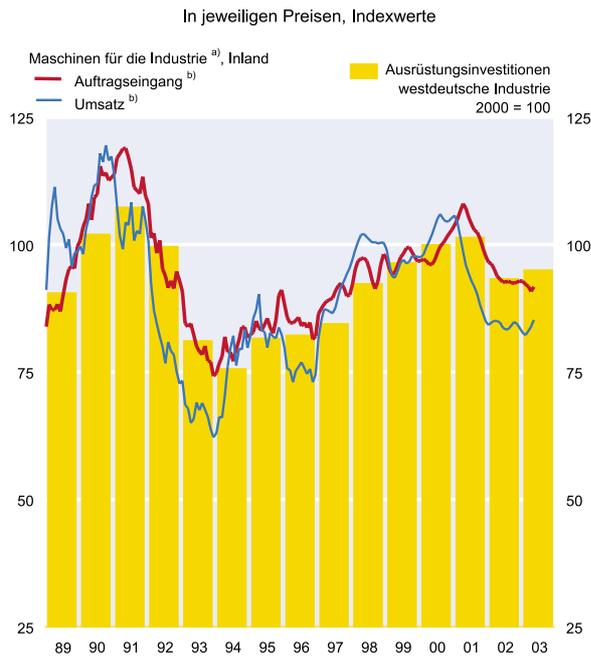
Abb. 1
Planung und tatsächliche Entwicklung der Investitionen in der westdeutschen Industrie



a) Differenz zwischen den "Mehr"- und den "Weniger"-Meldungen, Stand jeweils März-Mai des laufenden Jahres.
b) Bruttoanlageinvestitionen der westdeutschen Industrie, 2002 vorläufig, 2003 ermittelt aufgrund der Planangaben.

Quelle: ifo Investitionstest (West).

Abb. 2
Nachfrage der westdeutschen Industrie nach Ausrüstungsgütern



a) Hersteller von Baustoffmaschinen, Hütten- u. Walzwerksanlagen, Gießereimaschinen, Apparatebau, Holzbearbeitungsmaschinen, Gummi- u. Kunststoffmaschinen, Druck- u. Papiermaschinen, Werkzeugmaschinen, Präzisionswerkzeuge, Schuh- u. Ledermaschinen, Trocknungsanlagen, Textilmaschinen, Nähmaschinen und Nahrungsmittelmaschinen.
 b) Saisonbereinigt und geglättet.

Quelle: VDMA, ifo Institut.

nehmen gemeldeten absoluten Veränderungsdaten, so plant das westdeutsche verarbeitende Gewerbe, seine Investitionen 2003 nur leicht – um rund 2% – zu erhöhen. Nach den im Herbst 2002 gemeldeten Plänen wurde noch ein Anstieg von knapp 5% erwartet. Im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe ist nach den zuletzt veröffentlichten Ergebnissen mit einer stärkeren Investitionserhöhung zu rechnen. Damit ist aus heutiger Sicht für die gesamtdeutsche Industrie ein Investitionszuwachs von gut 3% geplant. Der reale Anstieg dürfte sich aufgrund der derzeit stabilen Preise für neue Bauten und Ausrüstungsgüter in derselben Größenordnung bewegen.

Ein guter Indikator für die Investitionsneigung in der Industrie ist auch die Entwicklung der Auftragseingänge bei den Industrieausrüstern des Maschinenbaus (vgl. Abb. 2). Nachdem diese im Laufe des Jahres 2001 stark eingebrochen waren, lagen sie 2002 infolge des hohen Überhangs aus dem Jahr 2001 im Jahresdurchschnitt rund 10% unter dem Vorjahreswert. Seit Anfang dieses Jahres ist wieder ein Anstieg bei den Auftragseingängen zu beobachten, was sich jedoch aufgrund der relativ langen Lieferzeiten noch nicht in den Inlandsumsätzen der Industrieausrüster des Maschinenbaus bemerkbar gemacht hat. Sie gingen 2002

ebenfalls spürbar um 9% zurück und waren auch in den ersten Monaten dieses Jahres weiter rückläufig.

Leichte Investitionsbelebung

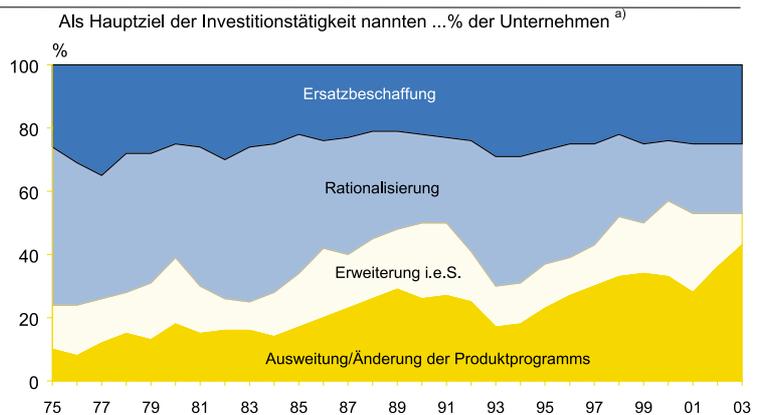
Im laufenden Jahr ist in allen Hauptgruppen des westdeutschen verarbeitenden Gewerbes ein leichter Investitionsanstieg zu erwarten. Das *Nahrungs- und Genussmittelgewerbe* will sein Budget 2003 um rund 3% aufstocken. Im Bergbau, der nicht zum verarbeitenden Gewerbe gehört, werden die Investitionen nach derzeitigem Planungsstand um 8% gekürzt werden.

Im *Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe* ist im Durchschnitt ein Investitionsanstieg um rund 1% vorgesehen. Dieser nur schwache Anstieg ist auf die leicht rückläufige Investitionstätigkeit der chemischen Industrie zurückzuführen, die am Investitionsvolumen gemessen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe das größte Gewicht hat. Sie beabsichtigt ihre Sachanlageausgaben um knapp 2% einzuschränken. Kürzungen zwischen 5 und 10% sind auch im Bereich Steine und Erden und in der Gummiverarbeitung geplant. Deutliche Investitionszuwächse zwischen 20 und 25% meldeten hingegen die Ziehereien und Kaltwalzwerke sowie die Zellstoff-, Papier- und Papperzeugung. Nicht ganz so starke, aber auch spürbare Erhöhungen um rund 15%, sind nach den Angaben der Unternehmen in der NE-Metallerzeugung und in der Holzbearbeitung zu erwarten. Die eisenverarbeitende Industrie will in diesem Jahr ihr Investitionsbudget geringfügig – um weniger als 5% – aufstocken. In der Mineralölverarbeitung (einschließlich Vertrieb) und bei den Gießereien dürften sich die Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter 2003 auf dem Vorjahresniveau bewegen.

Im *Investitionsgüter produzierenden Gewerbe* zeichnet sich nach den Meldungen der Testteilnehmer für 2003 ein Investitionsanstieg von 2% ab. So plant der Straßenfahrzeugbau, der in den letzten zwei Jahren seine Investitionsausgaben stark – auf ein Volumen von 10,7 Mrd. € – erhöht hat, keinen weiteren Anstieg. Ein im Vergleich zu 2002 konstantes Investitionsniveau ist auch in der Elektrotechnik und in der Stahlverformung zu erwarten. Die stärkste Budgeterhöhung ist im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe vom Luft- und Raumfahrzeugbau geplant; in dieser Branche wollen die Unternehmen ihre Ausgaben für Sachanlagen 2003 im Durchschnitt um rund ein Drittel aufstocken. Mit der Umsetzung der Programme A400M und A380 fallen hier umfangreiche Investitionen an. Zuwachsraten zwischen 5 und 10% meldeten der Stahl- und Leichtmetallbau, die Feinmechanik und Optik sowie die Herstellung von Büromaschinen und EDV-Geräten. Der Maschinenbau will seine Investitionen leicht – um weniger als 5% – erhöhen. Kürzungen zwischen 5 und 15% sind in der Herstellung von EBM-Waren und im Schiffbau vorgesehen.

Im Durchschnitt des *Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes* ist nach dem spürbaren Investitionsrückgang im letzten Jahr für 2003 eine Erhöhung um 2% geplant. Zuwächse von 5 bis 10% meldeten die Herstellung von Kunststoffwaren, die Herstellung und Verarbeitung von Glas, die Papier- und Pappeverarbeitung sowie das Textilgewerbe. Investitionskürzungen zwischen 5 und 10% sind demgegenüber in folgenden Verbrauchsgüter produzierenden Branchen zu erwarten: Druckerei und Vervielfältigung, Holzverarbeitung, Feinkeramik, Ledergerber und in der Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck usw. Das Bekleidungsgerber will im gleichen Umfang investieren wie 2002.

Abb. 3
Umstrukturierungen des Produktionsprogramms stehen im Vordergrund



a) Meldungen aus dem westdeutschen verarbeitenden Gewerbe, gewichtet mit dem Firmenumsatz. Stand März-Mai

Quelle: ifo Investitionstest (West).

Umstrukturierungen des Produktionsprogramms erfordern umfangreiche Investitionen

Wie die neuesten Erhebungsergebnisse zeigen, verfolgen die Unternehmen mit ihren Investitionen in Westdeutschland in erster Linie Erweiterungsmaßnahmen, und zwar sowohl im letzten wie auch in diesem Jahr (vgl. Abb. 3). In diesem Jahr stehen bei 53% der Unternehmen Erweiterungsmaßnahmen im Vordergrund (vgl. Tab. 4). Dieses Ergebnis bedeutet nicht, dass über die Hälfte der Investitionsausgaben in Erweiterungen fließen. Vielmehr sehen die meisten Unternehmen, die durchaus auch Rationalisierungsinvestitionen und Ersatzbeschaffungen durchführen, in der Erweiterung den Schwerpunkt ihrer Investitionstätigkeit. Allerdings wird hierbei weniger in die Erweiterung bereits bestehender Produktionsprogramme (Kapazitätserweiterung im klassischen Sinne) investiert, sondern zunehmend in die Änderung bzw. Ausweitung von Produktionsprogrammen (vgl. Tab. 5). In diesem Jahr wollen 43% der Unternehmen in erster Linie in die Umstellung ihrer Produktionsprogramme investieren. Wie die Ergebnisse des Investitionstests gezeigt haben, hat die Kapazitätserweiterung

im klassischen Sinne zugunsten der Umstrukturierung des Produktionsprogramms in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung verloren. Ersatzbeschaffungen sind 2003 für ein Viertel der Unternehmen das vorrangige Investitionsmotiv. Das Rationalisierungsmotiv hat im Laufe der letzten Jahre an Bedeutung verloren. Nur noch jedes fünfte Unternehmen investiert in erster Linie in Rationalisierungsmaßnahmen. 1994 lag der entsprechende Wert noch bei 40%.

Das *Erweiterungsmotiv* (inklusive der oben angesprochenen Umstrukturierungen) steht in fast allen Hauptgruppen an erster Stelle, nur im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe ist es zweitrangig. Auf Branchenebene spielt das Erweiterungsmotiv 2003 im Straßenfahrzeugbau, im Luft- und Raumfahrzeugbau, im Schiffbau und in der Herstellung und Verarbeitung von Glas eine überdurchschnittliche Rolle. Im letzten Jahr führte auch die Gummiverarbeitung umfangreiche Erweiterungsmaßnahmen durch. In all diesen Branchen dienen diese Maßnahmen jedoch nicht in erster Linie einer Ausweitung der Kapazitäten des bestehenden Produktionsprogramms, sondern einer Umstrukturierung der Produktpalette.

Tab. 4
Zielsetzung der Investitionen

Bereich	Als Hauptziel ihrer Investitionen nannten ... % der Unternehmen ^{a)}											
	Kapazitätserweiterung				Rationalisierung				Ersatzbeschaffung			
	2000	2001	2002	2003 geplant	2000	2001	2002	2003 geplant	2000	2001	2002	2003 geplant
Verarbeitendes Gewerbe	57	53	53	53	19	22	22	22	24	25	25	25
davon:												
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	65	57	43	42	15	18	23	22	20	25	34	36
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	63	58	63	64	18	19	22	22	19	23	15	14
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	48	41	32	32	17	33	29	26	35	26	39	42
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	10	21	52	51	41	36	7	9	49	43	41	40

a) Gewichtet mit dem Firmenumsatz.

Tab. 5

Erweiterungsinvestitionen und Produktionsprogramm

Bereich	... % der Unternehmen ^{a)} nahmen in erster Linie Erweiterungsinvestitionen vor, und zwar unter ^{b)}							
	Beibehaltung des Produktionsprogramms				Änderung bzw. Ausweitung des Produktionsprogramms			
	2000	2001	2002	2003 geplant	2000	2001	2002	2003 geplant
Verarbeitendes Gewerbe	23	23	17	10	33	28	36	43
davon:								
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	26	21	24	12	36	35	17	28
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	22	27	13	7	40	28	50	56
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	27	19	24	19	18	21	8	13
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	5	8	9	6	3	13	43	45

^{a)} Gewichtet mit dem Firmenumsatz. – ^{b)} Die hier aufgeführten Prozentsätze ergänzen sich nicht zu den Anteilen für die Hauptziele (Tab. 4), da ein Teil der Firmen hierzu keine Angaben machte.

Ersatzbeschaffungen dominieren 2003 im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe das Investitionsgeschehen, im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe stehen sie an zweiter und im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe an dritter Stelle. In folgenden Branchen haben Ersatzbeschaffungen 2003 ein relativ großes Gewicht: in der Mineralölverarbeitung (einschließlich Vertrieb), im Bereich Steine und Erden, in der Herstellung von Büromaschinen und EDV-Geräten, in der Druckerei und Vervielfältigung sowie in der Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck usw.

Rationalisierungsmaßnahmen stehen im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe 2003 an zweiter Stelle, während sie im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe und im Nahrungs- und Genussmittelbereich drittrangig sind. Betrachtet man die Branchenergebnisse, so ist der Rationalisierungsdruck in diesem Jahr anscheinend besonders hoch in der eisenschaffenden Industrie, in der Holzbearbeitung, in der Gummierzeugung, im Stahl- und Leichtmetallbau sowie in der Elektrotechnik.

Zusammenfassung

Die westdeutsche Industrie hat 2002 knapp 43,1 Mrd. € in neue Bauten und Ausrüstungsgüter investiert. Damit hat sie ihre Investitionsausgaben erstmals wieder seit 1994 gegenüber dem Vorjahr spürbar – um rund 7% – gekürzt. Die Industrieinvestition in den neuen Bundesländern dürften sich ähnlich entwickelt haben, so dass der Investitionsrückgang in der gesamtdeutschen Industrie sich in gleicher Größenordnung bewegt. Damit entsprach die Investitionsentwicklung in der Industrie dem gesamtwirtschaftlichen Trend. Wie ein Vergleich mit den Ergebnissen vom Herbst 2002 zeigt, haben die westdeutschen Unternehmen im letzten Jahr ihre ursprünglichen Investitionspläne nur zum Teil realisiert. Vor allem die kleinen und mittelgroßen Unternehmen (mit bis zu 1 000 Be-

schäftigten) haben angesichts der 2002 ausbleibenden konjunkturellen Erholung ihre Investitionsabsichten nach unten korrigiert.

In diesem Jahr will das westdeutsche verarbeitende Gewerbe – angesichts der konjunkturellen Schwäche im ersten Halbjahr – seine Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter nur leicht – um rund 2% – erhöhen. Nach den Meldungen der letzten Umfrage war für 2003 noch mit einem Anstieg von knapp 5% zu rechnen. Differenziert nach Größenklassen haben eher die größeren Unternehmen ihre Investitionspläne vom Herbst letzten Jahres nach unten revidiert. Der Investitionszuwachs in der gesamtdeutschen Industrie dürfte bei gut 3% liegen, da sich in den neuen Bundesländern eine stärkere Erhöhung abzeichnet.

Wie schon seit Mitte der Neunzigerjahre sehen die Unternehmen ihren Investitionsschwerpunkt in der Erweiterung. Hierbei wollen sie jedoch weniger die Kapazitäten ihrer bestehenden Produktionsprogramme erweitern, sondern vielmehr ihre Produktpalette ausweiten bzw. ändern. In diesem Jahr wollen zwei Fünftel der Unternehmen in erster Linie in die Umstellung ihrer Produktionsprogramme investieren. Das Rationalisierungsmotiv hat im Laufe der letzten Jahre an Bedeutung verloren. Nur noch jedes fünfte Unternehmen investiert in erster Linie in Rationalisierungsmaßnahmen.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2003), »Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003«, *ifo Schnelldienst* 56 (7), 3–45.
- Jäckel, P. (2003) »Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe der neuen Bundesländer: Zwar Rückgang 2002, aber kräftiger Zuwachs 2003 geplant«, *ifo Schnelldienst* 56 (13), 28–33.
- Statistisches Bundesamt, Fachserie 4 Reihe 2.2 Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe, Fachserie 4 Reihe 2.1 Index der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe.

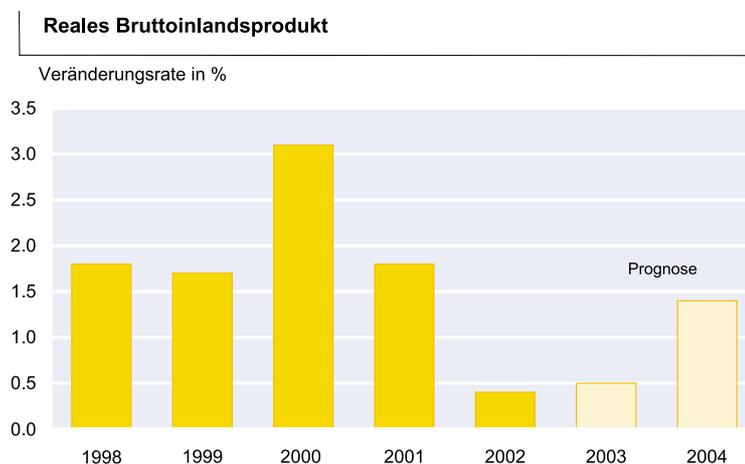
Konjunktureller Kriechgang 2002. Wirtschaftsentwicklung 2003 am Rande der Stagnation. Erholung von Nachfrage und Produktion 2004. Geldpolitik stimuliert auch 2004 spürbar. Lohnpolitik gibt leichte Anstöße. Finanzpolitik etwa konjunkturneutral. Zunächst noch deutlich bremsend wirkt die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar; dieser Effekt lässt jedoch im Laufe von 2004 nach. Defizite der Leistungsbilanz steigen weiter. Preisauftrieb beruhigt sich allmählich. Erst 2004 Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Das soziale und politische Umfeld wird weiterhin stark geprägt von dem polarisierenden Agieren der Regierung und ihres Ministerpräsidenten. Der Reformkurs hat sich nicht beschleunigt, sondern kommt weiter auf Samtpfoten. Die Koalition musste bei den jüngsten Regional-, Provinzial- und Gemeindewahlen Federn lassen und ist auch wirtschaftspolitisch zunehmend zerstritten. Die italienische EU-Präsidentschaft für das zweite Halbjahr 2003 begann mit Dissonanzen im Parlament und mit der EU.

Premierminister Berlusconi hatte 2001 mit dem Parteienbündnis der rechten Mitte (Casa delle Libertà) und seiner inhomogenen »Forza Italia« als tragender Kraft einen beeindruckenden Wahlsieg errungen, welcher seiner Koalition in beiden Kammern des Parlaments die absolute Mehrheit brachte. Möglich wurde dies durch die in der Bevölkerung verbreitete Erwartung, dass er als sehr erfolgreicher Unternehmer die Volkswirtschaft effizienter managen könne als die vorherigen Regierungen. Diese Hoffnungen haben bisher getragen. Die überfälligen Reformen vor allem der Arbeitsgesetzgebung, der Sozialversicherung und des Justizwesens kommen nicht nennenswert schneller voran als unter den politisch anders ausgerichteten Vorgängerregierungen. Die von ihm gemachten Versprechungen wurden bis jetzt zu nur etwa 10% eingelöst. Er managt weniger die Wirtschaft des Landes als seine eigenen Interessen. So hat sich das Parlament vorwiegend mit diesen dienenden Gesetzen befasst. Der Interessenkonflikt zwischen seiner Stellung als mächtigster Medienunternehmer Italiens und Ministerpräsident ist ungelöst, seine Haltung gegenüber der ihn wegen verschiedener Delikte bedrängenden Justiz (allerdings wurde kürzlich die Immunität für die fünf höchsten Amtsträger der Re-

publik verlängert, was die Weiterführung seines Bestechungsprozesses kurz vor dem Urteil verhindert) findet häufig in öffentlichen Tiraden ihren Ausdruck und ist zu einer institutionellen Krise ausgeartet. Hinzu kommt seine Neigung, unter Ignorierung der Gewaltenteilung immer mehr in Entscheidungen einzugreifen, die ihm nicht zustehen. Kürzlich forderte er eine Änderung der Verfassung zur Stärkung der Position des Ministerpräsidenten. Auch zog er sich erheblichen landesweiten Unmut zu mit seiner Unterstützung der US-Intervention im Irak, die wie im übrigen Westeuropa von rund 85% der Bevölkerung abgelehnt wurde. Die durch politisch motivierte Streiks ausgefallene Arbeitszeit hat während seiner Amtszeit sehr stark zugenommen.

Bei den Wahlen zu den Regional-, Provinzial- und Gemeinderäten vom Mai 2003 haben zahlreiche Wähler das Lager gewechselt, was den meisten Koalitionsparteien deutliche Niederlagen brachte und eine Krise innerhalb der Regierung auslöste, die seitdem durch verschiedene Vorkommnisse verschärft wur-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

de. Die »Lega Nord« drohte sogar mit dem Verlassen der Koalition; auf diese Weise hatte sie 1994 das erste Kabinett Berlusconi nach nur siebenmonatiger Amtszeit zu Fall gebracht. Aber die parlamentarische Mehrheit der Regierung ist ohne diese rechtslastig-separatistische Formation gesichert. Zudem ist die »Alleanza nazionale« ob der Wahlschläppen unruhig geworden. Außerdem profiliert sich die kleine christdemokratische UDC, die bei den jüngsten Wahlen erhebliche Stimmengewinne verbuchte, zunehmend als gemäßigte Kraft in der Regierung, was deren Handlungsfähigkeit weiter einschränkt, während sich beim lange heftig zerstrittenen Oppositionsbündnis »Ulivo« Stabilisierungstendenzen zeigen.

Ein Alarmzeichen für den Premierminister ist aber auch die vor kurzem vom führenden Arbeitgeberverband Confindustria und den drei großen **Gewerkschaften** geschlossene »Übereinkunft für Entwicklung, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit«, in welcher gegenüber der Regierung auf vier Gebieten handfeste finanzielle Forderungen gestellt werden. Damit haben sich die während der letzten Jahre arg zerstrittenen Sozialpartner erstmals wieder auf ein grundlegendes Abkommen geeinigt. Dabei sind die Syndikate gespalten wie seit Jahren nicht mehr, da es der Regierung gelungen ist, sie in einigen Fragen auseinander zu dividieren. Dies war zum einen bei den Lohntarifverträgen 2003/2004 und zum anderen beim Kündigungsschutz der Fall. In beiden Fällen vertraten die Verbände CISL und UIL gemäßigte Positionen – wie etwa beim Mitte 2002 mit der Regierung geschlossenen, auf behutsame Arbeitsmarktreformen abzielenden »Pakt für Italien« – und kooperierten mit der Regierung, während die große CGIL maximalistische Standpunkte vertritt und immer weiter vom Reformweg abweicht. In dieser Verweigerungshaltung wurde sie – nicht zuletzt durch das bereits am Quorum gescheiterte Referendum (Juni 2003) über die Ausdehnung des rigiden Kündigungsschutzes auch auf Unternehmen mit bis zu 15 Beschäftigten – erschüttert. Im Lager der **Arbeitgeber** zeigen sich im Zuge des wirtschaftlichen Wandels deutliche Veränderungen. Die traditionell von wenigen Unternehmersdynastien gelenkte »Italien AG« bröckelt im Zuge von Deregulierung und Globalisierung, zuletzt zusätzlich erschüttert durch die Krise beim »Flaggschiff« FIAT, deren retardierende Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft erheblich über das bei $\frac{1}{2}$ % des BIP liegende Produktionsvolumen des Autokonzerns hinausgehen. Die auch über das Finanzwesen hinaus einst übermächtige Mediobanca verliert weiter an Einfluss. Seit vor drei Jahren kein Vertreter des etablierten »Industrieadels«, sondern ein Repräsentant der Mittel- und Kleinunternehmen zum Präsidenten der sehr einflussreichen und gut organisierten etwa 110 000 Mitglieder umfassenden Confindustria gewählt wurde, kommt es immer häufiger zu Auffassungsunterschieden innerhalb des Verbandes, wie gegenüber Gewerkschaften und Regierung aufzutreten sei.

Die **Arbeitskämpfe** haben während der letzten beiden Jahre sehr stark zugenommen. Dies, obwohl die Regierung anders als 1994 eine frontale Konfrontation mit den Gewerkschaften vermieden hat und sie in Einzelfragen zu spalten versucht.

Italien übernahm am 1. Juli 2003 die **EU-Präsidentschaft** für das laufende Halbjahr. Hierin wird die Regierung auch von den italienischen Oppositionsparteien unterstützt. Doch befürchtet man nicht nur in Brüssel, dass Berlusconi wie seit seinem Amtsantritt weiter prononciert die nationale Karte spielt, hierin dem spanischen Premier Aznar sehr ähnlich. Italien will bei den Diskussionen über die EU-Verfassung als Vermittler fungieren, das lädierte Verhältnis Westeuropas zu den USA verbessern, die Osterweiterung der EU fördern, die das Land allmählich überfordernde Flüchtlingsproblematik mit Hilfe einer europäischen Asylpolitik lösen, die Konjunktur durch ein grenzüberschreitendes kreditfinanziertes 70 Mrd. € schweres Infrastrukturprogramm (das wenig Zustimmung findet) stützen und EU-Regularien für die Rentenversicherungen einführen, um auf diese Weise das diesbezügliche Problem im eigenen Lande zu lösen. Durch den verunglückten Start der Präsidentschaft Berlusconis sind die Chancen für die Realisierung dieser Vorhaben gering.

Wirtschaftspolitisch ist auf absehbare Zeit keine Änderung des zögerlichen Reformkurses und der wenig nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu erwarten. Weichenstellungen für ein neues »Miracolo economico« lassen sich nicht erkennen. Die Konjunktur erhält von der Wirtschaftspolitik heuer und 2004 insgesamt nur geringe Anstöße.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,4%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2001 um 0,2%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um reichlich $2\frac{1}{2}$ %. In **Westeuropa**, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1% zu; im Euroraum erhöhte es sich um 0,8% und in Deutschland um 0,2%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 25 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2001 um $2\frac{3}{4}$ % expandiert.

In **Italien** wurde die Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion ab dem zweiten Quartal von einer konjunkturel-

len Erholung abgelöst, die im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Volkswirtschaften auch im vierten Quartal noch anhielt. Das war auf die Zunahme von Bruttoanlageinvestitionen und privatem Konsum infolge fiskalischer Stimulierungsmaßnahmen zurückzuführen. Der öffentliche Verbrauch wurde hingegen im Verlauf des Jahres nicht ausgeweitet. Die Ausfuhr nahm während der ersten drei Quartale beschleunigt zu und stagnierte anschließend, während der Import über das ganze Jahr hinweg sogar kräftig expandierte. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** ist um 0,4% gestiegen, nach 1,8% 2001. Die mit der Teilnahme am Euro-Raum verbundene Talfahrt der Zinsen wirkte sich zwar bei den Staatsfinanzen deutlich aus, nicht aber bei der Produktionsentwicklung. Auf dem Arbeitsmarkt besserte sich die Lage weiterhin, wenn auch langsamer als zuvor. Der Preis- auftrieb war im westeuropäischen Vergleich kräftig und setzte sich nach einem Teuerungsschub zu Jahresbeginn zwar langsamer, aber stetig fort. Die Leistungsbilanz geriet erstmals seit 1992 wieder in die roten Zahlen.

Der **private Konsum** wurde um 0,4% ausgeweitet. Im Verlauf setzte sich die während des Jahres 2001 zu beobachtende tendenzielle Stagnation im ersten Halbjahr fort. Anschließend nahm er trotz gleichzeitig verschlechtertem Konsumklima deutlich zu. Die Diskrepanz erklärt sich vor allem aus der bis März 2003 befristeten Senkung der Zulassungssteuer bei Neuwagenkäufen von 350 auf 50 € und den für das zweite Halbjahr gewährten fiskalischen Anreizen zum Kauf umweltfreundlicher Autos. Der Absatz dauerhafter Güter profitierte auch vom weiter kräftigen Anstieg des Wohnungsneubaus. Bei moderaten Lohnerhöhungen und verlangsamt zunehmender Beschäftigung sind die realen verfügbaren Einkommen um 1/2% gestiegen. Hierzu trugen auch die Anhebung der steuerlichen Kinderfreibeträge und die deutlich erhöhten Mindestrenten bei. Allerdings erhöhte sich auch die Sparquote. Der Verfall der Aktienkurse war für die Konsumententwicklung kaum relevant, da nur wenige private Haushalte Aktien besitzen. Der **öffentliche Verbrauch** hat im Jahresverlauf infolge sinkender Zinsaufwendungen und Konsolidierungsbemühungen etwa stagniert. Gegenüber 2001 errechnet sich wegen des Überhangs zu Jahresbeginn gleichwohl eine Zunahme um 1,7%.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (+ 0,5%, wobei allerdings zu Jahresbeginn ein spürbarer Unterhang bestand) nahmen im Laufe des Jahres infolge der steuerlichen Investitionsförderung durch die »Legge Tremonti Bis« (eine derartige, nach dem Wirtschafts- und Finanzminister benannte Maßnahme war bereits 1994 ergriffen worden) deutlich zu. Dieses im Herbst 2001 erlassene Gesetz zeigte zunächst wenig Wirkung – die Investitionen sanken auch noch im ersten Quartal 2002. Anschließend stimulierte es jedoch mit Blick auf die Befristung (Ende 2002) sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvestitionen, die im zweiten Halbjahr spürbar expandierten. Dieses Reaktionsmuster war bereits bei

»Tremonti Uno« beobachtet worden. Im Gegensatz zu letzterem konnten jetzt nicht nur Industrie- und Handelsbetriebe, sondern auch Banken, Versicherungen und Freiberufler von den Steuerermäßigungen Gebrauch machen. Diese beliefen sich auf 50% der über dem Durchschnitt der Jahre 1996/2000 liegenden Investitionen. Dabei war auch in sachlicher Hinsicht eine Erweiterung des Spektrums erfolgt. Neben der Anschaffung von neuen materiellen und immateriellen Anlagegütern einschließlich gewerblich genutzter Immobilien (inkl. Leasing) waren die Erweiterung und Modernisierung von Anlagen sowie die Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung der Belegschaft abzugsfähig. Zusätzlichen Schub erhielt »Tremonti Bis« durch die gesunkenen Finanzierungskosten; eine Kreditklemme war bei der befriedigenden Lage des Finanzsektors nicht zu beobachten. Auch wurden die Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie etwas besser als im Durchschnitt der neunziger Jahre (77%) ausgelastet. Etwas schwächer als die Ausrüstungsinvestitionen stiegen die Bauinvestitionen, die etwa zwei Drittel der Bruttoanlageinvestitionen ausmachen. So schränkte die öffentliche Hand ihre Investitionen im Verlauf als Reaktion auf ihre Finanzlage ein. Beim industriell-gewerblichen Bau ließ der Schwung der Vorjahre erheblich nach, zumal vielfach die Leerstände bei Gewerbeimmobilien zunahmen und die Entwicklung der Mieten zu kippen begann. Demgegenüber ist der Wohnungsneubau zwar nochmals kräftig ausgeweitet worden, doch gingen die diesem gegenüber gewichtigeren Renovierungen als Folge steuerlicher Förderungen während der späten neunziger Jahre zurück.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen ist um 1% gesunken. Allerdings bestand zu Beginn des Jahres ein beträchtlicher Unterhang, und im ersten Quartal ging die Ausfuhr nochmals kräftig zurück. Anschließend kam es im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung zu einem raschen Anstieg, der jedoch schon im vierten Quartal vor allem infolge der erlahmenden Europa-Konjunktur endete. Die Export-Performance der Wirtschaft verschlechterte sich weiter. Das gilt nicht nur gegenüber der immer spürbarer werdenden chinesischen Konkurrenz, sondern auch gegenüber fast allen anderen westeuropäischen Ländern. Die Ursache liegt in den überdurchschnittlich hohen Lohnstückkosten, mitbedingt durch sinkende Arbeitsproduktivität. Zudem spielte die rasche Abwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro eine Rolle, wovon auch der Ausländertourismus merklich betroffen war. Die **Einfuhr** wurde im Zuge der lebhafter expandierenden Inlandsnachfrage um 1,5% ausgeweitet. Trotz verbesserter Terms of Trade errechnete sich erstmals seit 1992 ein Fehlbetrag (0,3% des BIP) der **Leistungsbilanz**. Sinkenden Aktivsalden der Handels- und der Tourismusbilanz standen steigende Defizite der anderen Komponenten gegenüber.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage weiter, wenn auch weniger rasch als in den beiden Vorjahren. Die Be-

schäftigung wurde um 1,1% ausgeweitet, wobei sich weiterhin die stimulierenden Effekte der vorsichtig liberalisierten Arbeitsgesetze u.a. in einer fortgesetzten Zunahme sowohl der Teilzeitbeschäftigung als auch der Zahl befristeter Anstellungsverträge zeigen. Vor allem im privaten Dienstleistungssektor und in der Bauwirtschaft wurden die Belegschaften aufgestockt, doch stellte auch die Industrie erstmals seit 1998 per saldo Kräfte ein. Die Arbeitslosenquote ist im Schnitt des Jahres auf 9% gesunken.

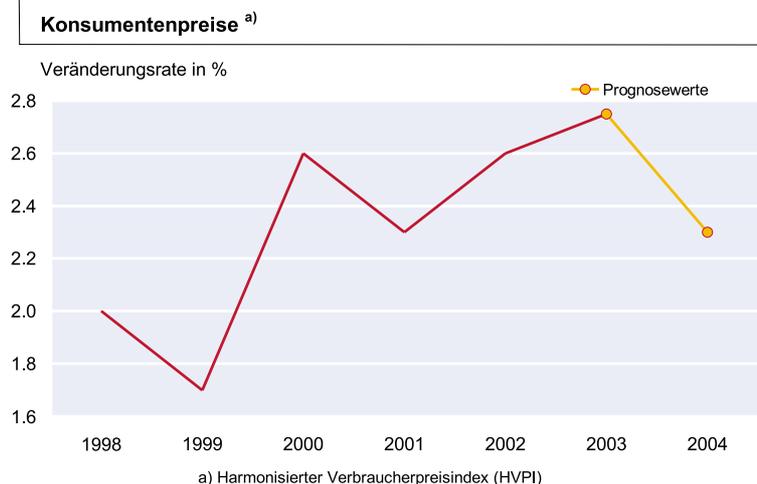
Die Preisentwicklung war von einem Teuerungsschub zu Jahresbeginn und einem anschließend zwar schwächeren, aber stetigen Auftrieb gekennzeichnet, obwohl die Preise für öffentliche Dienstleistungen während der letzten vier Monate vielfach eingefroren wurden und die Energiepreise stabilisierend wirkten. Die Einführung des Euro-Bargelds wurde vor allem von Hotels und Gaststätten zu kräftigen Preiserhöhungen genutzt, obwohl die Behörden verschiedentlich Kontrollen durchführten. Die **Konsumentenpreise** (HVPi) lagen um 2,6% über dem Niveau des Vorjahres. Die Rate übertrifft den westeuropäischen Durchschnitt (2%) deutlich. Der inflationäre Effekt der Einführung des Euro-Bargelds wird unterschiedlich beziffert. Während das Industrieministerium 0,2 Prozentpunkte des Preisanstiegs errechnete, kommen Zentralbank und Statistisches Zentralamt auf annähernd einen Prozentpunkt.

Wirtschaftspolitik

Entsprechend dem für die Jahre 2003/2005 entwickelten Konzept stellt die Regierung auf weiteren strukturellen Wandel und deutliches Wirtschaftswachstum ab. Die Strukturveränderungen werden allen Notwendigkeiten zum Trotz in dem seit Jahren üblichen gemessenen Tempo, also in kleinen Schritten vorankommen – der große Wurf wird jedoch ausbleiben. Denn man bleibt bestrebt, möglichst im Konsens zu handeln und die engen Grenzen des Möglichen nicht zu überschreiten. Das gilt gerade für die wichtigsten Punkte: das Arbeitsrecht, die Sanierung der Sozialversicherung, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen begleitet von einer Steuerreform zur Verringerung der Abgabenbelastung. Weitere Teile der Schattenwirtschaft sollen zum Auftauchen gebracht, die Privatisierung staatlicher Unternehmensanteile fortgeführt und Liberalisierungen sowie Deregulierungen forciert werden. Ferner sind mittelfristig steigende öffentliche Infrastrukturinvestitionen geplant. Auf kurze Sicht erhält die Konjunktur von der Wirtschaftspolitik insgesamt nur geringe Anregungen. Zwar stimuliert die Geldpolitik noch bis weit in das Jahr 2004 hinein, und der nachlassende Preisauftrieb ermöglicht steigende Reallöhne. Auch dürfte die Fi-

nanzpolitik leichte Anstöße geben. Doch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar bremst, wenn auch im kommenden Jahr mit abnehmender Intensität.

Von der **Geldpolitik** bekommt die Konjunktur im laufenden Jahr und bis weit nach 2004 hinein deutliche Anregungen. Dabei hält die Europäische Zentralbank (EZB) seit Mai 2003 nicht mehr an ihrem Ziel, einem Anstieg der Konsumentenpreise im Euroraum auf mittlere Sicht von unter 2% p.a. im Jahresdurchschnitt, fest (nunmehr soll die Inflationsrate mittelfristig »nahe zwei Prozent« liegen). Dieses war in den letzten Jahren – mit Ausnahme von 1999 – regelmäßig überschritten worden, weshalb die monetäre Lockerung im Gefolge der Ereignisse vom 11. September 2001 weniger ausgeprägt war als in den USA, wo die Notenbank neben dem Ziel der Geldwertstabilisierung auch zur Förderung des Wirtschaftswachstums verpflichtet ist. Allerdings hatte die EZB bereits im Mai 2001 ihren zuvor deutlich restriktiven Kurs gelockert, obwohl der durch massive Rohölvertierung, Dollaraufwertung sowie durch die Tierseuchen MKS und BSE verursachte Preisschub noch nicht ausgestanden war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße für die Geldpolitik dienenden Geldmenge M3 das Ziel von 4,5% p.a. deutlich übertraf. Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Auch 2002 lag die Ausweitung mit 7,2% (im Mai 2003 um 8,5% über dem Niveau vom Mai 2002) deutlich über dem Richtwert – Liquidität zur Finanzierung eines Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Der Leitzins war im Mai 2001 um 1/4 Prozentpunkt auf 4,5% und danach in mehreren Schritten im Schulterschluss mit Zentralbanken in Europa und in den USA auf 3,25% gesenkt worden. Im Dezember 2002 wurde er auf 2,75%, im März 2003 auf 2,5% und im Juni auf 2% herabgesetzt. Hiervon wird die Konjunktur heuer spürbar gestützt. Und selbst wenn es zu keiner weiteren monetären Lockerung kommt, wird der monetäre Impuls infolge der üblichen zeitlichen Verzögerung bis weit nach 2004 hinein reichen. Für **Italien** sind die Zinsen mit Blick auf das Wirtschaftswachstum zu hoch, aber



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

gemessen an den stabilitätspolitischen Erfordernissen etwas zu niedrig. Auch wird die bei 2 1/2% liegende Teuerung weiterhin stärker sein als im westeuropäischen Durchschnitt. Dies, obwohl der Euro 2002 in Relation zum Vorjahr gegenüber dem US-Dollar um 5,6%, gegenüber dem Yen um 8,6% und gegenüber dem Pfund Sterling um 1,1% an Wert gewonnen hat. Im Juni 2003 betrug die Aufwertung gegenüber dem US-Dollar im Vorjahresvergleich 22,2%, wobei der Euro-Kurs das Niveau der Jahre 1997 und 1998 erreichte, dieses zuletzt jedoch wieder deutlich unterschritt. Zur Aufwertung haben neben der Zinsdifferenz gegenüber den USA und deren hohen Leistungsbilanz- und Haushaltsdefiziten, wachsende Zweifel an der amerikanischen Wirtschaft sowie die im Zuge der Irak-Krise Europa zugefallene Funktion eines »save haven« für internationales Kapital beigetragen. Sollte die EZB die geldpolitischen Zügel ab Mitte kommenden Jahres allmählich wieder straffen, dann hat das erst 2005 konjunkturdämpfende Auswirkungen.

Die **Finanzpolitik** ist konjunkturneutral ausgerichtet, dürfte die Konjunktur indes heuer etwas, 2004 aber kaum noch stützen. Die für beide Jahre angestrebten Konsolidierungsziele werden verfehlt, 2004 möglicherweise die 3-Prozent-Marke überschritten. Die Bekenntnisse zur Aufrechterhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes kontrastieren mit den verschiedenen, oft im Schulterschluss mit Frankreich unternommenen Versuchen, diesen aufzuweichen; jüngst wurde vorgeschlagen, die Forschungsausgaben bei der Berechnung der Staatsdefizite auszuklammern. Die Konsolidierungsorientierung wird beibehalten, doch ermangelt sie der Nachhaltigkeit, wie die seit einiger Zeit im Schwange befindlichen Einmal-Aktionen zur Verbesserung der Einnahmen zeigen. Auch die Glaubwürdigkeit wird beschädigt, denn es ist nicht zu sehen, wie die angekündigte Forcierung der im »Piano decennale per le grande opere« vorgesehenen großen öffentlichen Investitionsprojekte angesichts des sehr gering angesetzten realen Anstiegs der Staatsausgaben erreicht werden soll. Vor allem aber schafft man es nach wie vor nicht, mit strukturellen Maßnahmen bei der Ausgabenseite anzusetzen, also in erster Linie im brisanten Renten- und Gesundheitsbereich. Der Staatshaushalt 2003 sieht einen Rückgang der Staatsverschuldung auf 1,5% des BIP (nach 2,3% im Jahre 2002; unter Ausklammerung von Einsparungen bei den Zinsen und Una-tantum-Maßnahmen wie Fluchtgeldamnestie und Immobilienverkäufen hätten sich 4% errechnet) vor. Geplant sind Ausgabenkürzungen (gegenüber dem mittelfristigen Finanzplan) von 20 Mrd. €, u.a. durch geringere Zuweisungen an die Regionen (die vermutlich entsprechend Steuern und Abgaben erhöhen) und Abstriche an den Verwaltungskosten. Ferner soll die Verwaltung bei Käufen von Gütern und Diensten sowie bei Subventionen erheblich sparen. Außerdem sinkt der Aufwand für die Verzinsung der Staatsschuld wiederum beträchtlich. Gleichzeitig wurde jedoch die bereits für 2002 vorgesehene Senkung der Einkommensteuer für Geringverdiener so-

wie der Körperschaftsteuer Irpeg (von 36 auf 34%) um insgesamt reichlich 6 Mrd. € realisiert. Auf der Einnahmenseite sollen die Erträge aus Privatisierungen und Liegenschaftsverkäufen oder deren Verbriefung steigen. Beträchtliche weitere »Una tantum«-Erträge verspricht man sich auch von den mittlerweile 15 verschiedenen Steueramnestien (u.a. für hinterzogene Einkommen-, Vergnügungs-, Mehrwert-, betriebliche Vermögen-, Kfz-Steuern). Die Deklarierungsfrist endet nach mehrfacher Verlängerung am 16. Oktober 2003, für den »Scudo fiscale bis« (2002 hatte es schon eine derartige Amnestie gegeben) am 30. September 2003. Auch dieser gewährt die Möglichkeit zur Legalisierung von im Ausland liegendem undeklariertem Vermögen (amtlich spricht man von umgerechnet 500 Mrd. €) nun einschließlich der Unternehmen, was der Legalisierung von Geldwäsche gleichkommt. Wer hiervon Gebrauch macht, zahlt 2,5% des Wertes. Die bisherige große Resonanz auf die vielen Amnestien seitens der Delinquenten lässt erwarten, dass die hieraus fließenden Einnahmen den Etatansatz von 8 Mrd. € um fast das Doppelte übertreffen. Die letztjährige Fluchtgeldamnestie hatte zur Rückführung oder Offenlegung von ca. 60 Mrd. € geführt, darunter etwas mehr als die Hälfte aus bzw. in der Schweiz. »Scudo fiscale bis« hat bis Mitte Mai jedoch erst 10,5 Mrd. € eingebracht. Der Erfolg wäre vermutlich größer gewesen, wenn die »Scudi fiscali« durch einen mäßigen Steuersatz auf Kapitalerträge flankiert worden wären, wie ihn Belgien und Österreich kennen und wie er in Deutschland geplant ist. Steueramnestien verschiedener Art hatte es bisher schon gegeben. Allerdings provoziert deren zuletzt große Zahl und hohe Kadenz zu Recht Kritik im In- und Ausland. Die Einnahmen hieraus werden jedoch dringend benötigt. Denn das Budget 2003 basiert auf einem unrealistisch hoch angenommenen Wirtschaftswachstum von 2,3%. Statt der geplanten 1,5% des BIP dürfte das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand bei 2 3/4% liegen, und das auch nur mit Hilfe eines Nachtragshaushalts. Die Staatsverschuldung dürfte nicht weiter sinken und etwa dem Stand von 2002 (106,7% des BIP) entsprechen. Sie war Ende 2002 durch eine umfängliche Konversion von bei der Zentralbank liegenden Staatspapieren gedrückt worden. Das wäre – vor Belgien und Griechenland – die höchste Schuldenquote aller westeuropäischen Länder.

Die **Einkommenspolitik** leidet ebenfalls unter den Differenzen zwischen den Gewerkschaftsverbänden. So konnte in der Privatwirtschaft kein gemeinsamer Lohntarifvertrag für die Jahre 2003 und 2004 ausgehandelt werden. Doch haben z.B. die gemäßigten Gewerkschaftsverbände CISL und UIL mit Federmeccanica, dem Verband der metallverarbeitenden Industrie, ein von Mitte 2003 bis Ende 2004 terminiertes Abkommen geschlossen. Dieses sieht für die beiden Jahre Lohnhöhungen von jeweils 4,3% vor. Hierbei wurde die regierungsseitige Inflationsprognose von 1,4% (2003) und 1,3% (2004) übernommen. Das heißt, es wird jeweils in den Folgejahren auf Branchen- und Betriebsebene zu

mehr oder minder hohen Nachforderungen kommen, da die Teuerung mit Sicherheit stärker sein wird. Dieser Abschluss markiert den oberen Rand der italienischen Lohnanhebungen. Im Durchschnitt dürften die Löhne heuer um 3¹/₂% steigen, also wieder stärker als im westeuropäischen Durchschnitt. Da die Produktivität neuerlich unterdurchschnittlich zunimmt, bedeutet dies eine Verschlechterung der ohnehin angeschlagenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Energiepolitisch wird es auf dem Elektrizitätssektor nach jahrelanger Untätigkeit eng. Im Juni dieses Jahres kam es für Privathaushalte und Unternehmen infolge der großen Hitze zu zahlreichen Stromabschaltungen, da die eigenen Kapazitäten (offiziell 77 000 Megawatt, tatsächlich wegen Umrüstung, Umbau, Umweltbelastung etc. de facto vermutlich nur 49 000 MW) und die Importmöglichkeiten den Bedarf nicht mehr decken konnten. Seit annähernd zwei Jahrzehnten wurden keine neuen Kraftwerke mehr errichtet. Aus der Atomenergie ist man Ende der achtziger Jahre ausgestiegen und hat sich darauf verlassen, dass die stetig wachsende Produktionslücke durch Importe (überwiegend aus Frankreich) gedeckt werden kann. Auch liegen die Stromtarife für Unternehmen trotz angelaufener Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes um etwa die Hälfte über dem westeuropäischen Durchschnitt, was deren internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Zwar ist in letzter Zeit der Bau von drei Energiezentralen in Angriff genommen worden. 16 weitere Projekte sind genehmigt, doch stockt die Realisierung, weil die Investoren erst die gesetzliche Ausformung der weiteren Liberalisierung des Strommarktes abwarten wollen. Wenn diese endlich fixiert ist, könnte es als Ergebnis der bei den über 1 000 kommunalen Stromerzeugern laufenden Fusionswelle zu weiteren Kraftwerksprojekten kommen. Die staatlich kontrollierte ENEL, der etwa die Hälfte der Kraftwerkskapazität gehört, will neue Kraftwerke auf Kohlebasis errichten, wie überhaupt die Abhängigkeit von Erdöl und Gas verringert werden soll.

Ordnungspolitisch geht es weiter langsam voran. Neben Deregulierungen und Liberalisierungen kommt es indes auch immer wieder zu wettbewerbswidrigen Maßnahmen, wie z.B. das Mitte 2002 erfolgte Eingreifen zugunsten des sich in einer schweren Krise befindenden FIAT-Konzerns (Anteil am italienischen PKW-Markt etwa 30%).

Die Deregulierung der **Arbeitsgesetzgebung** ist auch unter der Regierung Berlusconi nicht wesentlich schneller voran gekommen als bisher. Die stetige Besserung der Arbeitsmarktlage während der letzten Jahre ist fast gänzlich den Deregulierungen des 1998 geschlossenen »Pacto Treu« zu danken. Das im Juni 2003 vom linken politischen Spektrum und dem diesem nahestehenden Gewerkschaftsverband CGIL lancierte Referendum für eine Ausdehnung des ohnehin rigiden Kündigungsschutzes auf Unternehmen mit bis zu 15 Arbeitnehmern erreichte nicht einmal das Quo-

rum. Damit wurde der Weg für weitere Minireformen der Arbeitsgesetzgebung frei, nachdem Anfang 2003 bereits kleine Fortschritte erzielt worden waren: Die wenig effiziente monopolistische staatliche Stellenvermittlung wird privatisiert, Jobsharing, Beschäftigung auf Abruf und Job-Leasing werden zugelassen. Aber auch diese neuen Anstellungsformen sind stark reglementiert ebenso wie die neuerdings erleichterte Teilzeitarbeit. Allmähliche Flexibilisierung des Arbeitsmarktes geht also mit zusätzlicher Reglementierung einher.

Die **Privatisierung** ist 2002 ins Stocken geraten, nachdem zwischen 1993 und 2001 durch die vollständige oder teilweise Veräußerung staatseigener Unternehmen reichlich 120 Mrd. € Erlöst werden konnten. Damit wurde ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen geleistet. Doch gab der Staat nur in etwa einem Drittel der Fälle die Kontrolle der Firmen aus der Hand und kontrolliert jetzt immer noch 21 Großunternehmen. Bei den kommenden Teilprivatisierungen will man ebenso verfahren, etwa beim Schiffbauunternehmen Fincantieri, der Fährreederei Tirrenia, dem Elektrizitätskonzern ENEL, dem Mineralölkonzern ENI sowie dem notorischen Verlustbringer Alitalia. Die restliche Beteiligung an Telecom Italia soll jedoch gänzlich abgestoßen werden. Staatsbahnen, Post werden hingegen noch lange voll in staatlichem Besitz bleiben. Aktuell ist derzeit die gänzliche oder teilweise Privatisierung des Flughafens Mailand sowie von sechs kleineren Flugplätzen (u.a. Bologna, Palermo, Pisa). Der gänzliche Verkauf der Tabak-Regie ETI läuft jetzt an und wird der Staatskasse mindestens 1,2 Mrd. € bringen.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden angenommen: In den **USA** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₄%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um ca. 1%. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um fast 2³/₄% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 1¹/₂% ausgeweitet; für die EU und für den Euroraum ist eine etwa gleich hohe Rate zu erwarten, während es in Deutschland gegenüber 2002 unverändert bleibt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 27,5 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 6%. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,10 bis 1,20 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 3³/₄%.

Die politische und ökonomische **Entwicklung Italiens seit 1945** zeigt besonders starke Schwankungen: Das »Miracolo economico« in den fünfziger, die Expansionsabschwächung in den sechziger, der allgemeine Niedergang in den

siebziger Jahren sowie die erstaunliche Revitalisierung ab 1983. Die verschiedenen fast existenzbedrohenden Phasen konnten im Rahmen der Verfassung gemeistert werden, wenn auch unter Hinnahme sehr hoher öffentlicher Finanzierungsdefizite (1985: 12,7% des BIP) und einer bis 1994 auf 123,8% des BIP gestiegenen Staatsverschuldung. Diese ist zuletzt auf 106,7% geschrumpft, und die jährlichen Fehlbeträge sind auf unter 3% gesunken. Gleichzeitig ist der einst übermächtige und starre staatliche Wirtschaftssektor durch Privatisierungen erheblich ausgedünnt und die industriepolitische »Programmazione« aufgegeben worden. Gleichzeitig wurde – oft genug mit gehörigem Nachdruck aus Brüssel – vieles liberalisiert und dereguliert, einschließlich des Arbeitsrechts. Anfang 2004 tritt ein grundlegend modernisiertes Gesellschaftsrecht in Kraft. Aber die bisherigen Schritte erfolgten zu langsam und waren zu kurz. Drängend sind vor allem tief greifende strukturelle Reformen von Sozialstaat und Arbeitsmarkt. Hiervon hängt auch die weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ab, die schnellere Fortschritte und vor allem solidere Maßnahmen als bisher erfordert. Hinzu addieren sich u.a. in der Energiepolitik schwere Versäumnisse, wie die seit fast zwei Jahrzehnten gefährdete Elektrizitätsversorgung zeigt. Eine Beschleunigung des Reformtempos ist nicht abzusehen, auch weil der Organisationsgrad der Arbeitnehmer mit 35% hoch ist und die einflussreichen Gewerkschaftsverbände Deregulierungen nur zögerlich zustimmen. Ohne deren Kooperation geht es aber auch nicht, wie im April dieses Jahres der erste Generalstreik seit 20 Jahren zeigte, der sich gegen eine weitere Liberalisierung des Arbeitsmarktes richtete. Italien dürfte somit weiter an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verlieren, das Wirtschafts- und Produktivitätswachstum (obwohl die 20 tarifvertraglichen Urlaubstage deutlich unter dem westeuropäischen Durchschnitt liegen) relativ gering und der Preisauftrieb verhältnismäßig rasch bleiben wird. Dies auch, weil nur rund 1% des BIP für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden, gegenüber 2% im westeuropäischen Durchschnitt. Zudem ist Italien für ausländische Direktinvestitionen eines der unattraktivsten Länder Westeuropas, was auch mit der langsam und kompliziert arbeitenden Verwaltung, dem längst überholungsbedürftigen Rechtswesen und der verhältnismäßig hohen Steuer- und Abgabenlast zusammenhängt. Letztere ist jedoch auch im Zusammenhang mit dem, trotz jahrzehntelanger staatlicher Unterstützungszahlungen entwicklungsmäßig weiter erheblich nachhinkenden Mezzogiorno zu sehen – womit sich Parallelen zur Lage in Deutschland aufdrängen. Andererseits kommt die Restrukturierung der Großunternehmen, auch der staatlich kontrollierten, gut voran (wenn man einmal von Krisenfall FIAT absieht), und der Finanzsektor zeigt sich ordentlich fundiert. Breit ist nach wie vor die Schicht der international wettbewerbsfähigen mittelständischen Unternehmen. Die vielen Kleinunternehmen sind ungebrochen vital und wendig (vielfach als Teil der in einer Größenordnung von einem Viertel des BIP vermuteten »Economia sommersa«,

deren weitgehende Duldung eine bedeutende angebotspolitische Komponente der Wirtschaftspolitik bildet). Vielfach wird übersehen, dass es hauptsächlich diese beiden Bereiche sind, welche interne und externe Schocks aufzufangen haben.

Die **konjunkturelle Entwicklung in Italien** hat nach dem durch »Tremonti Bis« gepuschten Produktionsschub im zweiten Halbjahr 2002 im ersten Quartal annähernd stagniert. Klimaindikatoren und Auftragseingänge lassen auf eine Stagnation im zweiten Quartal schließen. Diese Entwicklung resultiert nicht nur aus dem flauen weltwirtschaftlichen Umfeld sowie aus den Unsicherheiten und Energiepreisteigerungen im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt, sondern auch aus der Befristung von »Tremonti Bis« auf Ende 2002. Wie bei früheren Investitionsprogrammen dieser Art folgt auf den hierdurch ausgelösten Schub ein Rückgang, weil ohnehin geplante Investitionen vorgezogen werden, die anschließend fehlen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte lediglich um $\frac{1}{2}\%$ expandieren (die Regierung hatte vorigen Herbst noch mit 2,3% gerechnet, die Erwartungen jedoch mehrmals nach unten revidiert), zumal die Wirtschaftspolitik nur sehr geringe Anregungen gibt und erst allmählich Impulse aus dem Ausland kommen. Die Rate könnte indes noch niedriger ausfallen, falls die derzeitige Dürreperiode anhält und vor allem in Oberitalien über die Landwirtschaft hinaus noch andere Wirtschaftsbereiche in Mitleidenschaft gezogen werden. Bereits jetzt ist ein Drittel der italienischen Ernte verloren. Nachfrage und Produktion dürften sich im Laufe des zweiten Halbjahrs nur langsam beleben, vor allem weil dann die Ausfuhr zunehmend aufwärts tendiert und sich die Investitionstätigkeit langsam normalisiert. Der private Konsum dürfte trotz wieder steigender Reallöhne wenig beschleunigt ausgeweitet werden, und der öffentliche Verbrauch expandiert nicht wesentlich langsamer als im Jahr zuvor. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Lage etwas, da die Beschäftigung im Verlauf nicht mehr zunimmt. Die Arbeitslosenquote erhöht sich auf $9\frac{1}{4}\%$ im Jahresdurchschnitt. Der Preisauftrieb wird zwar langsamer, doch steigen die Konsumentenpreise mit $2\frac{3}{4}\%$ im Schnitt des Jahres erneut spürbar stärker als im westeuropäischen Mittel.

Der **private Konsum**, auf den 60% des BIP entfallen, dürfte lediglich um $\frac{3}{4}\%$ ausgeweitet werden, obwohl zu Jahresbeginn ein beträchtlicher Überhang besteht. Doch beruht dieser auf einer durch Steuersenkungen stimulierten Sonderkonjunktur beim Automobilabsatz. Diese ließ schon im ersten Quartal nach, an dessen Ende die Vergünstigungen ausliefen. Im zweiten Quartal kam es zu einem massiven Einbruch, und es ist nicht so bald mit einer Erholung zu rechnen, obwohl die Zinsen niedrig sind. Hierauf lässt auch das schlechte auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobene Konsumklima schließen. Zur gedrückten Stimmung trugen auch die Massenentlassungen bei FIAT, traditionell eines der italienischen Vorzeigeunternehmen, bei.

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2001	2002	2003 ^{a)}				2004 ^{a)}			
			ISAE ^{b)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}	ISAE ^{b)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}
Bruttoinlandsprodukt	1,8	0,4	1,2	0,7	1,0	1,0	2,2	1,7	2,1	2,4
Inlandsnachfrage	1,8	1,1	1,5	1,5	1,5	0,8	2,3	2,3	2,1	2,3
Privater Verbrauch	1,0	0,4	1,5	1,3	1,8	1,0	2,1	2,2	2,2	2,4
Staatsverbrauch	3,6	1,7	0,5	1,2	1,8	1,2	0,8	0,7	0,8	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	0,5	2,3	0,2	1,7	1,1	3,9	3,1	3,1	3,5
Exporte ^{f)}	1,1	- 1,0	3,0	0,2	2,8	4,4	5,9	4,5	6,0	5,5
Importe ^{f)}	1,0	1,5	4,0	2,9	4,6	3,8	6,4	6,3	6,1	5,4
Industrieproduktion (ohne Bau)	- 1,1	- 1,4	n.a.	- 0,1	n.a.	n.a.	n.a.	1,8	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVP)	2,3	2,6	2,5	2,5	2,4	2,3	2,1	1,6	1,9	1,9
Arbeitslosenquote	9,4	9,0	9,1	8,9	9,1	9,2	8,7	8,8	8,8	8,9
Leistungsbilanz ^{g)}	0,3	- 0,3	- 0,8	- 1,1	- 0,6	- 0,1	- 1,0	- 1,1	- 0,5	0,0
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	- 2,6	- 2,3	- 2,2	- 2,4	- 2,3	- 2,4	- 3,0	- 2,8	- 3,1	- 2,8

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Istituto di Studi e Analisi Economica, Rom, vom März 2003. – ^{c)} Associazione PROMETEIA, Bologna, vom Juni 2003. – ^{d)} Kommission der EU, Brüssel, vom April 2003. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2003. – ^{f)} Güter und Dienstleistungen. – ^{g)} In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Dämpfend wirken auch die von öffentlichen Institutionen und Konjunkturbeobachtern laufend herunterrevidierten Konjunkturprognosen. Ferner nimmt die Beschäftigung im Verlauf nicht mehr zu, und es ist mit einem weiteren Anstieg der Sparquote (2002: 16,3%) zu rechnen. Damit verpufft ein Teil der Reallohnerrhöhung von etwa 1%. Neben der Absatzflaute bei Neuwagen dürften auch die Verkäufe von Einrichtungsgegenständen zur Schwäche neigen, da der Wohnungsneubau zurückgeht. Unterhaltungselektronik wird hingegen sehr lebhaft nachgefragt. Der **öffentliche Verbrauch**, auf den 19% des BIP entfallen, dürfte um 1 1/2% zunehmen.

Bei den **Bruttoanlageinvestitionen** (Anteil am Bruttoinlandsprodukt 20%), die gegenüber 2002 um 3/4% zurückgehen dürften, setzt sich die vorjährige, durch »Tremonti Bis« verursachte Verzerrung fort, nur mit umgekehrtem Vorzeichen, wie der Einbruch bei den Auftragseingängen im März zeigte. Das gilt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen. Die in das Jahr 2002 vorgezogenen Investitionen fehlen jetzt, mit der Folge eines kräftigen Rückgangs. Erst gegen Ende des Jahres ist eine Tendenz zur Normalisierung wahrscheinlich, gefördert durch gesunkene Zinsen, fortschreitende Restrukturierungsfortschritte bei den Unternehmen und das sich aufhellende internationale Umfeld mit günstigen Effekten für die Absatz- und Ertrags Erwartungen. Zudem lag die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie trotz eines längeren Rückgangs zuletzt mit 75,6% erst wenig unter dem langjährigen Durchschnitt von 77%. Mit Erweiterungsinvestitionen ist gleichwohl kaum zu rechnen, und die Unternehmen konzentrieren sich auf die Rationalisierung sowie auf den Ersatz veralteter Anlagen, auch um die im internationalen Vergleich weiter überdurchschnittlich steigenden Lohnkosten wenigstens teilweise zu kompensieren. Für die Bauinvestitionen zeichnet sich nach dem kräftigen Aufschwung der Jahre 1997 bis 2002 eine

Flaute ab, weil steuerliche Anreize entfallen. Das gilt in erster Linie für den industriell-gewerblichen Bau, wo das Tief bei den Ausrüstungsinvestitionen, zunehmende Leerstände und sinkende Mieten das Investitionsklima belasten und der Bedarf an Hotelbauten nach dem starken Anstieg der Vorjahre zunächst gesättigt ist. Der Wohnungsneubau nimmt trotz gesunkener Hypothekenzinsen nur noch wenig zu (worauf die Baugenehmigungen hindeuten); die Expansionsraten hatten in den Jahren 2000/2002 zwischen 6,2 und 8,5% gelegen. Bei Renovierungen macht sich das Auslaufen steuerlicher Fördermaßnahmen Ende Juni 2003 bemerkbar. Nach dem Boom der Vorjahre expandieren die Investitionen im Telekommunikationssektor verlangsamt. Demgegenüber will die öffentliche Hand ihre Bauinvestitionen stärker ausweiten als im vergangenen Jahr.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen, mit einem Anteil am BIP von 28%, dürften lediglich um 1% expandieren. Nach einer leichten Verbesserung um die Jahreswende 2002/2003 beurteilten die Unternehmen ihre Bestände an Exportaufträgen so schlecht, dass für das Sommerhalbjahr mit einer Exportrezession gerechnet werden muss. Erst gegen Jahresende ist im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung mit einer spürbaren Besserung zu rechnen. Als schwerwiegender, aber temporärer Faktor wirkt die konjunkturelle Flaute in Westeuropa, wo 2002 57% der Warenausfuhr abgesetzt wurden. Zudem schlägt die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar heuer besonders retardierend zu Buche. Einem längerfristigen Trend folgend, macht sich die sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit, vielfach auch technologischer Rückstand, dämpfend bemerkbar. Die **Einfuhr** nimmt entsprechend der flauen Inlandsnachfrage lebhafter zu als der Export, so dass die **Leistungsbilanz** trotz spürbar verbesserter Terms of Trade eine bei 1/2% des BIP liegenden Fehlbetrag ausweisen dürfte.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechtert sich die Lage, wobei die Industrie Arbeitsplätze zumindest im bisherigen Ausmaß abbaut und im Dienstleistungsbereich nicht mehr so viele zusätzliche Stellen wie bisher geschaffen werden. Dem jahrelangen Anstieg der Beschäftigung folgt heuer eine Stagnation im Verlauf. Dies, obwohl einem Aufruf der Regierung folgend, etwa 650 000 Beschäftigte aus der Schattenwirtschaft (was ca. 3% der offiziell Beschäftigten entspricht) ihre Legalisierung beantragt haben; allerdings werden die Ansuchen von der Verwaltung so schleppend bearbeitet, dass die Zahl der offiziell Beschäftigten hierdurch kaum beeinflusst wird. Und die Anfang des Jahres erfolgte weitere Liberalisierung des Arbeitsmarktes dürfte ihre arbeitsschaffende Wirkung wegen der flauen Konjunkturentwicklung noch nicht entfalten. Da die Erwerbsbevölkerung auch durch Zuwanderung weiter steigt, erhöht sich die Arbeitslosenquote auf 9¹/₄% im Jahresdurchschnitt.

Nachdem die Preise zunächst gesunken waren, haben sie im März/April spürbar angezogen, wesentlich bedingt durch steigende Energiepreise im Vorfeld des Irak-Konflikts. Seither ist eine Tendenz zur Beruhigung des Preisauftriebs zu erkennen, bei der es vor allem dank stabilisierender Importpreise auch für den Rest des Jahres bleiben dürfte. Hierauf lässt auch die Entwicklung der Erzeugerpreise schließen. Allerdings sind infolge der lang anhaltenden Dürre die Obst- und Gemüsepreise zuletzt um rund 50% gestiegen. Auch auf anderen Gebieten sind dürrebedingt kräftige Preissteigerungen zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt liegen die **Konsumentenpreise** (HVPI) um 2³/₄% über dem Niveau von 2002.

Wirtschaftsentwicklung 2004

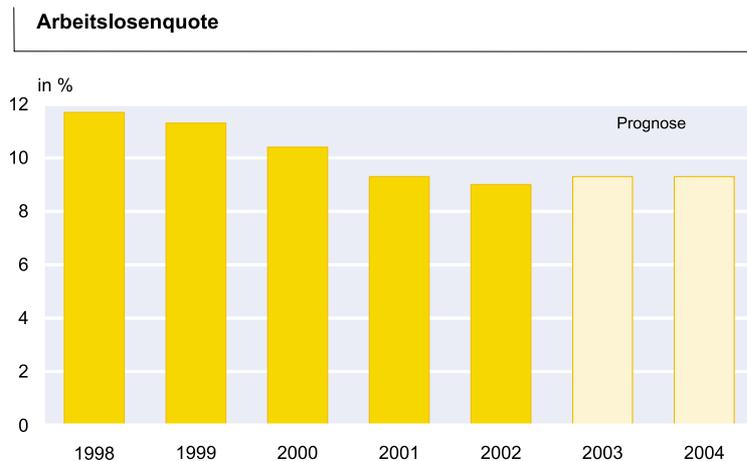
Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3¹/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 1¹/₄% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3¹/₄%. In **Westeuropa** und der EU erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%; im Euroraum expandiert es fast so stark und in Deutschland um 1³/₄%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 26 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 8% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,10 bis 1,20 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 6¹/₂% ausgeweitet werden.

In **Italien** nehmen Nachfrage und Produktion leicht beschleunigt zu, wesentlich stimuliert von der anziehenden Weltkonjunktur, während die Wirtschaftspolitik kaum An-

stöße gibt. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um 1¹/₂% expandieren. Am kräftigsten erholt sich die **Ausfuhr**, aber auch die Bruttoanlageinvestitionen überwinden die Schwächephase. Der private Konsum nimmt etwas rascher, der Staatsverbrauch langsamer zu als 2003. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage erst im späteren Verlauf des Jahres, so dass die Arbeitslosenquote mit 9¹/₄% im Jahresdurchschnitt konstant bleibt. Die Verbraucherpreise steigen moderat und liegen um ca. 2¹/₄% über dem Niveau von 2003. Das Defizit der Leistungsbilanz vergrößert sich erneut.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen expandiert um 4¹/₄%, was im Verlauf eine deutliche Beschleunigung bedeutet. Gleichwohl bleibt die Rate unter dem Welthandelswachstum. Ursachen hierfür sind die sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar (wenn auch die Effekte allmählich abklingen), die Krise des Autoproduzenten FIAT und die schwerpunktmäßige Ausrichtung des Exports auf Westeuropa, wo die Konjunktur langsamer Tritt fasst als in anderen Weltregionen. Zunächst springen die Lieferungen hochpreislicher und hochqualitativer Konsumgüter an, bei denen Italien nach wie vor zu den Weltmarktführern zählt. Erst im späteren Jahresverlauf folgen die Produkte des Maschinenbaus (hier ist Italien ebenfalls eine der führenden Exportnationen) mit der Beschleunigung des internationalen Investitionszyklus. Der nach wie vor preissensible Ausländertourismus dürfte auch infolge der flauen Konjunktur in wichtigen Herkunftsländern etwas zurückgehen. Die **Einfuhr** wird nur etwas stärker ausgeweitet als der Export. Bei nur noch wenig veränderten Terms of Trade könnte das Passivum der **Leistungsbilanz** auf 3¹/₄% des BIP steigen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** werden um rund 2% ausgeweitet. Die Erholung basiert ausschließlich auf den Ausrüstungsinvestitionen. Hier klingen die Vorzieheffekte von »Tremonti Bis« ab, und die zyklischen Elemente setzen sich durch: Absatz- und Ertragsaussichten werden optimistischer beurteilt, die Finanzierungsbedingungen sind noch günstig, die Auslastung der Kapazitäten steigt, und es wird forciert in die Rationalisierung investiert, um die Produktivität zu verbessern. Bei den Bauinvestitionen, die etwa die Hälfte der Bruttoanlageinvestitionen ausmachen, ist hingegen trotz niedriger Zinsen ein Rückgang wahrscheinlich. Dieser resultiert aus dem Ende verschiedener, während der letzten Jahre kräftig in Anspruch genommener steuerlicher Förderprogramme; Mitte 2003 ist jenes für Altbausanierung und Renovierungen ausgelaufen. Beim Wohnungsneubau ist ein weiterer Rückgang absehbar. Auch der industriell-gewerbliche Bau wird eingeschränkt, zumal die Leerstände bei Geschäftslokalen und Bürobauten vielfach noch erheblich sind. Der öffentliche Bau (ca. ein Fünftel der Bauinvestitionen) wird hingegen langsam ausgeweitet, wobei die laufenden Infrastrukturprogramme leicht be-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

schleunigt realisiert werden und neue größere Projekte – u.a. der Staatsbahn – anlaufen.

Der **private Konsum** (+ 1³/₄%) erholt sich allmählich lebhafter, stimuliert von den stärker als 2003 steigenden Reallohnen und der im weiteren Verlauf wieder zunehmenden Beschäftigung. Mit dem günstiger werdenden Konsumklima dürfte zudem die Sparquote etwas sinken. Die durch vorangegangene Steuervergünstigungen verursachte Flaute beim Pkw-Absatz wird indes nur langsam überwunden, und die Verkäufe von Einrichtungsgegenständen leiden unter dem rückläufigen Wohnungsneubau. Der **Staatsverbrauch** wird um 1¹/₄% ausgeweitet.

Auf dem **Arbeitsmarkt**, einem Nachläufer der Konjunktur, bessert sich die Situation allmählich, wenn auch die Arbeitslosigkeit zunächst noch steigt. Aber die Beschäftigung nimmt im weiteren Verlauf langsam zu, wobei es sich jedoch ganz überwiegend um Teilzeitstellen handelt; im industriellen Sektor dürfte der Stellenabbau zunächst weitergehen. Die Diskrepanz zwischen Nord- und Süditalien bleibt sehr ausgeprägt. Während im Norden wieder annähernd Vollbeschäftigung herrscht und der Mangel an Fachkräften zunimmt, bleibt die Arbeitslosigkeit im Mezzogiorno sehr hoch. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosenquote bei steigender Erwerbsbevölkerung neuerlich 9¹/₄% betragen.

Der Preisauftrieb bleibt moderat, beschleunigt sich jedoch gegen Ende des Jahres wieder. Dann dürften die Unternehmen versuchen, im Zuge der besseren konjunkturellen Entwicklung ihre vielfach gedrückten Gewinnmargen langsam wieder zu erhöhen. Auch klingen die stabilisierenden Effekte der Euro-Aufwertung ab, und der Anstieg der Lohnstückkosten verlangsamt sich nur allmählich. Sollte die Regierung fortfahren, die finanziellen Zuweisungen an die Regionen und Provinzen zu kürzen, sind zusätzlich Erhöhun-

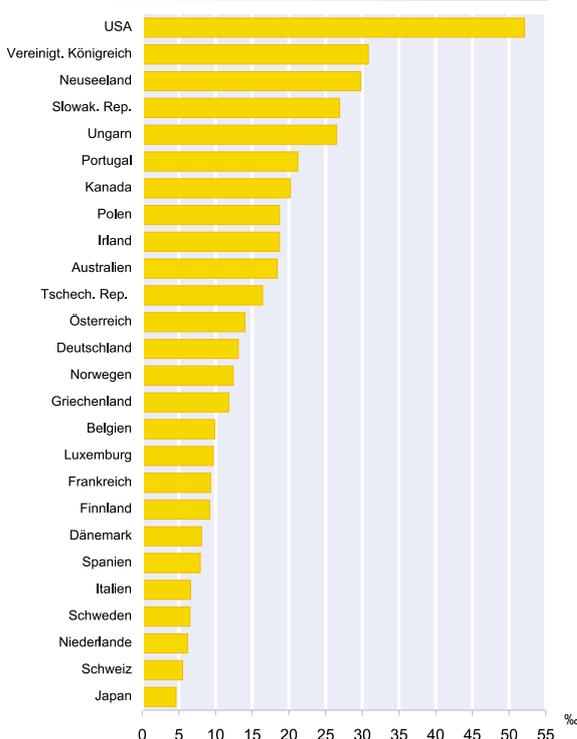
gen von Steuern, Gebühren und administrativen Preisen zu erwarten. Die **Konsumentenpreise** (HVPi) dürften um etwa 2¹/₄% über dem Niveau von 2003 liegen.

Abgeschlossen am 25. Juli 2003

Präsident Bush propagiert die Enthaltsamkeit von Teenagern vor der Ehe. Damit verfolgt er u.a. das Ziel, die Geburtenrate von Jugendlichen zu senken. Diese ist in den Vereinigten Staaten viel höher als in anderen OECD-Ländern. Ende der neunziger Jahre lag die Geburtenrate von Jugendlichen in den Vereinigten Staaten bei 52‰. Von 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren bekamen 52 ein Kind. Auch in Großbritannien und Neuseeland gab es viele jugendliche Mütter. Auf der anderen Seite waren die Geburtenraten von Teenagern in Japan, der Schweiz und den Niederlanden zehnmal niedriger als in den Vereinigten Staaten (vgl. Abb. 1).

Die Geburtenrate von Jugendlichen hängt von vielen Faktoren ab. Die Schwangerschaft ist selten gewollt und häufig auf die Nichtanwendung von Verhütungsmitteln zurückzuführen. Sie hängt auch mit dem Sexualverhalten von Jugendlichen zusammen. Jugendliche haben heute früher Sexualverkehr, als es noch vor wenigen Jahren üblich war. Hinzu kommt, dass der Gebrauch von Verhütungsmitteln und Abtreibungen von Land zu Land unterschiedlich verbreitet ist.

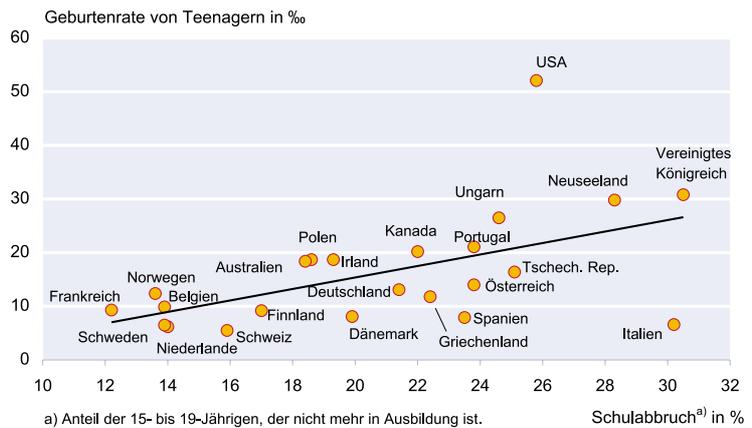
Abb. 1
Geburtenrate von Teenagern 1998^{a)}



a) Geburten von Frauen unter 20 Jahren pro 1000 Frauen im Alter von 15 bis 19.

Quelle: UNICEF (2001), A League Table of Teenage-Births in Rich Countries, Innocenti Report Card, Issue No. 3.

Abb. 2
Geburtenrate von Teenagern und Schulabbruch



Quelle: UNICEF (2001), A League Table of Teenage-Births in Rich Nations, Innocenti Report Card, Issue No. 3; OECD (2000), Education at a Glance, OECD Indicators, Paris.

Abbildung 2 zeigt, dass die Geburtenhäufigkeit von Teenagern auch mit der Abbruchquote in Schulen zusammenhängt. Darüber hinaus ist die Wahrscheinlichkeit ungeschützten Sexualverkehrs umso höher, je niedriger das Ausbildungsniveau der Eltern und je größer deren Armut sind. Auch der Familienstatus spielt für die Anwendung von Verhütungsmitteln eine Rolle. Kinder von allein Erziehenden greifen in geringerem Maße auf diese zurück. Darüber hinaus treiben Jugendliche aus sozial schwachen Familien in geringerem Maße ab als die aus wohlhabenden Familien.

Jugendliche Mütter ziehen ihre Kinder eher allein auf als ältere Mütter und sind eher auf Sozialhilfe angewiesen. Sie vernachlässigen ihre Kinder häufig. Der Schulbesuch ihrer Kinder lässt zu wünschen übrig. Die Politik sollte Jugendliche dabei unterstützen, dass sie nur dann schwanger werden, wenn sie es wünschen. Dann würden Kinder auch eher in einer für ihre Entwicklung förderlichen Umgebung aufwachsen.

W. O.

Wir trauern um unseren Kollegen

Professor Dr. Rainer Fehn

* 13. Januar 1968 † 7. Juli 2003

Die Nachricht von dem plötzlichen Tod von Rainer Fehn traf uns alle wie ein Schock. Eine schwere Krankheit beendete jäh eine junge und aussichtsreiche Forscherkarriere. Erst im vergangenen Jahr war Professor Fehn an die Volkswirtschaftliche Fakultät der LMU berufen worden und trat am 1. September seinen Dienst im Center for Economic Studies an. Neben der Tätigkeit für die Universität übernahm Rainer Fehn die Position eines Forschungsdirektors am ifo Institut und wurde zum zukünftigen Leiter des Bereichs Branchen, Industrieökonomik und Strukturwandel bestellt. Er sollte diese Stelle im Herbst dieses Jahres übernehmen. Rainer Fehn hat sich voll und ganz für seine neue Aufgabe eingesetzt. Er sah seine Zukunft am ifo Institut und an der Universität München. In der kurzen Zeit seines Wirkens in München hat er nicht nur die Kooperation zwischen Universität und ifo Institut vorangebracht und bedeutende Beiträge zur wissenschaftlichen Weiterentwicklung des Instituts geleistet, er erwarb sich auch die Achtung und die Freundschaft vieler Mitarbeiter und Kollegen. Die Belegschaft und der Vorstand des ifo Instituts trauern um einen großartigen Wissenschaftler und Kollegen.

Wir haben Professor Fehn viel zu verdanken und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Forum

SUMMER
2003

VOLUME 4, No. 2

MUNICH ECONOMIC SUMMIT **S**
2-3 May 2003

Jointly organised with BMW Foundation Herbert Quandt

Introduction

EUROPE IN THE GLOBAL ECONOMY

Christian Ude
Horst Teltschik
Hans-Werner Sinn

Keynote Address

STRENGTHENING THE ROLE OF THE EU EUROPE, GLOBAL ECONOMY AND U.S.

Edmund Stoiber
Václav Klaus

Panel 1

THE CAPITAL MARKET AS A GROWTH ENGINE

Michael C. Jensen
John Kay
Harvey Pitt
Jürgen Stark

Panel 2

THE LABOUR MARKET AND THE JOB MIRACLE

James J. Heckman
Jonas Agell
Florian Gerster
Friedrich Merz

Keynote Address

ENLARGEMENT AND GLOBALISATION

Péter Medgyessy

Panel 3

ADVANCING GLOBAL TRADE: PRO LIBERALISATION AND DEVELOPMENT

Peter Neary
Ainars Šlesers
Edward G. Krubasik
John M. Weekes

Panel 4

THE FUTURE OF THE EUROPEAN GROWTH AND STABILITY PACT

Barry Eichengreen
Lucas D. Papademos

Closing Remarks

OPTIMISTIC FOR EUROPE

Hans-Werner Sinn

The Munich Economic Summit gratefully
acknowledges the support of:

BMW Foundation
Herbert Quandt

BMW Foundation Herbert
Quandt

CESifo Center for Economic Studies and
ifo Institute for Economic Research

SIEMENS Siemens AG

HVB Group HVB Group

Swiss Re Swiss Re

Landeshauptstadt
München Landeshauptstadt München

WALTER - BAU - AG Walter-Bau-AG
merged with DYWIDAG

KNORR-BREMSE Knorr-Bremse AG

European Investment Bank European Investment Bank

DICE REPORT

Journal for Institutional Comparisons

VOLUME 1, No.2

SUMMER 2003

Forum

LABOUR MARKET
INSTITUTIONS AND
UNEMPLOYMENT

Michèle Belot
Jan C. Van Ours
Lars Ljungqvist
Stephen Nickell
Ronald Schettkat
Franz Traxler

Research Reports

EVASION OF VALUE-ADDED TAXES

Andrea Gebauer/
Rüdiger Parsche

TAXES AND FDI

Andreas Haufler/
Sven Stöwhase

DEPRECIATION RULES AND INVESTMENT

Chang Woon Nam/
Doina Maria Radulescu

Reform Models

WELFARE TO WORK IN THE UK

Wolfgang Ochel

Database

LABOUR DISPUTE RULES
FISCAL MONITORING
PARENTING: A WORK CONSTRAINT
WAITING FOR SURGICAL OPERATIONS
EDUCATIONAL POLICY
PUBLIC DEBT

News

NEW REPORTS ON REGULATIONS
CONFERENCES



The international platform of Ludwig-Maximilians University's
Center for Economic Studies and the Ifo Institute for Economic Research, Munich

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

Englisch:

<http://www.cesifo.de/lfoInstitute>

